

Einwohnerratssitzung 2010/2011

Protokoll Nr. 6

Sitzungsdatum **Donnerstag, 24. Februar 2011**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 22:05 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Yvonne Rösli	
Direktwahl	041 329 63 09	24. Februar 2011 ry

Anwesend

Präsident	Heiz Martin
Einwohnerrat	32 Mitglieder
Gemeinderat	5 Mitglieder
Gemeindeschreiber	Solari Guido
Protokoll	Rösli Yvonne (bis 18:00 Uhr) Sigrist Andrea Graf Alexandra (ab 18:00 Uhr)

Entschuldigt

Günter Michael
Kalt Mirjam
Maldonado Jennifer

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 200
2.	<u>Protokoll Nr. 4</u> vom 9. Dezember 2010		Seite 200
3.	<u>Vorstösse</u> i.Z. mit dem Voranschlag 2011:		
3.1	<u>Interpellation Luthiger</u> : Strategie des Gemeinderates nach Ablehnung des Budgets 2011 <i>Beantwortung</i>	Nr. 204/11	Seite 201
3.2	<u>Postulat Graf</u> : Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen <i>Begründung</i>	Nr. 201/10	Seite 202
3.3	<u>Postulat B. Bienz</u> : Aufschiebung Ortsplanungsrevision 2010/2011 <i>Begründung</i>	Nr. 203/11	Seite 205
3.4	<u>Postulat Günter</u> : Einsparungsmöglichkeiten durch Aufhebung von Busstationen <i>Begründung</i>	Nr. 205/11	Seite 208
3.5	<u>Motion Günter</u> : Planungsstopp Cocon <i>Begründung</i>	Nr. 206/11	Seite 211
3.6	<u>Motion Lammer</u> : Sistierung der gesamten Zentrumsplanung <i>Begründung</i>	Nr. 212/11	Seite 214
3.7	<u>Postulat Kaufmann</u> : Redimensionierung des neuen Pilatussaals <i>Begründung</i>	Nr. 209/11	Seite 217
3.8	<u>Motion Portmann</u> : Sparmassnahmen auch im Umweltbereich <i>Begründung</i>	Nr. 207/11	Seite 220
3.9	<u>Postulat Koch</u> : Hergiswaldbrücke - Neue Perspektiven und Zeitgewinn dank Notbrücke <i>Begründung</i>	Nr. 208/11	Seite 226
3.10	<u>Postulat Konrad</u> : Kostendeckungsgrad Heime Kriens (Budget 2011) <i>Begründung</i>	Nr. 213/11	Seite 229
4.	<u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2011 (2. Version)	Nr. 211/11	Seite 281

Alle nachfolgenden Geschäfte wurden wegen Zeitmangel abtraktandiert:

- | | | |
|------|--|------------|
| 5. | <u>Planungsbericht</u> : Gesamtkonzept der Sport- und Freizeitanlagen Kriens | Nr. 202/11 |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):</i> | |
| 5.1. | <u>Bericht Postulat Graber</u> : Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen | Nr. 130/09 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Urfer</u> : Mehr Sicherheit für die Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche | Nr. 122/09 |
| 7. | <u>Interpellation Luthiger</u> : Unbefriedigende Situation für qualifizierte Pflegefachleute
<i>Beantwortung</i> | Nr. 183/10 |
| 8. | <u>Interpellation Graber</u> : Tests der Schweizerischen Post zur Briefzustellung in Kriens
<i>Beantwortung</i> | Nr. 188/10 |
| 9. | <u>Postulat Urfer</u> : Mitwirkung für eine Tangentiallinie (Buslinie), über das Renggloch
<i>Begründung</i> | Nr. 198/10 |
| 10. | <u>Postulat Urfer</u> : Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung
<i>Begründung</i> | Nr. 199/10 |
| 11. | <u>Motion Piazza</u> : Audio-Einwohnerratsprotokoll
<i>Begründung</i> | Nr. 210/11 |
| 12. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i> | |

Neueingänge

- Nr. 214/11 Motion Günter: Mitspracherecht des Einwohnerrates bei Planungskrediten
Eingang: 09.02.2011
- Nr. 215/11 Motion Günter: Planungsbericht Entwicklung der Bildungskosten - kosten-
neutrale Umsetzung Integrierte Förderung
Eingang: 09.02.2011
- Nr. 216/11 Postulat Tanner: Schulraumoptimierung Kriens Ost
Eingang: 11.02.2011
- Nr. 217/11 Planungsbericht: Strategie der räumlichen Entwicklung
- Nr. 218/11 Motion Luthiger: Abschaffung der neuen Patientenbeteiligung in der Spitex
Kriens
Eingang: 14.02.2011
- Nr. 219/11 Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung: Umzonung Areal PanGas
- Nr. 220/11 Petition: Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt
Eingang: 21.02.2011

Martin Heiz begrüsst alle zur heutigen Sitzung, speziell die vielen Zuschauer auf der Tribüne. Von der Presse ist Luca Wolf anwesend. Entschuldigt haben sich Mirjam Kalt, Michael Günter und Jennifer Maldonado. Daniel Piazza kommt etwas später an die Sitzung. Die Pause wird von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr stattfinden.

1. Mitteilungen

Martin Heiz macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung so lange dauert, bis der Voranschlag 2011 behandelt ist.

Die Neueingangsliste wurde verteilt.

Cyрил Wiget teilt mit, dass allen Mitgliedern des Einwohnerrates ein Gratis-Eintrittsbillet für die Minergie-Ausstellung auf der Luzerner Allmend verteilt wurde. Da sich der Einwohnerrat immer wieder mit Minergie auseinandersetzt, lohnt es sich auf jeden Fall, die Ausstellung zu besuchen.

2. Protokoll Nr. 4 vom 9. Dezember 2010

Mario Urfer stellt zu Traktandum 3 Fragestunden folgenden Änderungsantrag:

Alt: Mario Urfer hat festgestellt, dass die Homepage der Gemeinde Kriens nicht aktuell ist.
Neu: Mario Urfer hat festgestellt, dass die Homepage der *Heime* Kriens nicht aktuell ist.

Gegen diesen Antrag wird nicht opponiert. Es sind keine weiteren Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll Nr. 4 wird somit genehmigt und verdankt.

3. Vorstösse i.Z. mit dem Voranschlag 2011:

3.1 Interpellation Luthiger: Strategie des Gemeinderates nach Ablehnung des Budgets 2011

Nr. 204/11

Judith Luthiger verlangt die Diskussion.

Dagegen wird nicht opponiert.

Für Judith Luthiger sind die Antworten auf die Fragen 3, 6, 8 und 10 unbefriedigend. Sie geht auf die vier Antworten ein und bitte den Gemeinderat anschliessend, die Fragen zu beantworten.

Antwort auf Frage 3: In der Dezembersitzung hat der Gemeinderat eine Prognose über den Abschluss 2010 gewagt und gesagt, dass Kriens wiederum rote Zahlen schreiben werde. In der Beantwortung gibt der Gemeinderat lediglich über die Steuereinnahmen Auskunft. Kriens wird wiederum 2 Millionen weniger Steuergelder einnehmen. Wieso will der Gemeinderat keine provisorischen Daten über den Abschluss 2010 bekannt geben?

In der Antwort 6 freut sich die Sprecherin zu hören, dass der Gemeinderat ebenfalls über Leistungen, Qualität und Standards diskutieren will, eine erneute Auslegeordnung im erweiterten Kreis vorschlägt. Ist das seine einzige Strategie? Überlässt der Gemeinderat das weitere strategische Denken einzig und allein dem Einwohnerrat?

In der Antwort 8 rezitiert der Gemeinderat Auszüge aus dem Personalreglement. Die Aussage „mit einer aufgaben- und leistungsorientierten Entlöhnung und fortschrittliche Anstellungsbedingungen fördert sie ihre Angestellten...“ dünkt Judith Luthiger doch etwas sarkastisch. Sind die Anstellungsbedingungen wirklich so fortschrittlich, dass die Angestellten seit Jahren ohne Teuerung auskommen, weniger Lohnerhöhung bekommen als kantonale Angestellte und erst noch mithelfen müssen, die PK zu sanieren? Kommt hinzu, dass die Arbeitsbelastung immer höher wurde. Im Steueramt mussten mit gleichviel Personal fast 500 Steuerdossiers mehr bearbeitet werden, auch in den Pflegeheimen ist es ähnlich. Immer weniger Personal muss mehr leisten. Für die Sprecherin ist die Antwort "Wischi Waschi-Schönrederei". Die Weiterbildung des Personals fehlt in den Aufzählungen. Ist das ebenfalls eine Abbaumassnahme oder bei der Beantwortung vergessen gegangen? Judith Luthiger hätte bei der Beantwortung eigentlich eine echte Antwort zur Strategie der Personalpolitik erwartet. Darunter versteht sie zum Beispiel folgende Überlegungen: Will der Gemeinderat weiter Personal abbauen, und dies nicht nur über Pensionierungen oder natürliche Abgänge? Welche Dienstleistungen, die die Krienser Angestellten erbringen, will er abbauen?

Auch in Antwort 10 ist keine Strategie erkennbar und der Einwohnerrat wird auf die Auslegeordnung vertröstet. In der Beantwortung ist zu lesen, dass der Gemeinderat bei den Werterhaltungen der Infrastrukturen für die Gemeindeaufgaben Handlungsspielraum sieht. Dort zu sparen ist ein Bumerang und kostet Kriens auf die Dauer mehr Geld. Die Politik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass jetzt viele Renovationen nicht mehr aufgeschoben werden können, weil man über 30 Jahre zugewartet hat. Glaubt der Gemeinderat wirklich, man könne weiterhin bei der Werterhaltung sparen?

Judith Luthiger bittet den Gemeinderat, ihre Fragen zu beantworten.

Für Peter Portmann wäre diese Interpellation überhaupt nicht nötig gewesen. Ausser einer grossen Produktion von Papier und eine unnötige Beschäftigung der Verwaltung, hat diese Interpellation nichts gebracht. Schon aufgrund des eindeutigen Neins des Volkes am 19. Dezember 2010 war der Gemeinderat gezwungen, eine neue Strategie zu entwickeln. Das hat der Gemeinderat zwar nicht gemacht, dafür zähneknirschend ein Alibibudget erstellt. Nicht so wie es eigentlich das Volk erwartet hätte. Für die SVP ist die Interpellation erledigt und es macht keinen Sinn darüber zu diskutieren.

Gemäss Paul Winiker will der Gemeinderat keine provisorischen Zahlen herausgeben. Wenn der Abschluss bekannt gegeben wird, soll dieser stimmen. Auf S. 3 des Voranschlages 2011 sind die effektiven Steuereinnahmen aufgelistet. Diese haben das Budget nicht erreicht. Es ist absehbar, dass das Budgetdefizit somit grösser sein wird als Fr. 2.5 Mio.

Bei der Personalentwicklung ist es richtig, dass für individuelle Lohnerhöhungen eine relativ bescheidene Summe zur Verfügung steht. Es ist beklagenswert, dass keine Teuerung ausgerichtet werden kann. Kriens ist bei der Lohnentwicklung im Rückstand. Dies ist jedoch ein Beschluss des Einwohnerrates. Ebenfalls ist es korrekt, dass seit 2010 mit der Teilsanierung der Pensionskasse zusätzliche Lasten für die Arbeitnehmenden wie auch für die Arbeitgeberin vorhanden sind. Diese Massnahme hat sich gelohnt, da sich der Deckungsgrad verbessert hat.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Werterhaltungen von Infrastrukturen notwendig sind. Es brauche einen bestimmten Bodensatz, um die Infrastrukturen in Schuss zu halten. Kriens kommt jedoch an die Grenzen der Investitionsfähigkeit. Das vorliegende Budget ist weit entfernt von der Eigenfinanzierungsfähigkeit. Die Richtlinien des Finanzhaushaltsgesetzes können nicht eingehalten werden. Kriens muss sich einschränken.

3.2 Postulat Graf: Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen Nr. 201/10

Martin Heiz stellt fest, dass der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats beantragt. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Gemäss Alfons Graf konnte man gestern im Kriens Info lesen: "Sparen sei ein Unwort." Letzte Woche an der BiK-Sitzung meinte ein Ratskollege von der SP, er könne das Wort Sparen nicht mehr hören. Für den Sprecher setzt sich das Wort Sparen zusammen aus Charakter, Wille und Auftrag und heisst ganz einfach, nicht mehr ausgeben als eingenommen wird.

Das Krienser Volk hat dem Parlament am 19. Dezember 2010 einen ganz klaren Auftrag zum sparen erteilt. Diesen Auftrag nimmt die SVP sehr ernst. Das Stimmvolk hat mit seinem Nein zum Voranschlag 2011 klar die Finanzpolitik der SVP bestätigt. Es ist für Alfons Graf nicht nachvollziehbar, dass alle Sparvorschläge, welche von der SVP vorgeschlagen wurden, bei der FGK und beim Gemeinderat auf Ablehnung gestossen sind. Für die SVP ist das ein klares ignorieren des Volkesentscheides. Wo sind die Sparvorschläge der SP und der Grünen? Die CVP und die FDP haben zwar noch Vorschläge gemacht, aber nach Meinung der SVP ist das ein bisschen Kosmetik. Der SVP wurde immer vorgehalten, sie hätten keine Sparvorschläge und wenn es nun Ernst wird, haben genau diese Parteien selber keine Vorschläge. Die SVP ist enttäuscht, dass die soeben genannten Parteien bei den Sparvorschläge nicht mitmachen und diese Tatsache müssen diese Parteien vor dem Stimmvolk selber rechtfertigen.

Aufgrund des Sparauftrages, welcher das Volk dem Parlament mit auf den Weg gegeben hat, ist es nicht mehr als legitim, dass auch die gemeinderätlichen Kommissionen kein Tabu sind. Die SVP ist sich bewusst, dass es Kommissionen braucht, aber es gibt Kommissionen, die fragwürdig sind. Es gibt auch Kommissionen, die zusammengelegt werden können. Und zum andern muss festgehalten werden, dass die SVP als grösste Fraktion im Einwohnerrat in den meisten gemeinderätlichen Kommissionen krass untervertreten oder gar nicht vertreten ist. Die SVP ist überzeugt, dass auch hier gespart werden kann. Alfons Graf bittet den Rat, sein Postulat zu überweisen.

Für Helene Meyer-Jenni ist es wichtig, dass beim Anliegen dieses Vorstosses viele Aspekte in die Meinungsbildung miteinbezogen werden. Die gemeinderätlichen Kommissionen sind ein demokratisches Instrument und in Kriens seit vielen Jahren eine bewährte Tradition. Es ist teilweise auch nicht so einfach, weil die Kommissionen sehr unangenehm werden können. Die gemeinderätlichen Kommissionen sind eine Möglichkeit eine weitere Bevölkerung in den Meinungsbildungsprozess miteinzubeziehen, bevor der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Antrag vorlegt. Es gibt ständige und temporäre Kommissionen, wie z.B. die Jugendleitbildkommission oder die Ortsplanungskommission, wo die SVP übrigens auch beteiligt ist. Die gemeinderätlichen Kommissionen sind bei einem klaren Auftrag motiviert und ihre Arbeit führt zu guten Ergebnissen. Wenn eine Kommission nicht mehr gebraucht wird, wird diese, wie z.B. bei der Betriebskommission der Bibliothek, aufgelöst.

Die gemeinderätlichen Kommissionen stützen die einwohnerrätlichen Fachkommissionen ab. Die Sportkommissionen z.B. wurde aufgrund des politischen Drucks ins Leben gerufen und anhand des Seniorenrates sieht man, wie breit die Kommissionen vertreten sind.

In Bezug auf die von Alfons Graf erwähnte Mindervertretung der SVP ist der Gemeinderat froh, wenn die SVP Leute motivieren kann, in Kommissionen mitzuwirken. Es gibt immer wieder Kommissionen, in welchen es schwierig ist, Leute zu finden.

Helene Meyer-Jenni fragt sich, ob der Einwohnerrat ein so wichtiges Instrument aufgeben will und bittet den Rat, das Postulat abzulehnen.

Räto Camenisch ist enttäuscht. Eine grosse Mehrheit des Krienser Stimmvolkes hat gesagt, dass es so nicht weitergehen kann und alles "verschlankt" werden muss. Eine Ablehnung des Postulats bedeutet, dass bei der Auslegeordnung im Frühling nicht mehr über die gemeinderätlichen Kommissionen diskutiert werden kann.

Gemäss Kathrin Graber wurden die Parteien Anfangs 2010 aufgefordert, der Gemeinde Sparvorschläge einzureichen. Nur die CVP/JCVP-Fraktion sowie die FDP sind dieser Aufforderung nachgekommen. Die CVP/JCVP-Fraktion hat damals unter anderem schon gefordert, die Anzahl der gemeinderätlichen Kommissionen sowie die Anzahl Mitglieder dieser Kommissionen zu überprüfen. Es wurde eigentlich erwartet, dass auch die SVP ihre Vorschläge in diesem Zeitpunkt einreicht. Jedenfalls wäre so eine effiziente Beratung des Budgets möglich gewesen. Stattdessen wurde nun ein Jahr lang Leerlauf betrieben. Wie will dies die SVP den Steuerzahlenden erklären? Die Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen ist nichts Neues. Da die CVP/JCVP-Fraktion selbst diese Sparmassnahme vor einem Jahr vorgeschlagen hat, unterstützt sie grundsätzlich das Anliegen des Postulats. Allerdings sieht sie bei diesem Vorstoss der SVP einen krassen Widerspruch zu dem, was die Partei sonst immer predigt. Sie will die Anzahl

der gemeinderätlichen Kommissionen „auf ein Minimum reduzieren“ (Zitat Postulat). Wo bleibt hier die von der SVP vielbeschworene Politik an der Basis und der Einbezug vom Volk in die Politik? Es erscheint fast so, also ob die SVP das Volk am liebsten draussen vor der Türe stehen lassen möchte.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass die gemeinderätlichen Kommissionen nicht auf ein Minimum reduziert werden soll. Sie sieht nämlich den Sinn und den Wert von gemeinderätlichen Kommissionen durchaus, indem vom Wissen von Fachleuten profitiert und weitere Bevölkerungskreise in die politische Meinungsbildung einbezogen werden können. Daher sollten die gemeinderätlichen Kommissionen nicht auf ein Minimum, sondern auf ein Optimum gesetzt werden. Entsprechend dieser Ausführungen unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion das Postulat.

Für Martin Heini rief der Gemeinderat keine Kommissionen leichtfertig ins Leben. Der Gemeinderat kann Fachkräfte in Kommissionen einbinden, die im Parlament nicht vorhanden sind. Damit erreicht man eine breite Abstützung von Fachkräften, Interessensvertretern, Beteiligte und Unbeteiligte. Die entspricht einer urdemokratische Forderung. Die SVP setzt sich nach eigenen Worten auch für das Volk ein. Macht sie dies hier auch?

Ein Abbau der gemeinderätlichen Kommissionen gäbe eine Mehrarbeit für die Parlamentarier. Martin Heini erinnert an die letzte Sitzung im Januar: Der Rat debattierte ohne eigentliche Kenntnisse über die Motelstrasse, ob Q-Zubringer oder Durchgang oder Verbindung. Dies als Vorgeschmack auf das, was auf den Einwohnerrat zukommt.

Die Bearbeitung und Entscheidungen kommen vermehrt in dieselben Gremien. Dies ist vielleicht effizienter, aber sicherlich weniger ausgewogen. Man hat befangenere, unkritischere Beurteilungen und es herrscht weniger Seriosität, weil weniger Fachkenntnisse vorhanden sind und es ist weniger demokratisch. Die SP lehnt den Vorstoss klar ab.

Bruno Bienz zitiert Artikel 42 der Gemeindeordnung: *Der Gemeinderat kann zur Behandlung von Fragen, die in seine Zuständigkeit fallen, Kommissionen bestellen, deren Mitglieder wählen und deren Geschäftsgang ordnen.*

Daher ist es eigentlich nicht Sache des Einwohnerrates. Der Rat kann natürlich den Sinn einer Kommission hinterfragen und auch mitteilen. Aber es ist in Kompetenz des Gemeinderates, eine solche zu bestellen oder nicht. Die Grünen finden es auch nicht zukunftsweisend, wenn gemeinderätliche – mit einwohnerrätlichen Kommissionen vermischt werden. Die gemeinderätlichen Kommissionen sind die Partizipation von weiten Kreisen der Bevölkerung. Das macht in vielen Fällen Sinn. Das gerade die SVP als Volkspartei diese in Frage stellt, ist für die Grünen schon ein bisschen fragwürdig. Zudem sind sie gespannt auf das Verhalten der SVP auf ihren folgenden Vorstoss: Aufschub Ortsplanungsrevision. Hier kann die SVP zeigen, ob der Sparvorschlag wirklich ernst gemeint ist und da kann sie auch den von ihnen beschworenen Charakter zeigen. Wenn dieser Antrag von der SVP nicht unterstützt wird, ist das Votum von vorhin eine reine Worthülse. Die Grünen sind einstimmig gegen die Überweisung dieses Postulates

Abstimmung über das Postulat Nr. 201/2010:
Mit 24:8 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein

Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

3.3 Postulat B. Bienz: Aufschub Ortsplanungsrevision 2010/2011

Nr. 203/11

Martin Heiz erwähnt, dass der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats beantragt.

Gemäss Bruno Bienz empfiehlt der Gemeinderat das Postulat zur Ablehnung, was ja eigentlich zu erwarten war. Aber die Begründungen sind doch sehr schwach. Wenn der Gemeinderat sagt, dass die Gesamtrevision schon recht weit fortgeschritten ist, so fragt der Sprecher sich, wieso das Ganze bis mindestens 2013 dauern soll? Bis zur Abstimmung der neuen Ortsplanung sind doch noch einige teure Schritte notwendig. Wieso sollen die 100'000 Franken zum Teil verloren sein? Der Einwohnerrat schwächt sicher nicht seine Aufträge. Diese werden weiterhin pendent bleiben wie viele andere Vorstösse auch, oder können beantwortet werden. Kriens hat eine gültige Ortsplanung. Alle noch möglichen Entwicklungen können damit ohne Probleme gesteuert werden. Seit der letzten Ortsplanungsrevision wurden einige Teilrevisionen gemacht. Solche würden auch bei einer neuen Ortsplanung bald wieder kommen, wie die Vergangenheit auch aufzeigt. Die Grünen finden es spannend, wenn der Gemeinderat sagt, das Einsparungspotential wäre bescheiden. Man mache die Rechnung; im Investitionsplan sind 300'000 Franken budgetiert. Laut Aussage des Gemeinderates sind 100'000 Franken bereits investiert. Das ergibt ein kurzfristiges Sparpotential von 200'000 Franken. Zudem ist es schleierhaft, wieso die 100'000 Franken verloren sein sollen. Die erarbeiteten Grundlagen können in die Schublade versorgt werden und bei Bedarf oder besseren Finanzen wieder hervorgeholt werden.

Der Gemeinderat macht im neuen Budget Sparvorschläge von zum Teil weniger als 2'000 Franken und spricht im gleichen Atemzug bei 200'000 Franken als bescheidenen Sparbeitrag. Das finden die Grünen schon ein bisschen vermessen. Alleine die Tatsache, dass die letzte Gesamtrevision im Jahre 2000 mittlerweile 10 Jahre zurückliegt, erzwingt keine Gesamtrevision. Für die Grünen liegt hier ein erkleckliches Sparpotential ohne dass es effektiv weh tut. Zudem wird die Gemeinde verschiedene Kooperationsprozesse (Entwicklungsschwerpunkt Schlund, Starke Stadtregion usw.) mit den Nachbargemeinden eingehen oder ist diese bereits eingegangen. Alle diese Kooperationsprozesse stehen noch am Anfang und/oder deren ortsplannerisch relevanten Anregungen und Erkenntnisse sind noch nicht bekannt.

Die Grünen erkennen zudem beim jetzigen Stand der Gesamtrevision keine Anzeichen einer Vision beim Gemeinderat sowie der Kommission. Auch ist kein Einbezug der Bevölkerung in dieser wichtigen Frage in Sicht. Hier ist und war Luzern und Horw wieder mal ein Vorbild. Für ein paar Paragraphen zu ändern braucht es sicher keine ¼ Million. Das ist eine Verschleuderung von Steuergeldern. Daher macht es nicht nur aus Spargründen Sinn, einen Marschhalt zu machen. Bruno Bienz bittet den Rat, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Matthias Senn stellt für die Zuhörenden auf der Tribüne klar, dass die Begründung des Gemeinderates zu den Vorstössen jeweils für die Mitglieder des Einwohnerrates vorliegt und darum nicht mehr ausführlich darauf eingegangen wird.

Es ist klar, dass der Zonenplan angepasst werden muss. Die Strategie des Gemeinderates ist eine Verdichtung nach innen. Vom Zeitplan her ist man bei der Ortsplanungskommission (OPK) bereits sehr weit. An der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde der Planungsbericht zur räumlichen Entwicklung verabschiedet. Dieser wird an der nächsten Einwohnerratssitzung behandelt. Die Ortsplanungskommission hat zudem bereits zum Bau- und Zonenreglement eine Grundsatzdiskussion geführt. Die Vorarbeiten in der Kommission sollten bis im Sommer abgeschlossen sein, daher wäre es falsch, das Projekt nun abzubrechen.

Für Toni Bründler bedeutet der Vorstoss eine Opposition gegen das Bauen. Dies hat das Volk an der Abstimmung vom 19. Dezember 2010 nicht gesagt. Die SVP ist gegen die Überweisung des Postulats.

Gemäss Viktor Bienz wurde in der Vergangenheit oft auf die bevorstehende Ortsplanungsrevision hingewiesen und Entscheide auf diesen Zeitpunkt vertagt. Es stehen auch Einzonungsgesuche an und diese Personen haben das Recht auf eine Entscheidung. Man vertröstete sie mit der Aussage, eine Revision fände ca. alle zehn Jahre statt und die Letzte war im Jahr 2000. Die Arbeit der Kommission ist bereits soweit fortgeschritten, dass der Einwohnerrat nächstens darüber befinden kann. Aus Prinzip und Kostenspargründen ist die CVP/JCVP-Fraktion dagegen, eine angefangene Arbeit so abzubrechen und in einem späteren Zeitpunkt, gegebenenfalls wieder mit anderen Leuten, von vorne zu beginnen. Die CVP/JCVP Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Thomas Lammer stellt klar, dass die Ortsplanungsrevision eine Investition für die Zukunft ist. Der Gemeinderat hat dies in seiner Begründung angesprochen. Es ist bereits viel Zeit und Geld investiert worden und es wäre schade, das Vorhaben nun zu sistieren. Der Sprecher glaubt, dass der Vorstoss nicht nur ein Sparmotiv hat, sondern als Hintergedanken auch das Inventar von schützenswerten Objekten vorhanden ist. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Mario Urfer teilt mit, dass die SP-Fraktion geteilter Meinung ist. Die SP wollte eine Ortsplanungsrevision nur mit angepasstem Verkehrsrichtplan. Bei der Begründung des Postulats Brunner bestreitet der Gemeinderat damals nicht, dass der rechtsgültige Verkehrsrichtplan in die Jahre gekommen ist und nicht einer zeitgemässen Verkehrsplanung entspricht. Hat die Revision nicht auch das Ziel des nachhaltigen Bauens, Ressourcen zu schonen und die Umwelt zu entlasten, die Qualität und den Wert von Gebäuden zu sichern sowie Bauwerke mit einem hohen sozialen Nutzen zu schaffen?

Andererseits kommt der Antrag der Grünen spät. Es ist schon viel gearbeitet worden. Die Bremse hätte im November 2009 gezogen werden müssen. In ein paar Jahren müssten neue Kommissions-Mitglieder die geleisteten Arbeiten neu erarbeiten. Geld geht verloren. Mit der Ortsplanungsrevision wird es auch die notwendige Angleichung zu den Nachbargemeinden geben. Der Sprecher denkt da an den überkommunalen Entwicklungsrichtplan ESP-Eichhof-Schlund Bahnhof Horw. Wichtige Entscheidungen fällen und Korrekturen anbringen, tut der Einwohnerat. Einig ist sich die SP-Fraktion, dass das Strategiepapier auf den Tisch kommen muss.

Erich Tschümperlin versteht nicht, wieso die Ortsplanungskommission das Bau- und Zonenreglement bereits "durchgekämmt" hat. Zuerst muss doch ein Strategieplan erstellt werden. Betreffend der Aussage von Alfons Graf, dass die Grünen keine Sparvorschläge machen, stellt der Sprecher klar, dass mit der Überweisung dieses Vorstosses rund Fr. 200'000 gespart werden können. Das bereits ausgegebene Geld ist nicht verloren. Der Vorstoss verlangt keine Auflösung sondern nur eine Sistierung. Teilrevisionen können nach wie vor gemacht werden. Wenn es die SVP Ernst mit Sparen meint, dann können sie es mit der Überweisung des Postulats zeigen. Erich Tschümperlin ist gespannt, wer wirklich sparen will.

Gemäss Matthias Senn hat die Ortsplanungskommission den Planungsbericht über die Strategie der räumlichen Entwicklung erstellt. Der Gemeinderat hat diesen nur noch korrigiert und angepasst. Die OPK hat alle pragmatischen Anliegen diskutiert. Betreffend Bau- und Zonenreglement wurde in einer ersten Runde angeschaut, wo der Bedarf für Änderungen vorhanden ist.

Abstimmung über das Postulat Nr. 203/11:

Mit 26:5 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	Enthaltung
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein

Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

3.4 Postulat Günter: Einsparungsmöglichkeiten durch Aufhebung von Busstationen **Nr. 205/11**

Martin Heiz stellt fest, dass der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats beantragt.

Gemäss Mauro Schilling verlangen aussergewöhnliche Situationen nach unkonventionellen Lösungen. Angesichts des drohenden Defizits von rund 5.4 Millionen Franken befindet sich die Gemeinde Kriens in einer solchen aussergewöhnlichen Situation. Wie das Abstimmungsergebnis vom letzten Dezember zeigte, wollen die Krienserinnen und Krienser die gegenwärtigen und anstehenden Ausgaben und Leistungen nicht durch höhere Steuern finanzieren. Folglich heisst es nun Sparen und Sparmassnahmen zu evaluieren. Genau in diesem Kontext ist dieses Postulat zu verstehen. Der Gemeinderat wird aufgefordert das Sparpotenzial, welches durch die Aufhebung von Bushaltestellen entstehen könnte, zu prüfen. Selbstverständlich ist im Rahmen der Evaluation darauf zu achten, dass Interessen wie Einkaufsmöglichkeiten, Schulen oder die Nähe zu Alterswohnungen und Altersheimen Rechnung getragen wird. Das Ziel dieses Postulates ist also nicht einen Attraktivitätsverlust des Öffentlichen Verkehrs herbeizuführen. Im Gegenteil - nebst der finanziellen Einsparung könnte durch höhere Fahrplanstabilität und kürzere Reisedauer die Attraktivität sogar noch gesteigert werden. Die aktuelle Finanzlage der Gemeinde Kriens gebietet es daher, einer solchen Überprüfung von möglichem Sparpotential zuzustimmen.

Laut Cyrell Wiget existiert eine Bushaltestelle in Kriens, die aus betrieblichen Gründen aufgehoben werden könnte. Der Vorstoss bezieht sich jedoch auf die Linie 1, welche über 9 Mio. Passagiere befördert – in Kriens selber 6 Mio. Leute. Bei einer Aufhebung von Busstationen würde die Attraktivität geschmälert und dies wäre ein schlechtes Signal. Aus Erfahrung weiss man, dass bei einer Aufhebung einer Bushaltestelle nur ein Teil der öV-Benutzer auf andere Haltestellen ausweichen. Ein Grossteil steigt auf das Auto um. Kriens hat keine Alternativen zum Bus. Weiter haben die Gemeinden das Defizit des öVs zu übernehmen. Wenn nun weniger Leute den öV benutzen, wird das Defizit grösser und Kriens muss somit auch mehr bezahlen. Der Spareffekt ist ohnehin ungewiss, weil es bei den Haltestellen nur um den Verteilschlüssel geht. Aus diesen Gründen bittet der Gemeinderat, das Postulat abzulehnen.

Monika Marbacher erwähnt, dass die CVP/JCVP-Fraktion der Aufhebung von Bushaltestellen sehr kritisch gegenüber steht. Eine Prüfung des Anliegens betrachtet sie grossmehrheitlich als überflüssig.

Die Sprecherin nennt dafür folgende Gründe.

- Von einer Aufhebung einer Haltestelle sind immer Personen betroffen (ausser es steigt wirklich niemand dort ein). Auch wenn nur wenige Personen einsteigen, so sind diese doch negativ davon betroffen, was zu einem grossen Widerstand führen kann.
- Insbesondere Personen mit Gehbehinderung, Betagte, Familien hätten längere Wege.
- Mit der Aufhebung von Haltestellen wäre ein „Gmoscht“ beim Ein- und Aussteigen vorprogrammiert.
- Die Buslinie 1 ist sehr gut frequentiert und man kann sich fragen, ob bei der Hamerschmide nicht eine zusätzliche Busbucht erstellt werden sollte.
- Die Aufhebung einer Haltestelle hat zur Folge, dass das öV-Angebot schlechter wird. Es benützen weniger Kunden den öV, was sich negativ auf den Kostendeckungsgrad auswirkt. Dadurch müsste die Gemeinde unter Umständen wieder mehr an das Defizit des öV bezahlen.
- Im Bereich der Quartierbusse ist die Lage sicherlich anders gelagert, dort könnte eine breite langfristig ausgelegte Diskussion zu den aktuellen Haltestellen, Ein-Aussteigerzahlen, Frequentierung Sinn machen.

Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Für einzelne Fragestellungen im Bereich Quartierbus ist die Fraktion offen.

Gemäss Beat Tanner ist sich die FDP-Fraktion in dieser Frage uneinig. Die Fraktion wäre vielmehr für eine Überprüfung des Kostenverteilungsschlüssel, denn die Gesamtkosten des Öffentlichen Verkehrs werden via Einwohnerzahl und Haltestellenabfahrten über den ganzen Kanton verteilt. Da Kriens sehr viele Haltestellen hat, trägt sie auch hohe Kosten, trotz einem sehr guten Kostendeckungsgrad der Linie 1. Kriens sollte vom guten Kostendeckungsgrad der Linie 1 profitieren. Kriens und die Agglomerationsgemeinden finanzieren den öffentlichen Verkehr auf dem Land.

Martin Heini stellt fest, dass viele Leute auf kurze Wege angewiesen sind, u.a. Betagte, Handicaperte, schwere Einkaufstaschen schleppende, öV-Nutzer, die noch ein- oder mehrmals umsteigen müssen - all diese sind auf Haltestellen im Zentrum, nahe ihrer Wohnung, nahe den Geschäften und Läden, dem Arzt usw. angewiesen. Ein verdichtetes Zentrum, zentrumsnahes Wohnen und Arbeiten, Leben im Alter zentrumsnah, Einkaufsmöglichkeiten, kurze und direkte Wege –dies ist Lebensqualität. Der motorisierte Individualverkehr scheint ungebremst noch immer bequemer zu sein. Der Weg zum Bus ist weitaus immer noch weiter als zum Auto. Der Mensch neigt zum bequemsten Weg. Der Postulant verniedlicht die Sicht des öV-Fahrgasts. Er reduziert Fahrgäste auf rüstige Pendler- Eine „Entattraktivierung“ ist nichts anderes als ein Leistungsabbau und der Titel des Postulats ist „Sand-in-die-Augen-streuen“. Die Überweisung des Postulats würde folgende Folgekosten mit sich bringen:

- Verärgerung der Fahrgäste, weniger Fahrgäste
- längerer Zeitbedarf für Aus-/Einsteigen, wenn mehr Leute dies an einer Station machen müssen
- Warteräume auf schmalen Trottoirs, wenn doppelt so viele Leute

Sparen heisst gleiche Leistung effizienter erbringen. Es geht der SVP aber gar nicht um Ausgabenkürzungen für die Gemeinde, denn im KriensInfo steht ein weiteres ketzerisches Täuschungsmanöver: „SVP – für eine freie Wahl der Verkehrsmittel...“ Aber jetzt versteht die SP auch den 2. Satzteil: „...ohne Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs“. Unter dem Strich heisst dies, die SVP schert sich keinen Deut um den öV. Die SP sagt klar nein zu einer solchen nicht-zeitgemässer Umweltpolitik.

Für Bruno Bienz ist dieser Vorstoss und Sparvorschlag ein voller Rohrkrepierer. Will die SVP tatsächlich erreichen, dass der grosse Teil der Krienser und Krienserinnen wieder mit dem Auto zur Arbeit fahren? Der Spareffekt ist in keinem Verhältnis zu der Verschlechterung des Angebotes. Wie will die SVP z.B betagten Anwohnern an der St. Niklausengasse erklären, dass sie jetzt nicht mehr in der Pulvermühle einsteigen können, sondern zur Busschleife laufen müssen? Dieser Bereich der Haltestellen wird täglich von 3'250 Personen genutzt. Soll ein grosser Teil davon tatsächlich mit dem Auto zur Arbeit fahren? Interessant ist zudem, wenn Kriens Busstationen einspart, profitieren alle im Verbund und nicht nur Kriens. Das heisst, Kriens spart und die anderen Gemeinden profitieren. Für die Grünen sind solche Sparvorschläge das Papier nicht wert. Auch die SVP sollte auf dem Boden der Realität bleiben. Die Grünen lehnen dieses Postulat entschieden ab.

Zum Votum von Beat Tanner: Die Grünen würden einen allfälligen Vorstoss der FDP unterstützen, der eine Überprüfung/Anpassung des Kostenverteilers beim Verkehrsverbund fordert.

Gemäss Daniel Piazza lehnt die JCVP den Vorschlag der SVP ab. In Kriens ist man nach dem abgelehnten Budget bereit, zurückzustecken. Aber die Bürger wollen keine Kahlschlag-Aktionen. Der Vorschlag ist arrogant gegenüber älteren Menschen, Menschen, die nicht gut zu Fuss sind oder auch gegenüber Familien mit kleinen Kindern. Über ihre Köpfe hinweg soll das Verschwinden von ihrer Bushaltestelle beschlossen werden. Eine Aufhebung, wie sie die SVP fordert, muss aber mit den Quartiervereinen und der betroffenen Bevölkerung besprochen werden. Das Streichen von Bushaltestellen wirft Kriens auf dem Weg zur Lösung des Agglomerationsverkehrsproblems einen grossen Schritt zurück. Und das ausgerechnet in Kriens, wo die schwierige Verkehrsproblematik schon seit Jahren auf eine Lösung wartet. Kommt dazu, dass die Elimination von Haltestellen das Angebot im öffentlichen Verkehr verschlechtert, und dass deswegen die Busse weniger genutzt werden. Mögliche Folgen davon hat Cyrill Wiget bereits erwähnt, sind weniger Einnahmen für die Busbetriebe und höhere Kosten für die Defizitübernahme seitens Gemeinde. Aus diesen Gründen ist die JCVP gegen die Überweisung des Postulats.

Räto Camenisch stellt klar, dass es sich beim vorliegenden Vorstoss nur um die Überprüfung einer Aufhebung von einzelnen Bushaltestellen handelt. Es soll geklärt werden, ob es sich lohnt oder nicht. Wenn der Vorstoss nicht überwiesen wird, darf dies im Rahmen der bevorstehenden Auslegeordnung nicht mehr überprüft werden. Es soll fundiert entschieden werden können, wenn der geforderte Bericht vorhanden ist. Es geht nicht um die Aufhebung von Bushaltestellen, sondern ob man sich darüber Gedanken machen darf.

Für Erich Tschümperlin kann man alles überprüfen, aber auf der Buslinie 1 ist dies nicht nötig, da diese die bestgenutzte Lini ist. Der Vorstoss ist darum sinnlos.

Abstimmung über das Postulat Nr. 205/11:

Mit 21:10 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	n.t.
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

3.5 Motion Günter: Planungsstopp Cocon**Nr. 206/11**

Martin Heiz stellt fest, dass der Gemeinderat die Ablehnung des Vorstosses beantragt.

Toni Bründler als Vertreter des Motionärs Michael Günter will es kurz machen. Die SVP hält am Vorstoss fest. Sie war bereits bei der Überweisung des Planungskredits dagegen und hat einen entsprechenden Sparantrag gestellt.

Matthias Senn bemerkt, dass der Gemeinderat die Motion, so wie sie formuliert ist, ablehnt, hingegen die Motion der FDP als Postulat entgegennehmen will. Es ist klar, dass nochmals eine Denkpause gemacht werden muss. Der Gemeinderat wird an seiner Klausur Ende März 2011 u.a. über die Zentrumsplanung diskutieren. Am 26. Mai 2011 soll dann im Einwohnerrat über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Weiter stellt der Sprecher fest, dass von der SVP ein weiterer Vorstoss betreffend Mitspracherecht des Einwohnerrates bei Planungskrediten (Nr. 214/11) eingereicht wurde. Seit

dem Jahr 2000 konnte der Einwohnerrat bereits 7x bei Planungskrediten mitreden. Seit damals wurden Fr. 11 Mio. in Planungen investiert aber noch nichts gebaut.

Räto Camenisch ist nicht gegen die Zentrumsplanung, aber der Bau des Cocon ist das teuerste Projekt. Zudem wird es von der Gemeinde selber besetzt und nicht von jemandem, der finanziell etwas beiträgt. Der geplante Saal ist nicht dringend nötig. Man soll warten, bis klar ist, wie es weiter gehen soll und nicht unnötig viel Geld für Planungen ausgeben. Ohne Investoren darf ein so grosses Projekt nicht geplant werden. Der Vorstoss fordert nur eine Sistierung, keine Streichung. Der Vorstoss von Christine Kaufmann geht in die gleiche Richtung, aber dabei handelt es sich nur um den Saal. Man soll zuerst schauen, was man sich leisten kann und erst dann planen.

Gemäss Ursula Müller ist die CVP/JCVP-Fraktion der Meinung, dass es keinen Sinn macht, eines der vier Teilprojekte aus der Zentrumsplanung hinauszunehmen und wegzubrechen. In der Planung und vor allem in der Realisation sind die einzelnen Objekte nicht zu trennen, sie stehen in einem engen Zusammenhang. Die vier Teilprojekte sind je ein Teil des Kleeblattes, alle sind voneinander abhängig, es profitieren alle Bevölkerungsgruppen und Schichten - Junge, Kultur, das Alter mit altersgerechten Wohnungen etc. Mit der abgelehnten Steuererhöhung fehlt eines der tragenden Elemente. Damit ist es unumgänglich, die Investitionsplanung zu überdenken und ein anderes Tempo einzuschlagen. Ein Planungsstopp darf nicht ohne sorgfältige Abklärung und Prüfung der folgenden Fragen getätigt werden: Was heisst Planungsstopp? Was bewirkt er? Die Dauer des Planungsstopps? Wie viel kostet ein sofortiger Stopp? Welche Aufträge sind vergeben? Werden vorhandene Verträge gebrochen? Entstehen daraus Kosten? Entstehen Rechtssituationen, die Gerichtsverfahren mit sich ziehen?

Die CVP/JCVP-Fraktion ist durchaus der Meinung, der Zentrumsbau Concon sei in Hinsicht der Kosten und der Grösse zu überprüfen. Eine allfällige Redimensionierung des Projekts sei angezeigt. Zu überprüfen ist namentlich die Grösse des Mehrzwecksaals, der für 500 Personen geplant ist, wie das Postulat von Chris Kaufmann es verlangt. Die CVP/JCVP Fraktion unterstützen den Vorstoss nicht.

Für Thomas Lammer ist der Zeitpunkt für einen Planungsstopp sicher nicht schlecht und angesichts der finanziellen Situation sicher nicht falsch. Aber es darf nicht ein einzelnes Stück aus dem Kleeblatt herausgerissen werden. Die Zentrumsplanung wurde als Gesamtpaket angeschaut. Darum wird die FDP die Motion ablehnen und die beiden anderen Vorstösse überweisen.

Judith Luthiger stellt fest, dass die Krienser Finanzen knapp sind und jetzt gezielt die Investitionen überprüfen werden müssen, wie es der Einwohnerrat bereits in der Auslegeordnung im Frühling 2010 beschlossen hat. Dazu steht die SP auch heute. Kriens hat während ca. 12 Jahren für die Zentrumsrealisierung geplant. Soll jetzt alles in einer Schublade verschwinden? Der Motionär spricht in seinem Vorstoss von einer Planungsleiche. Die Sprecherin glaubt, das ist eine Ohrfeige an alle, die jahrelang wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Der Gestaltungsplan schafft wichtige Grundlagen, damit der Einwohnerrat überhaupt entscheiden kann, wie es weiter gehen soll. Man muss doch etwas zu Ende denken und erst dann entscheiden. Ein sofortiger Stopp ist zum jetzigen Zeitpunkt sinnlos. Kriens würde so Geld zum Fenster raus werfen. Vor allem erinnert Judith Luthiger die SVP daran, dass auch sie

damals für das Gesamtpaket gestimmt hat. Die SP will keine Einzelteile herauszuberechnen. Kriens darf nicht stillstehen. Kriens muss sich entwickeln können. Man lockt keine guten Steuerzahler nach Kriens, wenn man ein Schlafdorf bleibt und seine Dienstleistungen weiterhin abbaut. Im Frühling 2011 ist eine weitere Auslegeordnung geplant. Dort soll der Einwohnerrat über alle geplanten Investitionen diskutieren. Die SP will im Rahmen der Auslegeordnung über die zeitliche Etappierung der Realisierung sprechen. Man muss alle Investitionen anschauen und einen Zeitplan festlegen. Aufgrund der finanziellen Lage wird der Einwohnerrat die einzelnen Projekte zeitlich etappieren und nach hinten schieben müssen. Die SP lehnt diese Schnellschuss-Motion einstimmig ab.

Gemäss Maurus Frey hat Michael Günter am 1. Juli 2010 gesagt, Zitat: "...dass das Krienser Zentrum eine Frischzellenkur, eine Aufwertung, eine Attraktivitätssteigerung nötig hat, ist unbestritten." Der Einwohnerrat hat sich auf diese Frischzellenkur in Form eines vierblättrigen Kleeblatt geeinigt. Die Grünen sind darauf eingestiegen, weil sie glaubten, dass alle mitmachen. Nun kann man nicht einzelne Blätter abreißen. Es geht nicht nur um den Cocon. Es geht um die ganze Zentrumsplanung. Wenn man beerdigen will, muss jetzt mit der Verzettelung begonnen werden.

Die Grünen sind gegen einen Aufschub der Zentrumsplanung. Fragen der Finanzierung sind immer noch offen. Diese sollen in der Planung abgeklärt werden. Wenn man das neue Zentrum so dringend will, muss jetzt mit der Planung begonnen werden. Eine Etappierung steht an. Bei der Realisierungen soll zusammen mit den Investoren der Hebel angesetzt und gescheit etappiert werden. Die Grünen sind gegen diesen Vorstoss.

Toni Bründler stellt klar, dass die SVP nie für das Kleeblatt war und damals nein gestimmt hat. Ein zweites Mal wird das Stimmvolk nicht zu einem Projekt, das zuviel kostet, ja sagen.

Gemäss Erich Tschümperlin hat das Krienser Volk ja zur Badi-Sanierung gesagt und das gleiche Stimmvolk hat über das Budget 2011 abgestimmt. Toni Bründler soll dies auch akzeptieren. Wenn Kriens attraktiv werden will, muss auch etwas auf die Beine gestellt werden. Bei der Volksabstimmung vom 19. Dezember 2010 ging es nicht um die Zentrumsplanung, sondern um das Budget 2011 und die Steuererhöhung. Das Volk konnte zur Zentrumsplanung noch nicht Stellung nehmen.

Räto Camenisch behauptet, die Badianierung wäre vom Stimmvolk abgelehnt worden, wenn es gewusst hätte, dass dies eine Steuererhöhung mit sich bringt. Der Cocon ist der teuerste Teil vom Kleeblatt. Wenn nun der Cocon wie geplant realisiert wird, braucht es eine Steuererhöhung. Die SVP will verhindern, dass der Cocon vom Volk abgelehnt wird. Darum soll die Planung sistiert werden. Kriens soll aus den Fehlern lernen und nicht wieder am Volk vorbeidiskutieren.

Abstimmung über die Motion Nr. 206/11:

Mit 23:9 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja

Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

3.6 Motion Lammer: Sistierung der gesamten Zentrumsplanung

Nr. 212/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat der Motion und beantragt eine Überweisung als Postulat.

Thomas Lammer hält nicht an seiner Motion fest und ist mit dem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden.

Rätö Camenisch versteht die FDP nicht. Nun will sie die gesamte Zentrumsplanung sistieren, obwohl sie erst noch kürzlich den Bau des Cocon beschleunigen wollten. Was bringt dies? Die Zentrumsplanung läuft bereits seit 10 Jahren. Die SVP wird die Motion nicht unterstützen.

Thomas Lammer möchte, dass bei einer Sistierung alle Projekte angeschaut werden und nicht nur einzelne Teilprojekte. Das Zentrum ist etwas sehr wichtiges für Kriens. Die finanzielle Situation muss aber nochmals überprüft werden und zwar für alle geplanten Projekte. Der Sprecher bittet den Rat, die Motion als Postulat zu überweisen.

Matthias Senn stellt klar, dass bei der Abstimmung zum Planungsbericht der Badisanierung der Gemeinderat die Steuererhöhung nicht verheimlicht hat. Es geht nicht darum, die ganze

Zentrumsplanung zu hinterfragen, sondern um die richtige Etappierung. Dies ist eine politische Entscheidungsfindung.

Christine Kaufmann bemerkt, dass die Gemeinde Kriens ein grosses finanzielles Problem hat. Mit den Finanzen muss haushälterisch, intelligent und weitsichtig umgegangen werden. Heisst da jetzt, dass die Zukunft von Kriens sistiert werden soll? Die Visionen und Gestaltung der Zukunft einfach "schubladisieren"? Abwarten und Tee trinken? Nein, die CVP/JCVP-Fraktion möchte die Zukunft weiterhin anpacken und gestalten. Wie man in den Zeitungen lesen konnte, geht in vielen Gemeinden die Post ab: Horw plant eine neue Zentrumszone, Sursee investiert für rund Fr. 160 Mio. einen neuen Stadtteil, Malters plant ein neues Zentrum für rund Fr. 76 Mio. und in Emmen sollen beim Seetalplatz 1'000 Arbeitsplätze und 600 neue Wohnungen entstehen. Wo bleibt da Kriens? Das Projekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ ist ein in vieler Hinsicht überzeugendes Projekt. Das Zentrum wird durch die hohe Qualität lebendiger und attraktiver. Für die meisten Krienser und Krienserinnen wird es in irgendeiner Form einen direkten oder indirekten Nutzen geben. Sei es durch den Bau von altersgerechten Wohnungen, attraktive Wohnflächen für Familien und Kleinsthaushalte, eine moderne Werkhalle für die Feuerwehr und Werkhof, Raum für Musikschule, die Jugend und für die Kultur im Schappe-Süd, mehr Platz für die Verwaltung und Polizei und Raum für das Gewerbe. Kurz gesagt: Kriens wird durch ein neues Zentrum attraktiv für Alle. Es wird Vergangenheit sein, dass Auswärtige, wenn sie an Kriens denken, ihnen viel Verkehr auf der Luzernerstrasse und leere Ladenlokale in den Sinn kommen.

Vor zirka einem Jahr wurde in der lokalen Zeitung nach einem geeigneten Drehort für den Krimi „Tatort“ gesucht. Kriterium war, dass die gewisse Vorstadttristesse vorhanden sei. Die Sprecherin sagt nicht, in welcher Gemeinde gedreht wurde. Doch man muss aufpassen, dass in näherer Zukunft Kriens nicht auch mit einer solchen Vorstadttristesse in Verbindung gebracht wird.

Die FDP fordert eine Sistierung der gesamten Zentrumsplanung. Unter Gesamt versteht Christine Kaufmann, dass alle Projektplanungen sistiert werden müssen. Und doch sind bereits Ausnahmen erkoren worden. Für die Zentrumsplanung werden aber alle Dominosteine benötigt, denn nur so erhalten die einzelnen Projekte Schwung und nur im Gesamten kann der Dominoeffekt genutzt werden. Wird ein Dominostein entfernt, können die nachfolgenden Teilprojekte nicht in Bewegung gesetzt werden.

Am 1. Juli 2010 hat der Einwohnerrat mit 23:7 Stimmen für Planung und Projektierung vom Zentrum einen Planungskredit in der Höhe von Fr. 2'350'000 bewilligt. Und bereits ½ Jahr später soll die ganze Planung wieder abgebremst werden. Ein solcher abrupter Stopp für die Zentrumsplanung drängt Kriens einen Schritt näher an die sogenannte Vorstadttristesse. Kriens müsste in Zukunft viel Geld für die dringend nötige Renovationen an den überalterten und sanierungsbedürftigen Bauten wie Teiggi und Teile der Gemeindeverwaltung investieren. Denn dieses Raumangebot wird trotz Planungssistierung dringend benötigt.

Betreffend Finanzen: Ein Bauer mit finanziellen Sorgen muss dennoch im Frühling Saatgut kaufen und auf den Feldern das Getreide ansähen. Wenn er diese Vorarbeit und Investitionen im Frühling nicht macht, wird er im Herbst keine Ernte haben und somit auch keinen Wintervorrat. Genauso ist es in Kriens: Man muss jetzt planen, damit zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Kriens sich finanziell erholt hat, ein Startzeichen gegeben werden kann.

Bei einer Wanderung plant man die Wanderroute vorher genau durch. Bei Regenwetter oder Gewittertendenzen wird mit einer Bergwanderung zugewartet und man startet erst, wenn sich

eine bessere Wetterlage zeigt. Doch bei einem Wetterhoch, wenn wieder sicheres und sonniges Wetter ist, kann mit der Wanderung sofort gestartet werden.

Für die CVP/JCVP-Fraktion ist es wichtig, dass der Einwohnerrat die Zentrumsplanung anpackt und weiterführen lässt. Sie wünscht sich eine aktive Zukunftsplanung und keine "schubladisier-ten" und verstaubten Pläne. Darum lehnt die CVP/JCVP-Fraktion diese Motion klar ab. Sie kann aber einem Postulat allenfalls zustimmen, wenn die Sistierung als kurze, klar definierte zeitliche Denkpause von max. 3 bis 4 Monaten genutzt würde. Man ist aber ganz klar gegen jede "Schubladisierung" der Zentrumsplanung.

Simon Konrad weiss, dass die Zentrumsplanung 1983 vom Stimmvolk abgelehnt wurde. Im Jahr 2000 hat man die Planung wieder neu aufgenommen. Bereits sind Fr. 2 Mio. nur für die Planung ausgegeben worden. Es muss unbedingt ein Marschhalt gemacht werden, um die gesamte Planung aufgrund der finanziellen Situation neu zu überdenken.

Gemäss Judith Luthiger ist die SP gegen eine Sistierung der gesamten Zentrumsplanung. Wenn man jetzt die gesamte Zentrumsplanung sistiert, so ist später auch keine Etappierung mehr möglich. Sie will eine sinnvolle Etappierung der Zentrumsplanung. Man kann zukünftig portio-nenweise etwas realisieren, wenn die Finanzierung gut überdacht ist. Der ursprüngliche Zeit-plan muss jedoch neu aufgegleist werden. Die SP stimmt Thomas Lammer im Punkt bezüglich des Gestaltungsplanes zu. Dieser soll fertig gestellt werden. Über die mögliche Veräusserung des Teiggi-Areals will die SP nicht losgelöst diskutieren. Zumal davon die Jugendräume Teiggi und weitere Räumlichkeiten betroffen sind. Es braucht eine Gesamtstrategie. Die SP will das 4-er Kleeblatt nicht auseinander reissen. Die SP will baldmöglichst die Diskussion, wie es mit all den geplanten Investitionen weitergeht. Die Auslegeordnung im Frühling 2011 und die Schössligespräche sind dafür der geeignete Rahmen, um eine Lösung zu finden. Weil nicht einzelne Punkte aus dem Postulat herausgebrochen werden können, lehnt die SP den Vorstoss ab.

Maurus Frey hat Vertrauen in den Gemeinderat, dass er einen guten Vorschlag für eine Etappie-rung der geplanten Projekte macht. Die Grünen sind mit einer Sistierung der Zentrumsplanung nicht einverstanden. Kriens muss sobald als möglich wieder attraktiv werden, darum lehnen die Grünen den Vorstoss ab.

Alexander Wili stört sich daran, wie eine Fraktion gegen die andere Versionen ausspielt und bekämpft, obwohl der Gemeinderat bereits ist, zwei von den drei Vorstössen entgegenzuneh-men. Die Krienser Bevölkerung erwartet, dass betreffend Zentrumsplanung etwas geht. Der Sprecher ist auch für einen Marschhalt, so wie er es in der kürzlich eingereichten Petition ver-langt hat. Es ist falsch, wenn alles abgelehnt wird. Die Vorstösse sollen überwiesen werden.

Maurus Frey meint, dass im Vorstoss nichts von einer Zeitbeschränkung von drei Monaten steht und man darum nicht einfach ja zum Postulat sagen darf.

Kathrin Graber stellt klar, dass der Gemeinderat bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzu-nehmen, um eine kurze Denkpause zu machen. Unter diesem Aspekt kann die CVP/JCVP-Fraktion dem Vorstoss zustimmen.

Judith Luthiger möchte von Thomas Lammer wissen, ob er mit diesem Vorgehen des Gemeinderates und der Frist von drei Monaten einverstanden ist. Im Vorstoss steht nichts von einer Frist geschrieben.

Thomas Lammer hat sich beim Verfassen der Motion schwer getan mit einer Frist und darum nichts erwähnt. Mit dem Vorschlag des Gemeinderates ist die FDP einverstanden.

Abstimmung Überweisung der Motion Nr. 212/11 als Postulat:

Mit 16:14 Stimmen wird die Motion als Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfelner, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	Enthaltung
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

***3.7 Postulat Kaufmann: Redimensionierung des neuen Pilatussaals
Nr. 209/11***

Martin Heiz stellt fest, dass niemand gegen die Überweisung opponiert, somit wird das nächste Traktandum behandelt.

Mario Urfer beantragt ein Rückkommen, da die SP gegen die Überweisung opponiert.

Abstimmung über den Rückkommensantrag:

Mit 18:13 Stimmen wird der Rückkommensantrag gutgeheissen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	n.t.
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	nein

Christine Kaufmann bittet den Gemeinderat, eine Redimensionierung des neuen Pilatussaals zu prüfen. Nach der Ablehnung der Steuerfusserhöhung und des Budgets 2011 werden für die laufende Rechnung zusätzliche Einsparungen gesucht und für die zukünftigen Investitionen kleinere, überschaubare Schritte gewünscht. Die SVP verlangt einen sofortigen Planungsstopp des Cocon. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass für ein zukünftiges starkes und attraktives Kriens die Zentrumsplanung nicht grundsätzlich gefährdet werden darf. Sondern, dass aufgrund der Ablehnung des Budgets 2011 höchstens partiell Anpassungen geprüft werden sollen.

Verschiedene Stimmen in der Krienser Bevölkerung verstehen nicht, dass ein Bedarf für einen solch grossen Gemeindesaal für 500 Personen vorhanden sein soll. Wie viele Anlässe pro Jahr benötigen ein solch grosses Raumangebot? Der Sprecherin sind zwei grosse Anlässe bekannt. Ausweichmöglichkeiten werden zukünftig im Saal des Kultur- und Jugendzentrums Schappe Süd oder anderweitig angeboten. Zudem fragt sich die CVP/JCVP-Fraktion, ob sich die Krienser Vereine die hohen Mieten für einen derart grossen und modernen Saal überhaupt finanziell leisten können. Man denkt z.B. an die Theatergruppen, welche sich jeweils für eine Spiel- und Probezeit von mehreren Tagen/Wochen einmieten.

Die CVP/JCVP-Fraktion sorgt sich, dass Kriens in Zukunft zwar einen modernen Mehrzwecksaal im Angebot haben wird, doch dass dieser nur selten genutzt werden kann, weil die Mietkosten

zu hoch angesetzt werden müssen. Die Folgen wäre fatal: ein top moderner Saal, der nicht oder selten genutzt würde. Ein Saal dem die Lichter ausgehen? Eine Redimensionierung des neuen Pilatussaals gefährdet die Zentrumsplanung nicht, sondern wirkt eher unterstützend für eine positive Meinungsbildung bei der Bevölkerung für die anderen dringend nötigen Teilprojekte.

Gemäss Matthias Senn darf man nicht vergessen, dass der heutige Pilatussaal auch Platz für 500 Personen bietet. Der geplante Saal wäre sicher noch ein bisschen grösser, damit dieser auch Platz für Bankettanlässe bieten würde. Wie bereits erwähnt, ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Miet- bzw. Saalgebühren sind ein politischer Akt. Der Saal hat Infrastrukturen, welche von der Gemeinde finanziert werden. Klar ist aber auch, dass man keinen "toten Saal" haben darf, darum müssen die Gebühren auch für auswärtige Mieter interessant sein. Der Saal ist relativ ein wichtiger Punkt bei der Planung des Zentrum Pilatus. Wenn kein Saal geplant wäre, könnte man die Gebäudehülle definieren und die Planung den Investoren überlassen.

Mario Urfer kann auf den ersten Blick das Anliegen, den Saal nicht zu gefährden, verstehen. 1971 erwarb die Gemeinde das Hotel Pilatus und baute es mit dem Saal um. Für ein Platzvermögen von 300 Personen ohne Gallery, also gesamthaft für ca. 400 Personen. 40 Jahre später soll ein Saal für 500 Personen bei einer Einwohnerzahl von nahe 27'000 zu gross sein. Das versteht die SP nicht, da der Saal nur massvoll grösser wird als der heutige. Mit einem zu kleinen Saal haben Vereine Probleme. Ein Saal für öffentliche Interessen, wie Brauchtum, Kultur, Konzerte, wird benötigt. Dieser kann nicht kostendeckend sein und ist deshalb auf öffentliche Gelder angewiesen. Prüfen kann und soll man, was es an technischen Ausstattung braucht und wie weit gebührenpflichtig deren Benutzung sein wird. Vielleicht kann es sinnvoll sein, die gebäudebezogenen Kosten im Lebenszyklus zu berechnen. Die SP wird das Postulat nicht überweisen.

Räto Camenisch bemerkt, dass Kriens mit dem Projekt Cocon auf einem gefährlichen Weg ist. Man plant einen Saal, den es nicht braucht. In der Krauerhalle hat es für 1'000 Personen Platz. Die SVP will eine Sistierung, weil sie weiss, dass dieser Teil das Kleeblatt am meisten gefährdet. Für die SVP ist dies der Spatz in der Hand. Sie wird dem Vorstoss aber trotzdem zustimmen.

Gemäss Johanna Dalla Bona ist auch die FDP für die Überweisung des Postulates im Sinne der Haltung des Gemeinderates. Sie teilt die Ansicht des Gemeinderates, dass eine Redimensionierung nur wenig Kostenersparnis bringen würde und begrüsst darum eine spezielle Überprüfung von Handlungsalternativen bei einem Verzicht auf den Pilatussaal. Vielleicht wäre ein grösserer Saal beim Projekt Schappe Süd eine Alternative? Ein Verzicht auf den Pilatussaal bringt nebst dem bedeutend geringeren Kostenaufwand auch den grossen Vorteil, dass die Investorensuche ohne diese Auflage um einiges einfacher wäre. Was die Befürchtungen betreffend hohen Mietkosten angehen, so wird sich auch die FDP dafür einsetzen, dass diese für die Krienser Vereine zahlbar sind. Das ist aber eine politische Diskussion, die der Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt führen wird.

Maurus Frey erwähnt, dass auch die Grünen das Postulat im Sinne des Gemeinderates unterstützen werden. Man muss alles für eine Attraktivierung dransetzen. Die Grünen sind froh, wenn sich der Gemeinderat intensiv damit beschäftigt, wie und was am besten ist.

Abstimmung über das Postulat Nr. 209/11:

Mit 27:5 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

3.8 Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich**Nr. 207/11**

Martin Heiz stellt fest, dass der Gemeinderat die Ablehnung der Motion beantragt.

Gemäss Peter Portmann geht es den Krienser Finanzen nicht nur schlecht, sondern sehr schlecht. Man muss endlich Überlegungen treffen und Prioritäten setzen und bestimmen was bei den Ausgaben Kür oder was Pflicht ist. Der Umweltbereich ist keine heilige Kuh und über seine Berechtigung kann schliesslich auch diskutiert werden. Es ist auch eine Tatsache, dass die Umweltstelle in Kriens einen sehr schlechten Ruf hat. Besonders in der Krienser Baubranche ist man über die Hyperaktivität der Umweltstelle konsterniert. Der Sprecher ist überzeugt, dass man im Baudepartement diesbezüglich auch Beschwerden erhalten hat. Mit dieser Umweltstelle hat es die Gemeinde Kriens geschafft, ein duales Bewilligungssystem zu schaffen. Vermutlich schweizweit etwas einmaliges. Das kantonale Amt für Umwelt und Energie zählt 69 Beschäftigte inkl. eines Praktikanten. Im Internetauftritt dieses Amtes wird sogar ein Support für Gemeinde, Schulen und Wirtschaft angeboten. Die ganze Palette im Bereich Umwelt ist zu

haben und dies vermutlich zu einem bezahlbaren Preis. Das kantonale Amt für Umwelt und Energie ist auch für Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Kanton Luzern zuständig. Dieses Amt beschäftigt Experten für alle Bereiche in der Umweltindustrie. Fakt ist, dass die Krienser Umweltstelle das typische Beispiel einer Doppelspurigkeit ist und als Wirtschaftsverhinderungsstelle agiert. Auch für Peter Portmann hat der Umweltschutz einen hohen Stellenwert, aber bitte in einem vernünftigen Rahmen. Darum beantragt er, die Motion zu überweisen.

Für Cyrill Wiget ist es wie ein Ritual, indem immer wieder behauptet wird, der Gemeinderat habe den Umweltbereich ausgebaut. Dies stimmt nicht. Der Vorgänger von Cyrill Wiget, Josef Mattmann, hat seinerzeit eine 100 %-Stelle geschaffen. Cyrill Wiget zeigt anhand einer Folie, wie sich die Stellenprozente im Umwelt- und Naturschutzbereich in den letzten Jahren entwickelt haben. Gegenüber den Nachbargemeinden ist Kriens diesbezüglich nicht höher dotiert. Mit weniger Stellenprozenten kann Kriens den gesetzlichen Auftrag nicht wahrnehmen und die Behauptung der Doppelspurigkeiten ist auch nicht richtig. Der Sprecher nennt den behördlichen Ablauf, wenn jemand etwas Bauen möchte und bittet den Rat, die Motion abzulehnen.

Alfons Graf kann die Motion von Peter Portmann voll und ganz unterstützen und nennt folgendes Beispiel: Jemand hat eine Firma und dieser läuft es gut. Die Aufträge nehmen zu, es gibt mehr Arbeit. Der Umsatz und der Gewinn steigen. Was macht der Inhaber des Geschäftes? Es werden neue Stellen geschaffen. Was passiert, wenn die Umsätze und der Gewinn nach ein paar Jahren zurückgehen und die Firma rote Zahlen schreibt? Es müssen Angestellte entlassen werden. Das ist Realität und so geht es heute in der Privatwirtschaft knallhart zu und her. Nur so können die Wirtschaft und die KMU-Betriebe überleben.

Genau so sollte es in Kriens sein. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat müssen wie ein Unternehmer denken. Das Parlament hat eine Verantwortung gegenüber der Krienser Bevölkerung, welche das Recht hat, zu wissen, wie ihr Steuergeld eingesetzt wird. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht einverstanden, wenn unnötige Stellen unterhalten werden. Das geht in der Privatwirtschaft auch nicht. Aber so ist es in Kriens geschehen. Als die Gemeinde noch schwarze Zahlen geschrieben hat, wurde das Umweltdepartement aufgestockt. In der heutigen finanziell prekären Situation kann man es sich einfach nicht mehr leisten, solche Stellen zu unterhalten. Klar müssen alle etwas für die Umwelt tun, aber eine 50 %-Stelle reicht da vollkommen. So können Doppelspurigkeiten vermieden und viel Geld gespart werden. Sparen muss man da, wo keine gesetzlich gebundenen Vorlagen von Staat und Kanton vorhanden sind. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, diese Motion zu überweisen.

Ursula Müller hat zuerst eine Anmerkung zum Titel der Motion "Sparmassnahmen auch im Umweltbereich". Dieser suggeriert, dass bislang noch keine Sparmassnahmen im USD getroffen worden sind. Bereits im abgelehnten Budget hat das USD einen Anteil zu den Fr. 1.8 Mio. beigetragen. Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt die Motion inhaltlich ab. Die Forderung in der Motion, die Stelle um das Pensum von 50 % zu kürzen, greift ganz klar in das operative Geschäft, in den Stellenplan, ein und fällt damit nicht in den Kompetenz- und Aufgabenbereich des Einwohnerrates. Ebenfalls ist die Forderung: „Sparmassnahmen auch im Umweltbereich“ inhaltlich nicht korrekt. Die Frage ist, was mit Umweltbereich gemeint wird? Sind das der Natur- und der Umweltschutz? Oder kommt die Landwirtschaft, der Abfall, Energie, mit dazu? Ist der ganze Bereich des USD gemeint? Werden 50 % der Naturschutz- und Umweltstelle weggestrichen, verbleiben von den aktuellen 75-Stellenprozenten noch ganze 25 %.

Der Lebensraum in und um Kriens unterliegt einer grossen Entwicklung. Damit die Entwicklung möglichst ressourcenschonend, die Lebensqualität nicht abnimmt und ein sorgfältig Umgang mit der Natur und Umwelt gewährleistet werden kann, ist zum Schutz unumgänglich und für das Interessen aller eine entsprechende Stelle in Kriens mit den dafür nötigen Ressourcen nötig. Die Stelle leistet einen wichtigen Beitrag an die Lebensqualität, die Erholung und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Die CVP/JCVP-Fraktion stellt durchaus fest, dass in weiten Teilen der Bevölkerung einen gewissen Unmut und eine schlechte Akzeptanz gegenüber der Stelle besteht. Der Vorsteher des Departements ist gefordert und muss Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, damit die Akzeptanz dieser Stelle steigt und die Akzeptanz in der Bevölkerung gefördert wird. Somit werden auch die unnötigen Diskussionen ein Ende nehmen. Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Gemäss Alexander Wili ist die FDP wohlwollend gestimmt und zwar gegenüber der Situation, dass viele Krienser und Krienserinnen eine Art Doppelspurigkeit bei gewissen Abläufen sehen. Der Sprecher hat sich erlaubt, bei der Gemeinderätin von Horw, Manuela Bernasconi und bei Ursula Stämmer, Stadträtin von Luzern, Fragen im Zusammenhang mit der vorliegenden Motion zu stellen und so festzustellen, wieso gewisse Unterschiede vorhanden sind. Er zitiert dabei folgende Antwort von Manuela Bernasconi: *In Horw ist die Umweltschutzstelle im Baudepartement angesiedelt. Wir haben gute Erfahrungen gemacht, indem die Umweltstelle bei Umwelt- und Naturanliegen unkompliziert und schnell einbezogen werden kann. Zudem sind wir in einem Teambüro untergebracht, was oft auch dazu führt, dass Themen in den Bereichen Tief- und Hochbau auf kurzen Wegen direkt mit der Umweltschutzstelle besprochen werden können. Im Unterschied zu Kriens werden bei uns folgende Aufgabenbereiche von anderen Departementen oder anderen Bereichen wahrgenommen:*

Gewässerschutz, Baudepartement, Tiefbau, Umweltstelle sporadisch beigezogen Bauen, Baudepartement, Hochbau, Umweltstelle kann Stellungnahme abgeben Abfallbewirtschaftung, Sicherheitsdepartement, Werkdienste, Umweltstelle bei der Öffentlichkeitsarbeit involviert

Baukontrollen, Baudepartement, Hochbau, Umwelt führt keine Vollzugskontrollen aus Denkmalpflege, Baudepartement, Hochbau Energienachweise, Genehmigungsverfahren und Vollzug, Baudepartement, Hochbau Forstwirtschaft, Finanzdepartement, Immobilien Landwirtschaft, gemeindeeigener Betrieb, Finanzdepartement, Immobilien

Dies sind Überlegungen, die sich der Krienser Gemeinderat anstellen muss. In diesem Sinne unterstützt die FDP den Vorstoss.

Judith Luthiger stellt fest, dass alle Aufgaben von einem anderen Departement übernommen werden können. Wo bleiben da aber die Einsparungen? Es braucht ja auch wieder Personal, die diese Arbeit bewältigen können. Die Sprecherin sieht den Sparwillen nicht.

Erich Tschümperlin findet den Titel der Motion schon fast frech. Hat doch im Budget 2011 der Umweltbereich prozentual am meisten beigetragen und gelitten. Die Kürzungsanträge für die Umweltschutzstelle von Peter Portmann haben eine lange Tradition. Inzwischen weiss auch er, dass in diesem Departement kein Stellenaufbau stattgefunden hat. Dies wurde hier im Einwohnerrat bereits mehrmals diskutiert und auch belegt. Die Behauptung, dass die Umweltstelle vor weniger als 10 Jahren eine 50 %-Pensum war, ist eine glatte Lüge. Joseph Mattmann (ein echter Liberaler) hat 1989 die Stelle mit einem 100 %-Pensum geschaffen.

Erich Tschümperlin bittet Peter Portmann seine Behauptungen hier und jetzt zu belegen oder konsequenterweise seinen Vorstoss zurückzuziehen, da seine Grundlage hinfällig wird. Das wäre anständig, korrekt und geradlinig. Dieses prozentuale Streichen ist auch eine Kapitulation. Statt über Aufgaben und Leistungen zu reden, nimmt man den Rasenmäher. Statt sich mit der Sache auseinander zu setzen, setzt man irgendeine Zahl in den Raum. Damit erspart man sich Arbeit und kann sich trotzdem profilieren. Prozentuales Streichen bedeutet, dass man nicht weiss, was man wirklich streichen soll. Hier noch ein paar Gedanken zum USD: Die Stelle hat sich natürlich seit 1989 gewandelt und hat heute verschiedene und praktisch ausschliesslich gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erledigen. Was das Umweltdepartement heute leistet ist reines Pflichtprogramm, die Kür, wie es sich die Grünen wünschen, ist schon lange auf der Strecke geblieben.

Noch etwas zum scheinbaren Vergleich mit den Gemeinden Horw und Emmen. Es ist schon etwas simpel, wenn Peter Portmann hier ein Pensum nimmt und dies mit einem Pensum dort vergleicht. Auf ein solch durchsichtiges "Buebetrickli" fällt niemand mehr herein. Ein seriöser Benchmark bedeutet, dass man Aufgaben und die zugehörigen Stellenprozente vergleicht. In der Umweltschutzstelle Kriens sind unter anderem die Land- und Forstwirtschaft, Verkehr/Mobilität, Abfall, Beurteilung von umweltrelevanten Aspekten von Baugesuchen und wohl noch einiges mehr angesiedelt. Ist dies in Horw und Emmen ebenfalls der Fall? Der Sprecher erwartet von Peter Portmann auch hier klare Antwort. Dieselbe Stelle, die Peter Portmann stützen will, von der er nicht genau weiss, was sie eigentlich leistet, befasst sich auch mit den sehr arbeitsintensiven Vorstössen aus dem Einwohnerrat. Als kleines Beispiel wird der Rebbau-Vorstoss erwähnt. Dieser SVP Vorstoss hat einen veritablen Rechtsstreit mit dem Nachlassverwalter Dörig ausgelöst. Dies kostet Kriens Zeit und ziemlich viel Geld. Es braucht ein Konzept für den Rebbau. Aber auch die Suche von Ersatzland für den betroffenen Bauern kostet Zeit und Geld und löst weitere Forderungen aus. All dies ist im Pflichtenheft des USD so nicht vorgesehen, wird aber natürlich auch noch geleistet und zwar aufgrund eines SVP Vorstosses. Erich Tschümperlin stellt fest, dass auch Alfons Graf nicht weiss, was die Umweltstelle alles leistet, sei es für die Landwirtschaft, Energie, Abfall, Feuerungskontrolle. Dies sind gesetzliche Aufträge, welche auch der Einwohnerrat nicht einfach streichen kann. Betreffend Doppelspurigkeiten: Wenn die umweltrelevanten Aspekte vom Baudepartement bearbeitet werden, dann muss in diesem Departement das entsprechende Wissen aufgebaut werden. Die Grüne-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Für Martin Heini offenbart Peter Portmann mit seiner Motion unglaubliches. Vor ca. drei Monaten zeigte er sich sehr besorgt über einen möglichen Stellenabbau beim Gemeindepersonal im Zusammenhang mit der Fusion. Heute tätigt er einen offenen Angriff auf eine Stelle resp. deren Stelleninhaberin, wie es das Zitat aus der Motion: „*personelle Korrekturen*“ zeigt. Man höre und staune, die SVP hat nicht nur finanzielle Aspekte. Alles hinkt hier schon vor dem Schnellschuss. Peter Portmann sagt: „*mehr hochspezialisierte Fachkräfte*“, aber mangels Finanzen hat es immer weniger Praktikumsstellen zur Verfügung. Der Motionär hat keine Ahnung, was die machen, aber in der USK hat man schon mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, dass viele sinnvolle Projekte auf Nimmerleinstag sistiert werden mussten. Der Umweltbereich erfüllt heute schon nur die gesetzliche Aufträge.

Betreffend Vergleich mit Horw: Seit wann werden km² verglichen, wenn Horw bloss die Hälfte der Einwohner von Kriens hat? Wie sieht es mit der Bautätigkeit aus? Man hat die Vergleiche schon mehrmals diskutiert – die Gemeinde Horw und Emmenbrücke haben eine andere Aufgabenteilung. Das USD musste schon unverhältnismässig stark unter den Abbaumassnahmen der letzten Budgets leiden. Es ist ein Affront gegenüber dem Personal, welches unter grossem Druck und Spannungen arbeitet, von „*notwendigen personellen Korrekturen*“ zu sprechen. Ein

Affront auch, wie ohne Sachkenntnisse „aus der Hüfte“ geschossen wird und man daran festhält. Man gibt dem Mensch als lernendes Individuum keine Chance. Nichtwissen schützt den Politiker vor Verantwortungsübernahme oder die Verantwortung des Politiker beschränkt sich auf seine Steuerrechnung. Die SP sagt klar nein zu einer solch unverantwortlichen Politik.

Gemäss Peter Portmann ist der Vorstoss in der USK behandelt worden. Er ist erstaunt, dass Martin Heini, als USK-Präsident, nichts davon erwähnt, obschon der Vorstoss angenommen wurde.

Räto Camenisch stellt fest, dass die Umweltsache eine längere Geschichte ist. Wenn Cyrill Wiget den Stellenabbau im USD als seinen Erfolg anschaut, stimmt dies nicht. Dies ist der Erfolg der FDP und dem Einwohnerrat. Zudem kommt die Gemeinde Emmen, mit rund 2'500 mehr Einwohner mit einer 80 %-Stelle im Umweltbereich aus. Es ist alles eine Sache der Organisation und wenn der Einwohnerrat eine Kürzung verlangt, muss dies möglich sein.

Martin Heini antwortet auf die Bemerkung von Peter Portmann, dass er vorhin für die SP-Fraktion gesprochen hat und nicht als USK-Präsident. Der Vorstoss wurde nicht in der USK behandelt, es wurde lediglich auf die Begründung des Gemeinderates verwiesen.

Cyrill Wiget lädt alle Mitglieder des Einwohnerrates einmal ein, sein Departement zu besuchen. Er hat die Tipps von Alexander Wili zur Kenntnis genommen, findet es aber besser, wenn man solche Fragen direkt aushandelt und nicht über Umwegen zu Informationen kommt. Es ist keine Kostenreduktion, wenn man Arbeit herumschiebt. In Bezug auf die Bürgerfreundlichkeit wird daran gearbeitet. Es ist nicht immer einfach, aber mit weniger Personal wird es noch schwieriger. Und zuletzt bemerkt der Sprecher, dass es für ihn kein Erfolg, sondern eine traurige Geschichte war, dass sein Departement bereits schon Mal reduziert werden musste.

Abstimmung über die Motion Nr. 207/11:

Das Ergebnis lautet 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein

Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

Es kommt somit zu einer zweiten Abstimmung.

2. Abstimmung

Das Ergebnis lautet erneut 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

Da auch die zweite Abstimmung mit 16:16 Stimmen erfolgt, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser ist für die Überweisung der Motion.

Somit wird die Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich (Nr. 207/11) mit Stichentscheid des Präsidenten überwiesen.

3.9 Postulat Koch: Hergiswaldbrücke - Neue Perspektiven und Zeitgewinn dank Notbrücke

Nr. 208/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Patrick Koch hält fest, dass Ende Jahr die erlaubte Traglast auf der Hergiswaldbrücke vom Gemeinderat aus Sicherheitsgründen auf 8 Tonnen gesenkt wird. Dies war der Grund, weshalb er diesen Vorstoss eingereicht hat. Der Baukredit der 3 Mio. teuren Neubrücke hat die Hürde des Einwohnerrates noch nicht genommen. Was passiert bei einer Ablehnung? Es leuchtet ihm ein, dass sich die Notbrücke mit der laufenden Submission schlecht verträgt. Er versteht jedoch nicht, warum die Variante Behelfsbrücke nicht bereits mit dem Planungsbericht in Erwägung gezogen wurde. Mit dem Splitten der Investitionskosten (2011: 1 Mio. Franken; 2012: 2 Mio. Franken) ist das Problem der sehr hohen Kosten nicht gelöst. Die SVP fordert kein Kunstwerk sondern einen Zweckbau. Der Bau der Notbrücke wird Zeit für die Suche nach einer langfristigen Lösung verschaffen. Es kann doch nicht sein, dass sich der Kanton mit fadenscheinigen Argumenten von der Zahlungspflicht drückt. Es ist höchste Zeit, dass die Hergiswaldstrasse als Kantonsstrasse aufgenommen wird. Diese Strasse ist die direkte Verbindung zwischen Kriens und Schwarzenberg sowie Kriens und Eigenthal. Die überregionale Postautolinie befördert zudem über 70'000 Passagiere zwischen Luzern und Eigenthal pro Jahr. Man erwartet, dass der Kanton sich an den Baukosten der neuen Brücke beteiligen wird. 3 Millionen für die neue Hergiswaldbrücke bei der tristen Finanzlage sind zu viel. Es ist nun höchste Zeit, dem Baukredit Hergiswaldbrücke den Stecker zu ziehen. Ansonsten droht das Waterloo bei der Behandlung des Baukredits im Einwohnerrat. Er bittet, den vorliegenden Vorstoss zu überweisen.

Matthias Senn führt aus, dass gemäss Bericht und Antrag Nr. 118/2009 vom 28. Oktober 2009 das Neubauprojekt und die Sanierung der alten Holzbrücke 3,9 Mio. Franken kosten würde. Die neue Brücke selber kostet 3,7 Mio. Franken. Die Submission ist unterdessen abgeschlossen. Leider gab es aber kein Submissionsgewinn. Das günstigste Angebot bewegt sich in dem Bereich von Fr. 3,7 Mio. Der Bericht und Antrag wird mit diesem Betrag, inkl. Fr. 0,5 Mio., welche der Einwohnerrat bereits gesprochen hat, vorgelegt. Man hat sich über verschiedene Varianten Gedanken gemacht und den Vorstoss mit der Notbrücke Ernst genommen. Es wurde auch einen Erwerb der Brücke der alten Brünig-Bahn geprüft. Diese Brücke hätte man gratis haben können. Deren Länge stimmte aber nicht überein. Eine provisorische Notbrücke direkt neben der Holzbrücke löst aber kein Problem, denn diese kostet auch. Je provisorischer, desto günstiger, aber die Lebensdauer ist kürzer. Das Gesamtprojekt kann auf 40 Jahre abgeschrieben werden. Zurzeit prüft man die Belastung der Brücke und ob diese wirklich Ende Jahr gesperrt werden muss. Es haben Gespräche betreffend einem Umweg des Postautos über die Eystrasse stattgefunden und ob der Lastwagenverkehr sofort gestoppt werden soll. Somit gäbe es weniger Belastungen. Man rechnet damit, dass man den entsprechenden Bericht und Antrag anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 26. Mai behandeln und den Baubeginn auf den Spätsommer/Herbst festlegen kann. Die Fertigstellung wäre dann per Sommer 2012 geplant. Die Lastwagenfahrten konnte man jetzt schon eindämmen, sodass keine statische Belastungen mehr vorliegen.

Für Toni Bründler ist es klar, dass die Brünig-Brücke nicht reicht. Wenn man diese aber neben die alte Hergiswaldbrücke platziert, wäre dies kein Problem. Es wurde bereits ein Planungskredit gesprochen, welchem die SVP nicht zustimmte. Die Vorschläge der SVP wurden nicht überwiesen. Die neue Strasse, welche man 500 Meter verlegen muss, kostet rund Fr. 700'000.00. Dies könnte auch gespart werden. Es kann nicht sein, dass ein Angebot in der Region vorhan-

den ist und man dieses nicht nutzt. Es war ein Fehler, dass man die Submission durchführte. Er bittet, den vorliegenden Vorstoss zu unterstützen.

Gemäss Viktor Bienz möchte die CVP/JCVP-Fraktion nicht, dass jetzt überall Planungsleichen entstehen. So wird das Parlament vor dem Volk nicht mehr glaubwürdig. Der Einwohnerrat hat dem Planungskredit von Fr. 500'000.00 zugestimmt und zu diesem steht die CVP/JCVP-Fraktion nach wie vor. Man ist gespannt auf den B+A zum Baukredit, welcher ca. im Mai vorgelegt wird. Die CVP/JCVP-Fraktion will nicht in zehn Jahren wieder von vorne beginnen zu planen. Eine solche Politik spart nämlich langfristig gar nicht, im Gegenteil, man redet und plant heute schon viel zu lange von und über diese Brücke. Es sollen endlich Nägel mit Köpfe gemacht werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist auch für Sparen, aber für nachhaltiges Sparen und kein kurzfristiges. Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Beatrice Kiener teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates anschliesst und den Vorstoss ablehnt. Sollte dieser Vorstoss wider erwarten vom Einwohnerrat angenommen werden, zieht es die FDP-Fraktion vor, die Sache betreffend der Eystrasse ins Auge zu fassen und mit dem Postauto eine Lösung zu finden.

Martin Heini hält fest, dass Zeit Geld ist, weil die vergangene Zeit mit viel Arbeit gefüllt wurde. Die bisherige Rats-Politik war nicht gradlinig. Er meint immer noch, etwas Verzweiflung aus dem Bericht des Planers und Fachexperten hier drin im März 2010 gehört zu haben. Seither ist man über einem Jahr am Planen und nun soll das Ganze wieder gestoppt werden. Er hat den Eindruck, dass die SVP keine neue Brücke will. Der Holzwurm in der Brücke arbeitet aber schneller als der Rat. Eine zusätzlich Planung oder Neuplanung einer Notbrücke braucht es nicht. Diese bräuchte doch auch eine Planung, Fundamente, Zu- und Abfahrten, Material und Bauarbeiten. Zudem kommt der spätere Abbau hinzu, entweder steht sie neben dem Neubau oder diesem im Weg. Das Militär wird wohl kaum für eine Notbrücke einspringen. Diese Verzögerungs-Politik findet er katastrophal. Diese Politik wird vom Volk nicht mehr verstanden. Zu lange spricht man im Kriensertal von der neuen Hergiswaldbrücke, die ja nicht die Eigenthaler, die Schwarzenberger oder die Malterser wollen, sondern die Krienser, die ins Eigenthal wollen. Die SP-Fraktion sagt klar „Nein“ zu einer solchen Verzögerungs-Politik.

Gemäss Maurus Frey hat die Grüne Partei bereits bei der Erstbehandlung dieses Geschäfts im November 2009 die alternative Erschliessung via Eystrasse bevorzugt. Im Gegensatz zur SVP sind die Grünen ihrer Überzeugung treu geblieben und haben trotz damaliger Niederlage eine konsequente Haltung verfolgt. Ihre Linienführung bei diesem Geschäft ist klar. Mit der Linienführung des öffentlichen Verkehrs, mit dem Postauto via Blattig, Eystrasse wird ein unerschlossener Fleck mit Gewerbe, Sportstätten und Anwohnern an den ÖV angebunden. Eine Investition in eine Hilfsbrücke ist eine teure Aufschiebung. Wie viel Geld gedenkt die SVP damit einzusparen? Die Grünen zweifeln am Spareffekt des Vorstosses. Ein Vollausbau der Eystrasse kostet laut günstigem Voranschlag 2 Millionen Franken. Mit dem Geld für eine Notbrücke kann die Umfahrung Eystrasse für den ÖV realisiert werden. Die Grünen sind gegen die Überweisung des Vorstosses.

Alfons Graf bemerkt zur Aussage von Martin Heini, dass es nicht so ist, dass die SVP keine Brücke möchte. Man muss jedoch nochmals über die Bücher. Beim Sparauftrag, der vom Volk mitgegeben wurde, sind auch die zukünftigen Bauvorhaben gemeint. Auch dort muss man noch

einmal über die Bücher. Die Hergiswaldbrücke kommt viel zu teuer zu stehen. Man braucht keine Luxusbrücke, sondern, wenn überhaupt, eine neue Brücke die den Zweck erfüllt und keine Autobahnbrücke. Er hat sich bei der Gemeinde Malers erkundigt, was die neue Ennigerbrücke über die Kleine Emme gekostet hat. Die Gemeinde Malers verwies ihn auf den Präsidenten der Strassenbaugenossenschaft. Diese Person hat ihm folgende Daten übermittelt:

- Der Erbauer dieser Brücke ist die Firma Jung in Rain.
- Tragfähigkeit 28 Tonnen
- Spannweite 42 Meter
- Nutzbreite 3,5 Meter
- Nutzhöhe 3,8 Meter
- Planungskosten Fr. 90'000.00
- Baukosten Fr. 760'000.00

Somit kostete die ganze Brücke Fr. 850'000.00. Eine Brücke in diesem Ausmass ist Busautotauglich. Im Gegensatz zu den Kosten von Fr. 500'000.00 für die Planung und über Fr. 3 Mio. für die Brücke, welche die Gemeinde Kriens ausgeben will, sind das riesige Unterschiede. Er äusserte dies auch an der letzten FGK-Sitzung. Wenn der zuständige Gemeinderat bei seinen Äusserungen sagt: „Man könne nicht Erbsen mit spanischen Nüssli vergleichen oder eine solche Brücke würde in San Francisco vermutlich das 5-fache kosten, somit seien unsere Kosten wieder günstig zu betrachten,“ und der Vorstoss noch ins Lächerliche zieht, muss er sich schon fragen, wo da in der momentanen finanziellen Lage, in der sich die Gemeinde Kriens befindet, der Sparwille vorhanden ist. Und wenn Erich Tschümperlin von den Grünen gleichzeitig behauptet, die Zahlen seien aus der Luft gegriffen, ist das eine Unterstellung. Es zeigt einmal mehr, dass der Volksauftrag zum Sparen mit den Schuhen getreten wird. Die SVP muss wieder einmal in Erinnerung rufen, dass das Volk einen ganz klaren Sparauftrag gegeben hat und somit muss man auch bereits geplante Projekte von mehreren Millionen Franken hinterfragen. Leider ist es so, dass die mitte-links Parteien die Sparvorschläge der SVP in keiner Art und Weise unterstützen.

Martin Heiz weist darauf hin, dass im Einwohnerrat nicht aus den Kommissionen zitiert werden darf.

Judith Luthiger führt aus, dass bereits Planungskosten entstanden sind. Das Architektenteam könnte loslegen und vermutlich das Kostendach von Fr. 3,3 Mio. unterschreiten. Jetzt möchte man aber eine Notbrücke bauen. Als gewählte Politikerinnen und Politiker darf man doch nicht nur für den Moment denken und einfach 1 Mio. Franken für eine Notbrücke ausgeben. Diese muss schliesslich irgendwann wieder abgebaut und eine neue Brücke muss gebaut werden und dann kostet es im Endeffekt noch mehr. Leider sind die Gedächtnisse kurzlebig, als dann werden andere Mitglieder im Rat sitzen, welche die Vorgeschichte vielleicht nicht mehr kennen. Die Abklärungen über die Eystrasse hat man bereits mehrmals diskutiert. Die Familie Buholzer müsste enteignet werden. Das gibt Zeitverzögerung und hohe Kosten, die Planung beginnt von Null und es braucht für die Variante Eystrasse drei kleine, neue Brücken. Das wird alles andere als kostengünstig. Es muss bald gehandelt werden, sonst ist es zu spät. Ende Jahr ist fertig mit 16 Tonnen auf der alten Holzbrücke und man möchte doch kein Unglück. Das Naherholungsgebiet im Eigenthal muss mit dem ÖV erreichbar sein, sonst ist das Verkehrschaos komplett.

Erich Tschümperlin hat zum Planungskredit „Nein“ gestimmt. Er wollte keine schöne Brücke. Jede Brücke ist ein Einzelwerk.

Matthias Senn hält fest, dass die Denkmalpflege viel zu den denkmalgeschützten Objekten zu sagen hat. Dies darf man nicht unterschätzen. Die Hergiswaldbrücke ist doppelt so breit wie die Brücke in Malters.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 22:8 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	n.t.
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	Enthaltung

3.10 Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens (Budget 2011) Nr. 213/11

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Bruno Bienz opponiert der Überweisung.

Simon Konrad führt aus, dass mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 bei der Finanzierung der Pflegekosten ambulant und stationär ein Systemwechsel von der Ob-

jektfinanzierung hin zu einer stärker subjektorientierten Finanzierung vollzogen wird. Die Heimtaxen setzen sich zusammen aus den Pensions- und Betreuungskosten einerseits und den Pflegekosten andererseits.

- Pensionsleistungen (inkl. kalk. Gebäudekosten): Gemäss der künftigen Regelung werden die gesamten Pensions- und Betreuungskosten vollumfänglich durch die Heimbewohnerinnen und -bewohner beglichen und sollen ausschliesslich über die Heimtaxen finanziert werden.
- Pflegeleistungen (inkl. kalk. Gebäudekosten): Die Finanzierung der Pflegekosten hingegen erfolgt durch die Krankenversicherer, die Heimbewohnerinnen und -bewohner sowie durch die Gemeinden, wobei der Kostenanteil der Krankenversicherer und der Heimbewohnerinnen und -bewohner gesamtschweizerisch einheitlich geregelt und begrenzt ist. Im Kanton Luzern wird der nicht gedeckte Anteil der Pflegekosten durch die Gemeinden im Sinne einer Restfinanzierung voll ausfinanziert. Diese Restfinanzierungsbeiträge der Gemeinde Kriens an die ungedeckten Pflegekosten in der Höhe von 4,725 Mio. Franken werden den Heimrechnungen unter der Position 410.00 Pensionsgelder ausgewiesen.

Werden die obenerwähnten Parameter so eingehalten, sollte das Budget 2011 der Heime Kriens (inkl. kalkulatorischer Gebäudekosten) ausgeglichen sein. Das Budget 2011 weist inkl. kalkulatorischer Gebäudekosten und dem Pflegefinanzierungsbeitrag der Gemeinde Kriens ein Defizit von Fr. 693'300.00 aus. Also finanziert die Gemeinde Kriens einen höheren Fehlbetrag als gesetzlich vorgeschrieben. Es ist klar, dass im Budget 2011 zu diesem Zeitpunkt nicht Fr. 700'000.00 eingespart werden können. Zuerst braucht es eine detaillierte Analyse oder einen Benchmark zu anderen Heimen um herauszufinden, was in Kriens teurer gemacht oder günstiger angeboten wird. Wenn es gelingt, den Betrag von Fr. 700'000.00 einzusparen, kommt man einer Privatisierung näher. Es müsste aus den Heimen Kriens eine Spezialfinanzierung gemacht werden. Die Gemeinde Kriens würde dann nur noch über die Höhe der Pflegefinanzierungsbeiträge mit den Heimen verhandeln, wie dies mit den Privaten auch nötig ist. Punkt 3 ist nicht so zu verstehen, dass einen Fehlbetrag von Fr. 1,4 Mio. einzusparen wäre. Der Betrag von Fr. 700'000.00 soll nachhaltig eingespart werden, d.h. vielleicht können im Budget oder in der Rechnung 2011 Fr. 200'000.00 eingespart werden und im Budget 2012 die restlichen Fr. 500'000.00. So wird der Aufwandüberschuss von Fr. 700'000.00 pro Jahr über die beiden Jahre eliminiert.

Martin Heiz informiert, dass Bruno Bienz nicht gegen die Überweisung des Vorstosses opponieren möchte, sondern lediglich eine Diskussion dazu führen. Wenn man gemäss Geschäftsordnung aber nicht opponiert, kann man nicht mehr dazu diskutieren. Er fragt deshalb nochmals, ob jemand gegen die Überweisung opponiert.

Da niemand opponiert, ist das Postulat überwiesen.

4. Bericht und Antrag: Voranschlag 2011 (2. Version)

Nr. 211/11

Martin Heiz begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher. Er bittet, sich bei den jeweiligen Anträgen kurz zu halten. Es liegen 30 Anträge vor.

Simon Konrad würdigt namens der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission den Gemeinderat für die Erarbeitung des revidierten Budgets, das als auffälligste Veränderung, entsprechend dem Willen des Soveräns, auf eine Steuererhöhung verzichtet. Die Korrekturen zum ersten Budget sind sauber und übersichtlich dargestellt und mit entsprechenden Kommentaren ergänzt. Das Eintreten war in der FGK unumstritten. Das vorliegende Budget sieht ein Defizit von Fr. 5,44 Mio. (vgl. zum 1. Budget: - 3,7 Mio. Fr.) und Investitionen von Fr. 13,55 Mio. (vgl. zum 1. Budget: - 21,1 Mio. Fr.) vor. Kriens muss neue Leistungen übernehmen (Pflegekostenfinanzierung) und das ist mit stagnierenden Einnahmen eine grosse Herausforderung. Es gilt jetzt aber auch, diese Situation nicht allzu negativ darzustellen. Die Gemeinde Kriens verfügt nach wie vor über das bestmögliche Rating im Kanton Luzern. Der Kanton verlangt, dass der 5-Jahres-Schnitt des Selbstfinanzierungsgrades mind. 80 % beträgt. Kriens liegt bei 100 %, aber die Tendenz ist sinkend. Die Liquidität ist gut, das Rating ebenfalls. Die Meinungen zum Voranschlag gingen, wie schon im Prozess der Auslegeordnung und der Budgetdebatte, diametral auseinander. Den Einen gingen die Sparvorschläge zu weit und halten die Steuererhöhung für den einzigen gangbaren Weg, den Anderen wurden zuwenig Leistungen hinterfragt und reduziert. Die Sparvorschläge der SVP von einer halben Million Franken wurden von der Kommission allesamt abgelehnt. Ein Vorschlag der FDP, der die Aussetzung der Anschaffung von Kunstwerken vorsieht, wurde angenommen. Die FGK lehnt das Budget mit 4:2 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Eine Ablehnung des Budgets durch den Einwohnerrat bleibt ein mögliches Szenarium. Da möchte er zu Bedenken geben, ob dies wirklich der beste Weg für Kriens ist.

1. Annahme Voranschlag: Wenn der Voranschlag von der Mehrheit des Einwohnerrates angenommen wird, tritt dieser, vorbehaltlich eines allfälligen fakultativen Referendums, in Kraft.
2. Annahme Voranschlag, Referendum wird ergriffen: Bei einer Zustimmung zum Voranschlag und einem folgenden parlamentarischen Referendum wird der Voranschlag nach Möglichkeit am 10. April (zusammen mit den Kantonsrats- und Regierungsrats-Wahlen) oder am 15. Mai dem Volk unterbreitet. Der Voranschlag tritt vorläufig nicht in Kraft.
3. Ablehnung Voranschlag: Wenn der Voranschlag von der Mehrheit des Einwohnerrates abgelehnt wird, ist gemäss § 94 Abs. 3 des Gemeindegesetzes zu verfahren. Der Gemeinderat wird den Voranschlag dem Regierungsrat zur Festsetzung unterbreiten.
4. Rückweisung des Voranschlags: Gemäss § 94 Abs. 1 des Gemeindegesetzes legt der Gemeinderat bis Ende März des Voranschlagsjahres einen überarbeiteten Voranschlag vor. Dies hat der Gemeinderat mit der vorliegenden zweiten Fassung gemacht. Ob der Gemeinderat bereit ist, bis Ende März eine dritte Fassung vorzulegen, müsste dieser alsdann entscheiden. Nachdem aber eine Rückweisung nach dem Eintreten beschlossen werden muss und demzufolge keine Detailberatung stattgefunden hat, wäre es dem Gemeinderat praktisch unmöglich, eine erneute mehrheitsfähige Fassung des Voranschlags vorzulegen. Es wäre möglich, dass der Gemeinderat auf die Erarbeitung einer dritten Fassung verzichtet und den Voranschlag dem Regierungsrat zum Entscheid vorlegt.

Viktor Bienz hält fest, dass die Baukommission die baurelevanten Bereiche des Budgets 2011, 2. Version angeschaut hat. Das Eintreten wurde nicht bestritten. Gemeindeammann Matthias Senn hat der Baukommission die Änderungen in den Positionen des Baudepartements vorge-

stellt. Bei der Position 620.00.318.01 Öffentliche Strassen, Aufwand Parking, wurde der höhere Aufwand mit den alten Parkuhren, welche man nicht auf das neue System programmieren kann und darum ersetzt werden müssen, begründet. Beim Kostenverteiler des Regionalverkehrs (Konto 650.00.361.00) fanden einige Baukommissions-Mitglieder, dass dieser nicht fair sei und Kriens zu stark belaste. Weiter wurde einem Antrag zugestimmt, dass bei der Wasserversorgung zusätzlich Lohnbestandteile für Backoffice und Führung zu verbuchen seien. Zu diesem Antrag kommt man dann bei der Detailberatung. Zur Investitionsrechnung bemerkte Gemeindeammann Matthias Senn, dass die Medien es grundsätzlich falsch interpretiert haben. Man hat grundsätzlich bei den Investitionen nichts rausgestrichen, sondern im Moment nur zeitlich verschoben. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, über die einzelnen Projekte noch abstimmen zu können. Beim Zentrum Kriens wird beispielsweise nur einen Teil davon in diesem Jahr ausgelöst und nicht alle vier Projekte. An der Klausursitzung des Gemeinderates vom März 2011, an der Einwohnerratssitzung vom Mai 2011 sowie anlässlich der Schösslgespräche wird der Fahrplan besprochen. Im Jahr 2011 möchte man für das Zentrums-Projekt nicht mehr als 1 Mio. Franken verwenden. Im Weiteren erwähnte Matthias Senn, dass bei der Hergiswaldbrücke eine Etappierung vorgesehen und die Notbrücke für den Gemeinderat keine Alternative sei. Der Baukredit dazu wird im Einwohnerrat beraten. Bei den Investitionen der Wasserversorgung wurde beantragt, das Budget von 1,7 Mio. Franken wieder auf 2,5 Mio. Franken zu erhöhen. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Dazu kommt man noch in der Detailberatung. Die Baukommission stimmte den baurelevanten Bereichen des Budgets 2011, 2. Version mit 5 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Gemäss Martin Heini ist die Umwelt- und Sicherheitskommission einstimmig für Eintreten. Alle USK-Mitglieder wollen in unterschiedlichen Richtungen Änderungen am Budget. Zu den Bereichen aus dem USD erhielt die USK Infos von Carmen Emmenegger und Cyrill Wiget.

- Sicherheitsdienst: Die Patrouillen-Gänge im Winter dauern 50 anstatt 60 Minuten. Im Sommer gibt es ab 03.00 Uhr keine Patrouillen und Innensicherung beim Chinderhuus und Museum im Bellpark mehr. Dies ist machbar, muss jedoch scharf beobachtet werden. Die USK folgt hier mehrheitlich dem Gemeinderat. Das Risiko ist tragbar.
- Jugendanimation: Die Mehrheit möchte noch mehr abbauen. Ein entsprechender Antrag dazu liegt vor. Die USK ist sich bewusst, dass bei der Jugendanimation überproportional gestrichen wird. Es liegt die Begründung vor, dass genug getan werde und nicht nur die Gemeinde die Probleme der Gesellschaft lösen soll.
- Umweltschutz: Die Mehrheit möchte noch mehr abbauen. Ein Antrag dazu liegt vor. Die USK ist sich bewusst, dass beim Umweltschutz überproportional abgebaut wird. Bei den Baukontrollen gibt es Doppelspurigkeiten. Die USK hat von der Beantwortung der Motion Portmann (Nr. 207/2011) und der vom Gemeinderat dargelegten Fakten Kenntnis genommen. Der Antrag wird dennoch mehrheitlich gestellt.
- Investitionsrechnung: Hier folgt die USK wiederum dem Gemeinderat, welcher verantworten kann, mit dem Hort/Kindergarten Roggern ein Jahr zu warten. Demgegenüber wird auf das Risiko aufmerksam gemacht, dass im Jahr 2012 wieder zugewartet wird.

Die USK genehmigt mit 3:1 Stimmen (bei einer Abwesenheit eines Mitgliedes) das Budget 2011 gemäss den Anträgen der USK.

Monika Marbacher teilt mit, dass die Bildungskommission mit 5:2 Stimmen für Eintreten auf den Voranschlag 2011, 2. Version, Bereich Bildung war. Bei der Eintretensdebatte wurde zum Sparauftrag im Bereich Bildung über eine mögliche Auflösung der Schulbibliotheken mit entsprechender Integration in die Gemeindebibliothek, über eine Anhebung der Musikschulbeiträge und über ein Wunschdefizit von 5 Mio. Franken diskutiert. Zur Bibliothek erklärte Helene Meyer-Jenni, dass die Gemeindebibliothek auf Erwachsene ausgerichtet sei und nur in einem reduzierten Bereich für Kinder. Die Gemeindebibliothek hätte zudem überhaupt keine Kapazität, all die Medien aus den Schulbibliotheken unterzubringen. Ob dies eine Kostenersparnis bringen würde, bezweifle sie. Im Weiteren habe man sich politisch auch für Quartierschulhäuser entschieden. Markus Buholzer fügte hinzu, dass Schulbibliotheken wichtig seien, um Themen nachzuschlagen und zu erarbeiten (für Vorträge etc.). Ansonsten könnten Kompetenzen wie systematisches Suchen nicht erlernt werden. Die BiK konnte die aufgeführten Argumente nachvollziehen. Betreffend den Musikschulbeiträgen wies Helene Meyer-Jenni darauf hin, dass die Musikschule Kriens lange die teuerste Musikschule in der Agglomeration war und aktuell die zweitteuerste. In der BiK regte sich Widerstand gegen eine Erhöhung der Musikschulbeiträge und dies trotz Sparauftrag. Zum Wunschdefizit von Fr. 5 Mio. konnte als einziges Argument der Sparwille aufgeführt werden. Die drei Themen wurden ohne Abstimmung und ohne Anträge als erledigt betrachtet. Positiv wertete die BiK, dass Sparvorschläge in der Kommission diskutiert werden.

Die BiK behandelte im Weiteren die Anträge der SVP betreffend Reduzierung der Kosten von Deutsch als Zweitsprache (DAZ) und Schulsozialarbeit (SSA). Der Nettoaufwand von DaZ hat sich aufgrund verschiedener Positionen vergrössert: höhere Löhne durch Stufenanstieg, Teuerungsausgleich, interne Soziallasten. Es wurde kein Pensum aufgestockt. Die Zahl hat sich aufgrund kantonaler Regelungen verändert. Es gibt einen klaren gesetzlichen Auftrag für DaZ und Schulpflicht besteht für alle Kinder. Die Folgen einer Kürzung von DaZ liegen auf der Hand: grössere Gruppen und längere Wege zum Erlernen der Sprachkompetenz, welche notabene die wichtigste Kompetenz ist, um dem Unterricht folgen zu können. Dem entgegenggehalten wurde, dass für Einwanderer die Schweiz ein Schlaraffenland sei und man nicht einmal die Sprache können müsse und dennoch alle Leistungen erhalte. Im Gegenzug wurde erwähnt, dass es wichtig sei, Ausländer zu integrieren, sie unsere Sprache zu lehren, damit es auch im Alltagsleben zu weniger Auseinandersetzungen komme. Die BiK kam zum Fazit, dass die Reduktion von DaZ-Unterricht nicht zur nötigen Gesamtersparnis führen wird. Zudem wäre die grundlegende Chancengleichheit der Kinder in Frage gestellt. Der Antrag wurde mit 5:2 Stimmen verworfen.

Zur Reduktion der Schulsozialarbeit hatte Rektor Markus Buholzer überhaupt kein Verständnis. Beim letzten Schulbesuch der BiK wurde von den Lehrpersonen klar aufgezeigt, dass viele Probleme im zwischenmenschlichen und sozialen Kontext der Schüler liegen. Wenn man nach dem Richtwert des Kantons geht, hat die Volksschule Kriens rund 100 % zu wenig Stellenprozent im Bereich SSA. Auch aus der Praxis kann Markus Buholzer sagen, dass man zu wenig Ressourcen im Bereich der SSA hat. Es können bereits jetzt nicht alle Fälle behandelt werden. Es wurde ausgeführt, dass es wichtig sei, die SSA bei schwierigen Situationen einzusetzen. Dies helfe nachhaltig Kosten einzusparen. Auch Versicherungen arbeiten nach diesem Prinzip (Case Management). Es wurde argumentiert, dass die Eltern mehr in die Pflicht genommen werden müssen. Dem wurde entgegenggehalten, dass dies mehr Ressourcen bei der SSA brauche. Auch daher sei eine Kürzung nicht auszudenken. Die BiK ist grossmehrheitlich gegen eine Reduktion der SSA.

Bei der Detailberatung ergaben sich keine neuen Fragestellungen. Die Kürzungen im Bereich der Bildung wurden akzeptiert. Die Herabsetzung der Investitionskosten beim Hort Roggern

wurde mit 4:3 Stimmen gutgeheissen. Die BiK genehmigte den Voranschlag 2011, 2. Version, Bereich Bildung mit 4:3 Stimmen.

Gemäss Bruno Bienz ist die Sozial- und Gesundheitskommission der Meinung, dass die vom Gemeinderat bis jetzt getroffenen Massnahmen und Budgetbereinigungen nur Kosmetik sind. Die Ungenauigkeiten sind aufgetreten, weil der Budgetprozess schon im April 2010 begonnen hat. Alle sind sich einig, dass im nächsten Schritt über die Leistungen gesprochen werden muss. Hier werden alle gefordert sein. Die in der zweiten Version des Voranschlages veränderten Konten wurden von Lothar Sidler und dem neuen Heimleiter, Guido Hübscher, ausführlich erklärt und auch allfällige Folgen aufgezeigt. Nachdenklich stimmt ihn, dass einzelne SGK-Mitglieder nicht genügend Mumm in den Knochen haben oder vielleicht auch aus taktischen Gründen kommissionsbetreffende Sparvorschläge in der Kommissionssitzung, trotz mehrmaligem Nachfragen, nicht kommunizieren und dadurch eine vertiefte Sach-Diskussion verhindern. So was nennt er nicht Sach- sondern Parteipolitik, die er in dieser Form nicht unterstützen wird. Die SGK hat über den Voranschlag 2011, 2. Version nicht abgestimmt.

Peter Portmann führt namens der SVP-Fraktion aus, dass die zweite Version des Voranschlages 2011 die alte Finanzpolitik repräsentiert und nicht den Auftrag des Volkes vom 19. Dezember 2010. Mit den Kürzungen, welche der Gemeinderat im Budget angebracht hat, wurden die Hausaufgaben nur teilweise erfüllt und entsprechen nicht den Vorstellungen der SVP. Was der Gemeinderat da präsentiert, ist nichts anderes als eine Alibiübung mit sehr wenig Substanz. Das Volk hat in seinem Verdikt vom 19. Dezember 2010 ein klares Signal gegeben und das heisst sparen, sparen und nochmals sparen. Das klare Abstimmungsresultat zeigt eindeutig, was der Souverän will. Betrachtet man die Mini-Korrekturen im revidierten Budget, so kann man feststellen, dass nicht einmal der Gemeinderat es für nötig hält, den Willen des Volkes zu respektieren. Ende Dezember 2010 und Mitte Januar 2011 hat die SVP je einen offenen Brief an sämtliche Einwohnerrats-Mitglieder verschickt. Dieses Papier wird noch überarbeitet und an der nächsten Budgetdebatte als Grundlage dienen. Die SVP wird es in Zukunft nicht auf sich sitzen lassen, dass man ihr nachsagt, dass diese keine konkreten Sparvorschläge hätten. Bei dieser Gelegenheit appelliert er an die Linken, dass sie es unterlassen sollen, die SVP als Volksblender darzustellen. Schliesslich sind die 65 %, welche „Nein“ zum Budget 2011 gesagt haben, nicht alles Deppen und Idioten. Diese Abstimmung repräsentiert auch die Meinung von vielen CVP- und FDP-Wählenden. Die SVP wird an dieser Budgetdebatte, Version 2 nur zu Sparanträgen zustimmen. Alles andere wird strickt abgelehnt. Man erwartet, dass die Sparanträge der SVP in der Detailberatung unterstützt werden. Die SVP ist für Eintreten.

Ursula Müller hält fest, dass sich die CVP/JCVP-Fraktion mit dem vorliegenden Budget schwer tut. Auch die zweite Version weist einen gossen Mehraufwand von Fr. 5,4 Mio. aus und kommt mir einer deftigen Schräglage daher. Der Gemeinderat hat das Budget wohl im Rahmen seiner kurzfristigen Möglichkeiten angepasst. Die meisten Massnahmen jedoch sind Anpassungen aus der Kostenentwicklung ab letzten Sommer, das heisst Mehreinnahmen aus zusätzlichen Gebühren oder Gebührenerhöhung, namentlich aus dem neuen Parkplatzreglement, neue Bestattungsgebühren und bei der Spitex eine Tarifierhöhung bei der Haushalthilfe. Aufwandreduktionen gab es bei der Bildung und der Sicherheit, das heisst weniger Sicherheit, weniger Bildung, weniger soziale Leistungen. Dies ist ein Leistungsabbau. Aus dem Voranschlag ist zu entnehmen, dass von dem ursprünglich prognostizierten Defizit von Fr. 7 Mio. Fr. 1.8 Mio. eingespart werden. Der SVP-Finanzchef Paul Winiker redet von einem strukturellen Problem, ausgelöst durch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben. Allein die Pflegefinanzierung kostet die Gemeinde Fr. 5,2 Mio. Die Schere zwischen den Einnahmen und den Ausgaben öffnet sich immer mehr.

Die Steuereinnahmen sind sogar leicht gesunken. Vor Kurzem war die Prognose der SVP ein jährliches Wachstum des Steuersubstrats von 5 % und damit hat sie die Steuersenkung vor dem Volk begründet und gerechtfertigt. Mit viel Verantwortung und Augenmass wurde vor knapp einem Jahr die 4-Säulenstrategie entwickelt. In vielen Diskussionen und Stunden wurde sorgfältig abgewägt. Mit Christoph Lengwiler wurde ein ausgewiesener Experte beigezogen. Alle versuchten, am gleichen Strick zu ziehen und mit den Entlastungsmassnahmen die Gemeindefinanzen in eine sichere Zukunft zu steuern. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Die SVP erinnerte sich nicht mehr und scherte als einzige Partei aus. Die Sprecherin fragt sich, was für eine Strategie die heutigen Einwohnerrats-Mitglieder haben. Dazu kann man nur eine Antwort geben, denn es liegt keine Strategie vor. Es liegen viele Anträge um Reduktion des Aufwandes und um Streichung auf dem Tisch. Man kommt ziellos mit wenig Strategie daher. Es entsteht der Eindruck, dass die Budget-Posten lediglich von der Höhe her verglichen wurden. Es wurden Anträge um Reduktion gestellt, die traurigerweise ohne nötiges Abwägen und ohne Weitblick aus dem Budget fliegen sollen. Die einzige erkennbare Strategie ist, möglichst alle freiwilligen Leistungen wegzuputzen und damit die Attraktivität von Kriens weiter zu schmälern. Insbesondere bei der Bildung, der Angebote der Musikschule, der Spitex und in den Heimen. Es sind Schnellschüsse dabei. Dies ist ein fragwürdiges Vorgehen und hinterlässt einen ganz schlechten Eindruck. So spart man Kriens kaputt. Viele Sparmassnahmen, die heute beschlossen werden, werden sich langfristig als finanzieller Bumerang erweisen. Was auf den ersten Blick als Sparmassnahme erscheint, löst langfristig Mehraufwand für die Gemeinde aus. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates, im Frühjahr mit allen Parteien und Beteiligten nochmals eingehend über die Bücher zu gehen, Leistungen und Aufgaben zu hinterfragen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Die CVP/JCVP-Fraktion wird beantragen, die Sicherheitskosten nicht um 14'000.00 zu reduzieren und die Anzahl der Patrouillengänge in den Schulanlagen und im Bellpark zu belassen. Es ist der CVP/JCVP-Fraktion wichtig, dass sich die Krienser Bevölkerung sicher bewegen kann und dass keine Zusatzkosten in den Anlagen durch Randalieren und Littering entstehen. Man setzt sich für Sicherheit und Ordnung ein. Weiter wird die geplante Erhöhung des Spitex-Tarifs bei der Haushaltshilfe abgelehnt. Man möchte, dass Pflegebedürftige möglichst lange in ihren eigenen Strukturen leben können. Dies ist für alle Seiten ein Gewinn. Alles andere könnte sich langfristig finanziell negativ auswirken. Im gleichen finanziellen Umfang wie die Aufstockung dieser zwei Budgetposten, beantragt die CVP/JCVP-Fraktion Sparmassnahmen zu ergreifen, so dass der Nettoaufwand unverändert bei Fr. 5,4 Mio. bleibt, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Die Sparmassnahmen, welche einzelne Bevölkerungsgruppen, wie die Jungen und Älteren, unverhältnismässig treffen oder die Bildung übermässig beschneidet, werden abgelehnt.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten auf die zweite Version des Budgets. Ob sie dem Budget zustimmen kann, hängt von der folgenden Diskussion und den genehmigten Anträgen ab.

Gemäss Simon Konrad ist die FDP-Fraktion mit dem vorliegenden Budget nicht glücklich. Es beginnt mit der Zielsetzung des Gemeinderates auf Seite 3. Man geht einig, dass eine Steuererhöhung nach der Abstimmung vom Dezember 2010 vom Tisch ist. Bei der Ausgangslage ist festgehalten: „Weitere Sparmassnahmen in allen Bereichen sind zu erarbeiten und die daraus entstehenden Konsequenzen aufzuzeigen, damit das Defizit reduziert werden kann“. Man ist aber erstaunt, dass dies ohne quantitative Zielsetzung passieren soll. So ist das Resultat konsequenterweise unbefriedigend. Die Korrekturen hat man genau angesehen. Von den Fr. 2,2 Mio. Korrekturen sind Fr. 600'000 reine Kosmetik, Fr. 1,2 Mio. wären ohnehin eingetroffen (wie z.B. die Reduktion der Ergänzungsleistungen) und nur 19 %, Fr. 420'000.00, sind effektive Massnahmen und davon wurden Fr. 250'000.00 über Mehreinnahmen generiert. Bei den

Investitionen ist man der Meinung, dass zu viel gestrichen wurde. So erachtet man es als sinnlos, bei der Spezialfinanzierung der Wasserversorgung zu kürzen.

Man ist der Meinung, dass das Abstimmungsresultat vom Dezember 2010 ernst genommen und der Haushalt der Gemeinde nachhaltig wieder ins Lot gebracht werden muss. Dazu wird man künftig auf gewisse Leistungen verzichten werden müssen. Man ist nach wie vor der Meinung, dass man nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt und dass das Konsumproblem in Kriens zu lösen ist. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Das wird bei Diskussionen oft vermisst, denn es sind zu viele Tabuthemen im Raum und ein echter Leistungsverzicht findet kaum statt. Bei der Detailberatung wird man die Anliegen einbringen. Man ist der Meinung, dass man für Kriens ein besseres Budget verabschieden kann als der Regierungsrat. Das Ziel ist ein Defizit von Fr. 5 Mio. Man unterstützt einzelne Anträge und hofft, dem Budget zustimmen zu können.

Judith Luthiger betont namens der SP-Fraktion, dass man letzten Frühling dem 4-Säulen-Prinzip und dem schwer erkämpften Kompromiss zustimmte. Bereits beim ersten Budget hat man fast 2 Millionen Franken gekürzt und die Gebühren erhöht. Hier ein paar Beispiele: Die Heimbewohner mit tiefen BESA-Stufen müssen neu bis zu Fr. 30.00 pro Tag mehr bezahlen, bei der Bildung hat man erneut Schulklassen gestrichen, beim Gemeindepersonal hat man abgebaut usw. Selbstverständlich wurde auch bei der Jugend und im Umweltdepartement massiv gespart, dort wurden nämlich 50 Stellenprozent abgebaut.

Mit der Ablehnung des Budgets und der Steuererhöhung im Dezember 2010 ist es noch enger geworden und das Defizit noch grösser. In der zweiten Version des Budgets hat man zwar aufgrund der Hochrechnungen von 2010 diverse Zahlen nach unten korrigieren können; ein bisschen Kosmetik betrieben. Wo will der Gemeinderat weitere Leistungen abbauen? Selbstverständlich nochmals bei der Bildung, bei der Spitex und bei der Sicherheit. Wo bleibt hier die Ausgewogenheit? Warum getraut man sich nicht, alle Bereiche anzuschauen? Wen treffen die zusätzlichen Abbaumassnahmen? Es trifft wie immer Kinder und Jugendliche, Familien mit kleinem Einkommen und Pflegebedürftige. Mit diesen weiteren Abbaumassnahmen streut man den Krienserinnen und Krienser nur Sand in die Augen. Denn die Finanzen sehen im Jahr 2012 nicht besser aus. Es fehlen massive Einnahmen. Seit drei Jahren schreibt man Defizite und auch für das Jahr 2010 wird es wieder rote Zahlen geben. Man hat wiederum 2 Mio. Franken weniger Steuern eingenommen. Der Gemeindehaushalt muss mit immer weniger Einnahmen finanziert werden. Irgendeinmal kann die Rechnung nicht mehr aufgehen. Man kann ein Gemeindebudget nicht mit einem Familienbudget vergleichen. Dort ist es einfacher, indem man beim Essen oder bei den Ferien spart. Auch mit der Privatwirtschaft kann man nicht eins zu eins vergleichen. Eine KMU hat ganz andere Regulierungsmöglichkeiten. Eine Gemeinde hat andere Bedingungen. Diese muss gesetzliche Aufträge erfüllen, ob sie Geld hat oder nicht. Es ist eine Tatsache, dass die gesetzlichen Vorgaben momentan das Budget sprengen. Jedes Jahr werden Sparpakete geschnürt. Man erfüllt die gesetzlichen Vorschriften und bietet fast keine einzige freiwillige Leistung mehr an. Es wird kein Geld zum Fenster hinausgeworfen.

In Kriens besteht ein strukturelles Problem. Alle Steuergesetzrevisionen mussten kompensiert werden. Der Kanton Luzern hat die Steuern in den letzten acht Jahren um 4/10 gesenkt. In Kriens wurden die Steuern ebenfalls drei Mal gesenkt. Bis jetzt ist es einigermaßen gelungen, die zig Millionen Ausfälle irgendwie zu kompensieren. Aber jetzt ist die Zitrone ausgepresst. Man kann vielleicht noch dieses Jahr so wursteln, dann ist aber endgültig Ende der Durchsage. Es braucht mehr Einnahmen. Kriens muss sich doch entwickeln können, muss Perspektiven und Visionen haben. Die SVP predigt, dass man mit einer Steuererhöhung Steuern auf Vorrat horten würde. Das stimmt aber nicht. Es ist klar, dass man bei den Investitionen den Hebel

ansetzen muss. Man darf aber nicht vergessen, dass sich eine investierte Million nur mit ca. Fr. 100'000.00 im laufenden Budget niederschlägt. Welche grossen Investitionen hat man sich in den vergangenen Jahren geleistet? Das Altersheim Zunacher und sonst praktisch nichts. Man hat es verpasst, in den guten Jahren zu investieren. Die 40-jährigen Schulhäuser sind nun sanierungsbedürftig, die Badi hätte geschlossen werden müssen, die Hergiswaldbrücke darf ab dem 31. Dezember 2011 nicht mehr mit den grossen 16t-Postautos befahren werden usw. Was passiert mit einer Gemeinde, die fast keine Investitionen mehr tätigt? Die Gemeinde bleibt stehen und verkommt zur Schlafstadt.

Wenn man die eingereichten Anträge anschaut, wird einem schlecht. Man überlegt sich, was mit der Zentrumsrealisierung gemacht werden soll. Man plant ja schliesslich erst seit etwas mehr als 10 Jahren. Es werden erneut die geplanten familienergänzenden Betreuungsplätze gestrichen, denn Kriens soll auch in Zukunft für Familien attraktiv sein. Man möchte Busstationen streichen zur Stärkung des ÖV's. Man möchte die Schulbibliotheken schliessen zur unterstützenden Leseförderung der Kinder. Man möchte Informatikktionen streichen, obwohl die Lehrbetriebe fitte Computeranwendende möchten. Die Liste könnte beliebig ergänzt werden. Mit solchen Anträgen bringt man die zukunftsgerichtete Gemeinde Kriens nicht vorwärts. Attraktive Steuern allein genügen nicht. Es braucht gleichzeitig ein attraktives Angebot für alle, und nicht nur für Gutverdienende. Die SP wird für weitere einseitige Abbaumassnahmen keine Hand bieten. Man hat bei den Steuersenkungen vor genau diesen Folgen gewarnt. Die SP-Fraktion ist für Eintreten ins Budget, lehnt es aber ab, wenn die Anliegen der SP nicht durchkommen. Weitere Abbaumassnahmen beim Personal, bei der Bildung, bei der Pflege und beim ÖV kann man nicht unterstützen.

Die SP-Fraktion wird alle linearen Budgetkürzungen und Streichungen von gesetzlich verordneten Leistungen torpedieren. Jede Diskussion soll über Leistungen geführt werden. Man soll benennen, welche Leistungen Kriens zukünftig anbieten und auf welche Leistungen verzichtet werden soll, und was für Konsequenzen der Leistungsabbau für die Krienserinnen und Krienser hat. Die SP-Fraktion wird sich für die sozialdemokratischen Grundwerte einsetzen. Man möchte keine Zweiklassengesellschaft werden.

Gemäss Erich Tschümperlin lehnen die Grünen dieses Budget ab. Im Rahmen der Auslegung ist man an die Grenzen gegangen von dem was man gegenüber den Wählerinnen und Wählern gerade noch vertreten konnte. Seit der ersten Version hat sich an den Zahlen nichts Grundsätzliches geändert, die Situation ist die gleiche. Zwar hat das Volk die Steuererhöhung abgelehnt, im Vertrauen darauf, dass es diese gar nicht braucht. So hat dies die SVP behauptet. Auf dem Flyer der SVP stand wortwörtlich „Steuern auf Vorrat“. Man könne noch problemlos Millionen einsparen, hat man immer wieder gehört. Das Volk hat der SVP geglaubt. Es hat aber keinem Kahlschlag in Kriens zugestimmt. Über das hat man nicht abgestimmt. Den braucht es ja gemäss SVP auch nicht, denn es handelt sich ja um „Steuern auf Vorrat“. Darum sind die Grünen nicht bereit, bei diesem Kahlschlag mitzumachen. Er ist vom Volk auch nicht legitimiert, man hat nie darüber abgestimmt.

Die finanzielle Situation ist das Resultat der bürgerlichen Finanzpolitik der letzten paar Jahre. Schon bei der Finanzreform hat Kriens massiv draufgelegt. Mit den Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011 hat Kriens innert kürzester Zeit Fr. 14 Mio. an Einnahmen verloren. Parallel dazu sind neue, gesetzliche Aufgaben in Millionenhöhe dazu gekommen. Dies alles mit bürgerlicher Zustimmung und Mehrheit. Und es geht die kommenden Jahre weiter mit neuen, gesetzlichen Aufgaben, sei es im Bildungsbereich, im Justizbereich oder bei den Tagesstrukturen und es kommen weitere Steuerausfälle im 2012 dazu. Dieselben bürgerlichen Parteien haben noch zwei kommunale Steuersenkungen durchgedrückt. All diese Steuerausfälle und die zusätzli-

chen Ausgaben summieren sich auf über Fr. 20 Mio. Wenn man sich das heute aus ein bisschen Distanz anschaut, dann sind sich wohl die meisten einig, dass das ohne massiven Leistungsabbau nicht möglich ist. Der gesunde Menschenverstand sagt, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann. Es sind also nicht, wie immer wieder gerne behauptet wird, die Linken mit immer neuen Ausgaben schuld an diesem finanziellen Desaster, sondern es sind die SVP, die FDP und CVP, auch wenn sie die zweite Steuersenkung in Kriens nicht mehr unterstützt hat. Es wäre nicht mehr als redlich gewesen, dies alles den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern offen und ehrlich zu sagen, statt von „Steuern auf Vorrat“ zu sprechen. Es wäre auch ehrlicher gewesen, dies bereits bei den kantonalen Steuersenkungen zu sagen. Die heutige Situation war ganz klar vorhersehbar. Wer jetzt überrascht ist über die Krienser Finanzen, ist entweder nicht informiert oder finanzpolitisch nicht kompetent. Es ist unehrlich, nun auf dem Gemeinderat rumzutrapeln und zu behaupten, er habe seine Hausaufgaben nicht gemacht. Den grossen Teil dieser weit über Fr. 20 Mio. hat er eingespart, denn sonst würden die Finanzen noch ganz anders aussehen. Dies zeigt auch klar, dass kein Konsumproblem vorliegt, wie dies etwa behauptet wird. Es muss das gesamte Bild angeschaut werden.

Es ist die bekannte „Salamitaktik“ der rechten Seite, die Steuern zu senken und nachher in Gejammer auszubrechen, weil die Finanzen nicht mehr im Lot sind. Diese Taktik trifft einen grossen Teil der Bevölkerung immer härter und der reichere Teil der Bevölkerung profitiert immer mehr. Es ist eine Politik für die Minderheit, für die Reichen. Die Chancengleichheit für alle, auch für die Ärmern, war und ist der soziale Kitt in der Gesellschaft der Nachkriegszeit. Aber er stellt fest, je reicher man wird, desto geiziger. Es wird gespart um des Sparens willen. Trotz allem, auch in dieser schwierigen Zeit sollte man einen kühlen Kopf bewahren. Es gibt keinen Grund für einen Kahlschlag und das schöne Kriens opfert man nicht auf dem Tisch der Steuersenkungen. Man soll sich nicht von der SVP zu Entscheidungen drängen lassen, nur weil sie behaupten, das Volk wolle dies so. Für diesen Kahlschlag hat man vom Volk keinen Auftrag, übrigens auch nicht bei den Investitionen. Diese kommen noch vors Volk, darüber hat man noch nicht abgestimmt. Es war unredlich so zu tun, als ob dies alles beschlossen sei und dann den Retter zu spielen. Die Grüne-Fraktion lehnt die zweite Version des Budgets einstimmig ab.

An dieser Stelle muss er auch noch ein paar Worte zum Papier „Massnahmen und Strategie SVP Kriens“ sagen. Bei den Vorschlägen zur Investitionsrechnung zeigt die SVP ganz klar, wer unter ihrer Steuersparpolitik zu leiden hat: die Kinder und noch einmal die Kinder. Die SVP will:

- den gesetzlichen vorgeschriebenen Ausbau der Horte bis auf weiteres sistieren,
- die Informatik an den Schulen veralten lassen,
- die Umgebung der Schulhäuser verkommen lassen,
- nichts gegen die gefährlichen Schulwege der Kinder unternehmen, Velo- und Fusswege werden wieder nicht erstellt, Verkehrsberuhigungen sollen sistiert werden.

Sieht so eine attraktive Gemeinde aus? Speziell finden die Grünen auch die Sparvorschläge zur Hergiswaldbrücke. Zuerst verlangt die SVP Abklärungen über die Nutzergruppen, bewilligt dann aber den Planungskredit trotzdem, statt die Grünen beim Antrag über die Eystrasse zu unterstützen. Da kann man nämlich mehr als Fr. 2 Mio. sparen. Nun verlangt die SVP eine Notbrücke. Notlösungen bedeuten Mehrkosten, da später noch die definitive Lösung kommt. So steigt auch die Attraktivität von Kriens weiter an: Kriens kann sich nur noch Notbauten leisten. Wenn die SVP vom immer wieder behaupteten Krienser Underdog-Image wegkommen will, sollte sie besser keine Notlösungen fordern und vorher auch keinen Planungskredit über Fr. 500'000.00 für das andere Projekt bewilligen. Der Sprecher versteht das nicht und geradlinig ist es auch nicht.

Die Einsparungen sind eine einzige Enttäuschung. Bei genauer Betrachtung sind die Vorschläge eine Kapitulation vor den eigenen Ansprüchen. Statt Klartext zu reden, welche Leistungen man abbauen will, flüchtet sich die SVP in prozentuale Kürzungen. Das ist das untauglichste Mittel überhaupt und kann weder umgesetzt noch überprüft werden. Offensichtlich wissen sie auch nicht mehr welche Leistungen sie kürzen wollen, sonst hätte man nicht folgende Vorschläge auf dem Tisch:

- Energie, Wasser, Heizung: -3%. Wollen sie an einem Tag im Monat Strom, Wasser und Heizung abstellen?
- Erhöhung der Vermietung durch bessere Homepage: toller Vorschlag.
- Reduktion Portokosten: Muss man in Zukunft die Post bei der Gemeinde abholen oder will die SVP Gebühren einführen für Post von der Gemeinde?
- Solidarische Kürzungen in allen Departementen um 0,25 %: Auch das tönt gut, gibt dies doch einen grossen Betrag. Bei einer Budgetgenauigkeit von einigen Prozentpunkten liegt dies unterhalb jeder Messbarkeit. Einen solchen Vorschlag hat der Sprecher noch nie gesehen, weder in der Privatwirtschaft noch in öffentlichen Diensten. Dieser ist völlig unbrauchbar.

Und so geht es weiter in diesem Papier, er verzichtet deshalb auf weitere Beispiele. Mit diesen Vorschlägen verliert das Papier an Glaubwürdigkeit und es spricht auch nicht für die Finanzkompetenz der Autoren. Auf diese Weise scheint die SVP ca. Fr. 1,1 Mio. im Basispaket zu sparen. Das Zusatzpaket 2 (0,25% in allen Departementen) bringt nochmals scheinbare Einsparungen von über Fr. 400'000.00. Ein grosser Teil ist nichts als Scheinsparen und ist ein beliebtes „Budget-Trickli“. Denn das Lamentieren, wenn dies nicht eingehalten werden kann, ist schon vorprogrammiert. Dies ist ein alter SVP-Trick: tönt gut, leuchtet sofort ein – bringt aber leider nichts.

Der Rest geht einmal mehr auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, z.B.:

- Massive Reduktion der Schulsozialarbeit
- Massive Reduktion der Jugendanimation
- Reduktion einer Abteilung in der Primarschule
- Musikschule

Dafür heisst es im „Executive Summary“, was zu Deutsch in etwa Einleitung heisst, dass man nicht bei den Vereinen und deren wichtigen Jugendarbeit sparen will. Offensichtlich gewichtet die SVP den Sportunterricht der Vereine um einiges höher als den Schulunterricht. Noch besser ist die Idee, Bushaltestellen aufzuheben. Sparen kann man damit praktisch nichts, dafür baut man den Service Public massiv ab. Oder der Abbau bei der Sicherheit: ausgerechnet die SVP, die immer wieder mehr Sicherheit verlangt, baut hier auf dem Buckel der Bürger ab, wegen wenig Geld. Beim Durchlesen hat sich der Sprecher immer wieder gefragt: Where is the Beef? Er hat es nicht gefunden.

Das alles bezeichnet die SVP als „Sparen auf Vorrat“. Hier geht es jedoch um etwas anderes. Man will die Gemeinde schwächen und abbauen, warum auch immer. Da machen die Grünen nicht mit. Eine gesunde Entwicklung von Kriens ist mit einer solchen Strategie nicht möglich. Mit einer guten Badi allein bleibt Kriens nicht attraktiv. Ein totgespartes Kriens wird ein Fusionskandidat, vielleicht auch einfach nur ein Sanierungsfall ohne Perspektiven. Die SVP hat doch auch immer wieder betont, dass sie keinen Leistungsabbau will. Nach der letzten Steuer-senkung auf 1,9 Einheiten hat Peter Portmann von der SVP in der NLZ vom 22. Dezember 2008 Folgendes gesagt: „Die können uns beim Wort nehmen. Wir wollen keinen Leistungsabbau.“ Der Sprecher nimmt Peter Portmann beim Wort. Er wird gespannt verfolgen, welchen

Leistungsabbau er unterstützt und welchen nicht. Dass die Partei nicht zu ihrem Wort steht, hat sie mit diesem Papier endgültig bewiesen. Geradlinig, klar und schweizerisch – für den Sprecher sieht das anders aus.

Paul Winiker dankt für die Aufforderung, sich kurz zu halten. In der Politik sagt man, wenn ein Kompromiss angenommen wird und niemand damit zufrieden ist, ist es ein guter Kompromiss. Mit dem vorliegenden Budget ist niemand zufrieden. Man soll aber die Proportionen nicht aus den Augen verlieren. Die Ausgangslage für Kriens ist nicht so wahnsinnig schlecht. Er erlaubt sich einen Rückblick auf die letzten vier Jahre anhand einer PowerPoint-Präsentation „Entwicklungsgrafiken 2007 – 2011“. Es wurden viele Ursachen und Gründe für die schlechte Finanzlage genannt. Die erste Delle gab es 2008 mit der Finanzreform, der neuen Aufgabenzuteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Gleichzeitig gab es eine Steuergesetzrevision, womit man ca. Fr. 6 Mio. Einnahmen verlor. Im 2011 wird eine rekordtiefe Einnahmensumme der Gemeindesteuern verzeichnet, da nochmals eine Steuergesetzrevision verkraftet werden muss. Im 2011 gibt es enorm höhere Kinderabzüge. Man hat den Steuerzahlenden viele Vorteile gegeben, sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene. Die Pflegekostenfinanzierung kostet die Gemeinde rund Fr. 5,2 Mio. Gemäss kantonalem Gesetz hat die Gemeinde die Verantwortung, dies zu finanzieren. Seit 2007 gab es mehrere Sparpakete. Das Problem dieser Dimension löst man auch mit kleineren Sparbeiträgen nicht. Anhand der Folien zeigt er, dass man in den einzelnen Bereichen (Allgemeine Verwaltung, Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Umwelt und Raumordnung, Volkswirtschaft, Finanzen und Steuern) kein Konsumproblem hat. Leider steigen nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die zusätzlichen Kosten wie Teuerung und gewisse Projekte. Gegenüber der ersten Budget-Version gab es eine gesamthafte Verschlechterung von Fr. 1,7 Mio., bei einem Minderertrag von Fr. 3,9 Mio., Minderaufwendungen von Fr. 1,9 Mio. und einem Mehrertrag von Fr. 0,2 Mio. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Defizit von Fr. 5,4 Mio. nicht vertretbar ist. Wie geht man nun damit um? Dies erfordert, dass nochmals eine Auslegeordnung mit einem Leistungskatalog erstellt werden und nochmals eine politische Diskussion geführt werden muss. An der Gemeinderats-Klausur vom April wird eine erneute Prognose der Finanzsituation vorgenommen. Anschliessend sieht man vor, mit dem Einwohnerrat und zusätzlich Betroffenen eine themenspezifische Diskussion zu führen. Der Gemeinderat muss eine Strategie vorgeben, die Zahlen neu überarbeiten und mit dem Einwohnerrat eine Diskussion führen, wie es weiter geht. Das vorliegende Budget ist nun ein Notnagel. Er bittet es Kriens zu ersparen, dass der Regierungsrat das Budget erstellen muss. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Mögliche in dieser kurzen Frist gemacht wurde und ist offen dafür, alle Themen und Leistungen in der Auslegeordnung zu prüfen. Das Volk erwartet eine gute Schule, die Funktionalität der Heime, gute Strassen, sauberes Trinkwasser usw. Grundsätzlich werden die Leistungen als gut erachtet, dies soll auch so bleiben. Innerhalb einer nützlichen Frist soll die Gemeinderechnung wieder ins Lot gebracht werden. Bei der Investitionsrechnung möchte der Gemeinderat keinen Kahlschlag. Mit gewissen Etappierungen sollte es auch gehen. Es sind einige Anträge eingegangen, der Gemeinderat wird aber am vorliegenden Budget festhalten. Alle Departemente haben einen Sparauftrag erhalten. Man ist an die Grenze des Zumutbaren gegangen. Die Gemeinde ist in der Verantwortung gegenüber der Bürger, anständige Leistungen zu erbringen. Die heutige Situation ist nicht durch einen übermässigen Konsum aus dem Ruder gelaufen, sondern aus strukturellen Gründen. In vielen Bereichen ging man absolut ans Limit. Es braucht nun einen kühlen Kopf. Der Sprecher dankt für eine konstruktive Debatte, damit das Budget nun verabschiedet werden kann, auch wenn alle damit unzufrieden sind.

Räto Camenisch dankt Paul Winiker für seine Ausführungen, welche nötig waren. Man ist in einer schwierigen Situation und braucht nun einen klaren Kopf. Weshalb hat das Volk eine

Steuererhöhung abgelehnt? Das Volk möchte, dass Kriens keine Steuerhölle der Agglomeration ist. Die Steuern sind immer noch relativ hoch. Dass die SVP ursprünglich für eine Steuererhöhung war, ist nicht wahr. Man möchte keine höheren Steuern, dies wird auch in Zukunft so sein. Man wird die laufenden Erhöhungen bremsen. Irgendwo gibt es einen kleinen Spielraum, wo man z.B. auch die Bildung in die Pflicht nehmen kann. Im Finanzplan sind Investitionen wie die Zentrumsrealisierung, Hergiswald-Bücke usw. enthalten. Langfristig fehlt das Geld, um so ein riesiges Investitionsprogramm zu finanzieren. Dies akzeptierte das Volk nicht. Die Gemeinde soll sich sauber weiterentwickeln. Man wollte Steuern erheben für Projekte, welche vom Volk noch gar nicht genehmigt wurden. Das richtige Vorgehen wäre, wenn man das Zentrumsprojekt gleichzeitig mit einer Steuererhöhung vor das Volk bringen würde. So wie es bis jetzt gelaufen ist, ist es nicht sauber. Die SVP hat Kürzungsvorschläge eingereicht, damit man möglichst ein Defizit unter Fr. 5 Mio. erreicht. Dies ist eine Grenze, welche man einhalten soll. Zudem fordert die SVP eine Änderung der Politik und es sollen auch Tabus angesprochen werden.

Monika Marbacher hält fest, dass die Bildung prozentmässig den grössten Anteil im Budget belegt. Die Frage, ob bei der Bildung weitere Sparmöglichkeiten möglich sind, bleibt auf der politischen Agenda. Die Volksschule Kriens arbeitet nach einem Leistungsauftrag mit rollender Planung. Darin aufgeführt sind die strategischen Ziele, das Mehrjahresprogramm und ein Jahresprogramm zum laufenden Schuljahr. Der Leistungsauftrag ist allen bekannt. Das Departement und die Schulleitung arbeiten nach diesem Leistungsauftrag. Die entsprechenden Ergebnisse wie Schulraumplanung und die ganze Werterhaltungsgeschichte sind auf Kurs, das Schulleitungsmodell ist überarbeitet, betreffend Einführung von Integrierter Förderung (IF) arbeitet eine Arbeitsgruppe am Detailkonzept. Das Departement und die Schulleitung machen ihren Job hervorragend. Die Gemeinde Kriens muss die gesetzlichen Aufträge wahrnehmen, der Handlungsspielraum für Einsparungen ist ausgereizt. Die Frage bleibt, wo denn nun in der Bildung gespart werden kann? Kurzfristig sind im Budget 2011 keine weiteren Möglichkeiten zum Sparen enthalten. Der Vorschlag des Gemeinderates beinhaltet bereits einen Sparauftrag.

Mittelfristig und langfristig stellen sich sicherlich Strukturfragen zum Schulraum. Das Postulat Tanner stellt die Brunnmattanlage in Frage. Dies ist aber das falsche Schulhaus, zuerst müsste man über die Schulanlagen Gabeldingen oder allenfalls Kuonimatt sprechen. Die Klassengrößen werden im Visier von Einsparungen bleiben müssen, denn dies ist eine Einheit, die alle trifft. Inhaltlich muss die Diskussion auf kantonaler Ebene geführt werden. Ansätze könnten sein: Welche Grundsätze bestimmen das Angebot? Würde eine Herabsetzung von Lehr- und Lernstunden eine nötige Entlastung für die Lehrpersonen, Lernenden und die Gemeindefinanzen bringen? In der Bildung spricht man schliesslich immer wieder von Überforderung der Lehrpersonen und Lernenden, und die Gemeindefinanzen sind vollkommen in Schieflage. Kurzfristige Sparübungen an der Volksschule bringen nichts, über mittel- und langfristige Massnahmen müssen Gespräche geführt werden. Die Sprecherin bittet dringend, ihren Anträgen zur Bildung Rechnung zu tragen.

Judith Luthiger gibt Rätö Camenisch Recht, wenn er sagt, dass das vorliegende Budget ein Flickwerk ist. Wenn er aber sagt, dass die Linken Lügen verbreiten, gibt sie den Ball gerade wieder zurück. Gemäss Paul Winiker hat man in Kriens kein Konsumproblem. Die gesetzlichen Aufträge sprengen das Budget. In der ersten Budget-Version sind für die Zentrumsplanung Fr. 2 Mio. enthalten. Hat das Volk das Budget nur wegen der Zentrumsplanung abgelehnt? Sie muss sagen, dass dies nicht stimmt. Sie möchte zudem keine Zweiklassen-Gesellschaft.

Erich Tschümperlin äussert zur Aussage von Rätö Camenisch, dass in der laufenden Rechnung Fr. 4 Mio. aufgrund der Steuergesetzrevision und Fr. 5 Mio. aufgrund der neuen Pflegefinanzierung fehlen. Wenn man dann die Äusserung betreffend den Steuern auf Vorrat macht, findet er dies nicht richtig. Vor zwei Jahren hat die SVP gesagt, dass eine Steuersenkung problemlos ohne Leistungsabbau möglich sei. Diese Aussage findet er interessant.

Beat Tanner kann das Gejammer auf der linken Seite betreffend höheren Steuern nicht mehr hören. Das Volk hat eine Steuererhöhung abgelehnt. Die Frage ist nun, wo gespart werden kann. Es gibt auch Möglichkeiten, zu Mehreinnahmen zu kommen.

Christine Kaufmann hält fest, dass vor allem bei der Bildung, Jugend, Spitex und beim Sozialen gespart wird. 7'423 Personen haben an der Abstimmung zum Budget mit der Steuererhöhung teilgenommen. Die Mehrheit hat dies abgelehnt. Über 10'000 Stimmberechtigte haben aber gar nicht abgestimmt. Bei der Bildung wurde bereits sehr viel gespart. Die Kantonale SVP hat eine klare Position zur Bildung. Die Bildung sei der Schlüssel zur Zukunft. Sie möchte dies in Erinnerung rufen, wenn es um die Sparmassnahmen geht.

Mauro Schilling stellt einen Ordnungsantrag um Abbruch der Diskussion.

Abstimmung

Dem Ordnungsantrag wird mit 17:14 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	Enthaltung
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Alex Hahn stellt fest, dass die gegenseitigen Schuldzuweisungen der Linken und Rechten nicht gut sind. Er ist der Ansicht, dass Paul Winiker seine Arbeit gut macht. Wenn man ebenfalls dieser Meinung ist, sollte man das vorliegende Budget annehmen.

Martin Heiz informiert, dass nun in die Detailberatung eingestiegen wird. Die vorliegenden Anträge werden auf der entsprechenden Seite des Budgets behandelt. Selbstverständlich sind auch zusätzliche Fragen zu den einzelnen Seiten erlaubt.

Konto Nr. 012.00.300.00 - Entschädigung GR-Kommissionen

Roland Schwizer hält fest, dass der Gemeinderat nie so günstig zu Informationen kommt, wie durch die gemeinderätlichen Kommissionen. Deshalb lehnt die CVP/JCVP-Fraktion die Reduktion auf Fr. 24'000.00 ab.

Paul Winiker teilt mit, dass der Gemeinderat zu seinem Budget steht. Für das Jahr 2011 sind die Kommissionen gewählt. Mit der Überweisung des entsprechenden Vorstosses wird man eine Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen für das Jahr 2012 vornehmen. In der Auslegung kann man darauf zurückkommen.

Gemäss Räto Camenisch sollen die Kommissionsgelder reduziert werden. Er möchte als Einwohnerrat ein Zeichen setzen und zeigen, dass man bereit ist, bei sich selber zu sparen. Es soll nicht nur bei anderen gespart werden. Diese Reduktion ist für die SVP vertragbar.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 44'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 24'000)

Das Ergebnis ist 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 44'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 44'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 44'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 24'000
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 24'000
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 24'000
Erni, Roger	SVP: Fr. 24'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 24'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 44'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 44'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 24'000
Hahn, Alex	SVP: Fr. 24'000
Heini, Martin	GR: Fr. 44'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 44'000
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 24'000
Koch, Patrick	SVP: Fr. 24'000
Konrad, Simon	SVP: Fr. 24'000
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 24'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 44'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 44'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 44'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 44'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 44'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 24'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 24'000

Schwizer, Roland	GR: Fr. 44'000
Tanner, Beat	SVP: Fr. 24'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 44'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 44'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 24'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 44'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 24'000

Somit kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 44'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 24'000)
Das Ergebnis ist wiederum 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 44'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 44'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 44'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 24'000
Camenisch, Räto	SVP: Fr. 24'000
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 24'000
Erni, Roger	SVP: Fr. 24'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 24'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 44'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 44'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 24'000
Hahn, Alex	SVP: Fr. 24'000
Heini, Martin	GR: Fr. 44'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 44'000
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 24'000
Koch, Patrick	SVP: Fr. 24'000
Konrad, Simon	SVP: Fr. 24'000
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 24'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 44'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 44'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 44'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 44'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 44'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 24'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 24'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 44'000
Tanner, Beat	SVP: Fr. 24'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 44'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 44'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 24'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 44'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 24'000

Nachdem auch die zweite Abstimmung eine Pattsituation ergab, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser stimmt dem Antrag der SVP zu.

Somit wird der Antrag der SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Konto Nr. 020.00.318.10 - Porti

Kathrin Graber teilt mit, dass die CVP/JCVP-Fraktion mit den Sparmassnahmen des Gemeinderates bei der Spitex und dem Sicherheitsdienst nicht einverstanden ist. Deshalb suchte man andere Sparvorschläge. Ein erster Vorschlag ist es, die Portokosten zu kürzen. Bei den Sparvorschlägen der SVP ist dies ebenfalls im Zusatzpaket 1 enthalten. Mögliche Massnahmen sind vermehrter elektronischer Versand, weniger A-Post und Zusammenfassung von Sendungen.

Erich Tschümperlin möchte vom Gemeinderat wissen, wie er diese Einsparung umsetzen wird. Dies ist äusserst anspruchsvoll.

Paul Winiker hält fest, dass beim Porti jetzt schon gespart wird. Beispielsweise werden die Lohnbriefe intern verschickt, woran aber nicht alle Freude haben. Neu verzichtet man darauf, die zweiten Mahnungen nicht mehr eingeschrieben zu versenden. Die Beweislage ist dann zwar mangelhaft, rechtlich ist dies aber zulässig. Alle Departement haben zudem die Anweisung, möglichst alles mit B-Post zu versenden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 155'000) gegenüber Antrag CVP (Fr. 145'000)

Mit 22:10 Stimmen wird der Antrag der CVP angenommen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 155'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 155'000
Bienz, Viktor	CVP: Fr. 145'000
Bründler, Anton	CVP: Fr. 145'000
Camenisch, Rätö	CVP: Fr. 145'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 155'000
Erni, Roger	CVP: Fr. 145'000
Fluder, Hans	CVP: Fr. 145'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 155'000
Grabner, Kathrin	CVP: Fr. 145'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 155'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 155'000
Heini, Martin	CVP: Fr. 145'000
Kaufmann, Christine	CVP: Fr. 145'000
Kiener, Beatrice	CVP: Fr. 145'000
Koch, Patrick	CVP: Fr. 145'000
Konrad, Simon	CVP: Fr. 145'000
Lammer, Thomas	CVP: Fr. 145'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 155'000
Marbacher, Monika	CVP: Fr. 145'000
Müller, Ursula	CVP: Fr. 145'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 155'000
Piazza, Daniel	CVP: Fr. 145'000
Portmann, Peter	CVP: Fr. 145'000
Schilling, Mauro	CVP: Fr. 145'000
Schwizer, Roland	CVP: Fr. 145'000
Tanner, Beat	CVP: Fr. 145'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 155'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 155'000
Wespi, Peter	CVP: Fr. 145'000
Wicki Roth, Verena	CVP: Fr. 145'000
Wili, Alexander	CVP: Fr. 145'000

Konto Nr. 100.00.301.00 - Besoldung Personal Vormundschaft

Paul Winiker bittet, den Antrag der SVP abzulehnen. Der Grund, weshalb eine Erhöhung der Personalkosten vorgesehen ist, ergibt sich aus dem betrieblichen Leistungsauftrag. Die Fälle der Vormundschaft haben erheblich zugenommen. Eigentlich müsste man 180 Stellenprozente mehr zur Verfügung haben. Es ist somit bereits ein erheblicher Sparauftrag enthalten. Es ist zudem ein gesetzlicher Auftrag vorhanden und die Fristen zur Bearbeitung der Fälle müssen eingehalten werden können.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass die Vormundschafts-Fälle zugenommen haben und es dadurch eine Mehrbelastung für das Vormundschaftssekretariat gibt. In den vergangenen Jahren wurden die Pensen aufgestockt. Zusätzlich wurden Leistungen bei der Beratungsstelle „Contact“ eingekauft und es gab einen geringeren Aufwand der Kinderschutzmassnahmen. Aus diesem Grunde ist es für die FDP vertretbar, den Antrag der SVP zu unterstützen.

Kathrin Graber konnte als Mitglied der SGK einen Abteilungsbesuch beim Vormundschaftssekretariat vornehmen. Die Anzahl der Fälle von betreuten Personen hat um 86 % zugenommen. Eine Studie von Social Design zeigt auf, dass ein Manko von 180 Stellenprozenten vorliegt. Wenn man möchte, dass das Vormundschaftssekretariat seine Aufgabe wahrnehmen und die gesetzlichen Fristen einhalten kann, soll der Antrag der SVP abgelehnt werden.

Erich Tschümperlin äussert, wenn die Gemeinde die gesetzlichen Fristen nicht mehr garantieren kann, dann ist die Attraktivität von Kriens weit daneben. Diese Kürzungsmassnahme ist nicht verantwortlich. Er möchte dringend davon abraten, denn es geht dabei um Menschen, Kinder, Bürgerinnen und Bürger von Kriens.

Lothar Sidler führt aus, dass – wie bereits erwähnt wurde – ein klares Ergebnis von einem Manko von 180 Stellenprozente vorliegt. Im Jahr 2005 hatte man 346 Fälle bei 310 Stellenprozenten und im Jahr 2010 516 Fälle bei 440 % Stellenprozente. Mit einer Erhöhung von 20 Stellenprozenten ist man immer noch darunter. Es ist richtig, dass die Beratungsstelle „Contact“ in die Arbeit des Vormundschaftssekretariats einbezogen wurde. „Contact“ ist ein Teilbereich des Gesamtpaketes der Massnahmen, um die Fälle und den Arbeitsaufwand in den Griff zu bekommen. Dies ist notwendig, um den Fallaufwand mit dem jetzigen Personal abzudecken. Das Vormundschaftssekretariat war lange unterdotiert. Daher mussten zusätzliche Personen für mehrere Fr. 100'000.00 beigezogen werden, um die Fälle zu bearbeiten. Die Leiterin des Vormundschaftssekretariats ist nicht nur als Leiterin, sondern auch als Sachbearbeiterin angestellt. Wenn die Erhöhung um 20 Stellenprozente nicht durchgeführt werden kann, kann die Leiterin wieder weniger Sachbearbeitungen machen. Wenn man nicht mehr sauber abklären kann, kann es negative Konsequenzen für die Gemeinde haben.

Judith Luthiger bittet, an das Personal zu denken, welches immer mehr Fälle zu bearbeiten hat. Dabei steigt auch das Risiko eines Burn-Outs und dies kostet schliesslich auch.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 447'100) gegenüber Antrag SVP (Fr. 427'100)

Das Ergebnis ist 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 447'100
Bienz, Bruno	GR: Fr. 447'100

Bienz, Viktor	GR: Fr. 447'100
Bründler, Anton	SVP: Fr. 427'100
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 427'100
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 427'100
Erni, Roger	SVP: Fr. 427'100
Fluder, Hans	SVP: Fr. 427'100
Frey, Maurus	GR: Fr. 447'100
Graber, Kathrin	GR: Fr. 447'100
Graf, Alfons	SVP: Fr. 427'100
Hahn, Alex	SVP: Fr. 427'100
Heini, Martin	GR: Fr. 447'100
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 447'100
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 427'100
Koch, Patrick	SVP: Fr. 427'100
Konrad, Simon	SVP: Fr. 427'100
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 427'100
Luthiger, Judith	GR: Fr. 447'100
Marbacher, Monika	GR: Fr. 447'100
Müller, Ursula	GR: Fr. 447'100
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 447'100
Piazza, Daniel	GR: Fr. 447'100
Portmann, Peter	SVP: Fr. 427'100
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 427'100
Schwizer, Roland	GR: Fr. 447'100
Tanner, Beat	SVP: Fr. 427'100
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 447'100
Urfer, Mario	GR: Fr. 447'100
Wespi, Peter	SVP: Fr. 427'100
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 447'100
Willi, Alexander	SVP: Fr. 427'100

Somit kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 447'100) gegenüber Antrag SVP (Fr. 427'100)
Das Ergebnis ist wiederum 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 447'100
Bienz, Bruno	GR: Fr. 447'100
Bienz, Viktor	GR: Fr. 447'100
Bründler, Anton	SVP: Fr. 427'100
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 427'100
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 427'100
Erni, Roger	SVP: Fr. 427'100
Fluder, Hans	SVP: Fr. 427'100
Frey, Maurus	GR: Fr. 447'100
Graber, Kathrin	GR: Fr. 447'100
Graf, Alfons	SVP: Fr. 427'100
Hahn, Alex	SVP: Fr. 427'100
Heini, Martin	GR: Fr. 447'100
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 447'100
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 427'100
Koch, Patrick	SVP: Fr. 427'100
Konrad, Simon	SVP: Fr. 427'100
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 427'100
Luthiger, Judith	GR: Fr. 447'100
Marbacher, Monika	GR: Fr. 447'100
Müller, Ursula	GR: Fr. 447'100
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 447'100

Piazza, Daniel	GR: Fr. 447'100
Portmann, Peter	SVP: Fr. 427'100
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 427'100
Schwizer, Roland	GR: Fr. 447'100
Tanner, Beat	SVP: Fr. 427'100
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 447'100
Urfer, Mario	GR: Fr. 447'100
Wespi, Peter	SVP: Fr. 427'100
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 447'100
Wili, Alexander	SVP: Fr. 427'100

Nachdem auch die zweite Abstimmung eine Pattsituation ergab, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser stimmt dem Antrag der SVP zu.

Somit wird der Antrag der SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Konto Nr. 100.00.431.00 - Gebühren und Kostenanteile Vormundschaft

Gemäss Lothar Sidler beantragt der Gemeinderat die Ablehnung des Antrages der SVP. Der Gemeinderat fordert die Gebühren konsequent ein. Es zeigt sich, dass in diesem Jahr Fr. 127'000.00 eingenommen werden. Die Massnahme der SVP wurde bereits aufgenommen, indem neu Fr. 156'000.00 budgetiert wurde, also Fr. 30'000 mehr. Nun beantragt die SVP, diesen Ertrag nochmals zu erhöhen. Dies ist aber aufgrund der Falllage gar nicht möglich. Er bittet deshalb, dem Antrag der SVP nicht stattzugeben.

Kathrin Graber ergänzt, dass dies beim Abteilungsbesuch der SGK ebenfalls ein Thema war. Es ist wirklich so, dass bereits eine Anpassung gemacht wurde. Nochmals zu sparen, ist nicht sinnvoll.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 156'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 171'000)

Das Ergebnis ist 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 156'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 156'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 156'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 171'000
Camenisch, Räto	SVP: Fr. 171'000
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 171'000
Erni, Roger	SVP: Fr. 171'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 171'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 156'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 156'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 171'000
Hahn, Alex	SVP: Fr. 171'000
Heini, Martin	GR: Fr. 156'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 156'000
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 171'000
Koch, Patrick	SVP: Fr. 171'000
Konrad, Simon	SVP: Fr. 171'000
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 171'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 156'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 156'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 156'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 156'000

Piazza, Daniel	GR: Fr. 156'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 171'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 171'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 156'000
Tanner, Beat	SVP: Fr. 171'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 156'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 156'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 171'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 156'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 171'000

Somit kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 156'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 171'000)
Das Ergebnis ist wiederum 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 156'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 156'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 156'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 171'000
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 171'000
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 171'000
Erni, Roger	SVP: Fr. 171'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 171'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 156'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 156'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 171'000
Hahn, Alex	SVP: Fr. 171'000
Heini, Martin	GR: Fr. 156'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 156'000
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 171'000
Koch, Patrick	SVP: Fr. 171'000
Konrad, Simon	SVP: Fr. 171'000
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 171'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 156'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 156'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 156'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 156'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 156'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 171'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 171'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 156'000
Tanner, Beat	SVP: Fr. 171'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 156'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 156'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 171'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 156'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 171'000

Nachdem auch die zweite Abstimmung eine Pattsituation ergab, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser stimmt dem Antrag der SVP zu.

Somit wird der Antrag der SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Konto Nr. 111.00.318.09 - Sicherheitsdienst, übrige Dienstleistungen Dritter

Verena Wicki stellt fest, dass das Bedürfnis nach Sicherheit gross ist. Es ist nicht richtig, wenn hier gespart wird, da damit ein falsches Zeichen gesetzt wird. Man kann es nachvollziehen, dass die Gemeinde gut informiert ist über die Brennpunkte in der Gemeinde und weiss, wann was am Laufen ist. So kann die Gemeinde auch angemessen reagieren. Der Sicherheitsdienst bringt da seinen Beitrag ergänzend zu den Patrouillen der Kantonspolizei. Auch wird begrüsst, dass zwei Firmen diesen Einsatz machen, da damit eine gewisse Konkurrenz besteht, die Dienstleistung gut zu machen. Es gab jedoch in der Vergangenheit schlimme und schwierige Ereignisse (Tötungen, Ansammlung Drogenszene im Salesia-Park), die eine Verunsicherung in der Bevölkerung gebracht haben. Ältere Menschen haben mehr Angst, sich nachts in der Gemeinde zu bewegen. Auch wollen Eltern die Sicherheit haben, dass Jugendliche sich nicht von negativem Verhalten in den öffentlichen Räumen anstecken lassen. Wenn sich eine Entwicklung abzeichnet, muss rasch und gezielt interveniert werden können. Die Kontroll-Patrouillen machen auf Brennpunkte aufmerksam und die Gemeinde kann rasch und präventiv reagieren. Sie nennt zwei Beispiele: In letzter Zeit wurden Schulhäuser teuer saniert. Bei geringeren Sicherheitsdienstleistungen besteht das Risiko von Vandalismus auf den Schulhausplätzen. Der Bellpark ist zudem eine wichtige Passage zwischen dem Dorf-Zentrum und den Quartieren. Die Leute möchten sich sicher fühlen beim queren dieser Anlage. Auch muss das Littering-Problem beachtet werden. Auch wenn man ein ruhiges Jahr hatte, was auch auf die Dienstleistung der Sicherheitsfachleute zurückzuführen ist, ist auf eine Reduktion der Patrouillengänge zu verzichten.

Martin Heini ergänzt, dass die Sicherheit für die Bevölkerung ein sehr wichtiges Thema ist. Die Sicherheit wird sehr individuell wahrgenommen. Kriens ist nicht nur eine Schlafstadt, sondern hat auch ein kulturelles Leben und dies braucht ein gewisses Pensum an Sicherheit. Kriens wird noch wachsen. Es gibt gewisse Quartiere, welche als kritisch betrachtet werden, auch betreffend dem Littering. Es ist für ihn unverständlich, dass eine Partei, welche Sicherheit fordert, nun mehr Sicherheit abbauen möchte. Er bittet, den Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

Für Räto Camenisch ist es eine Unterstellung, dass die SVP Sicherheit abbaut. Die SVP hat Überwachungskameras gefordert, diese wurden aber abgelehnt. Der Antrag der SVP um eine Erhöhung von Fr. 14'400 ist ein Aufbau und kein Abbau.

Kathrin Graber erinnert daran, dass sich die SVP als Sicherheitspartei ausgibt. Es interessiert sie, wie diese zum vorliegenden Antrag abstimmen. Man kann nicht fordern, die Sicherheit aufzubauen und dann wieder hinunterzufahren, wenn es wieder besser geht.

Toni Bründler betont, dass eine Polizei vorhanden ist, welche man teuer bezahlt. Die Polizei soll ihre Aufgaben bezüglich der Sicherheit wahrnehmen.

Judith Luthiger erwähnt, dass das Schulhaus Feldmühle kürzlich aussenrenoviert wurde. Jugendliche treffen sich beim Schulhaus Feldmühle und es gab bereits Eierwerfer. Wenn der Sicherheitsdienst am Abend auf den Pausenplätzen abgebaut wird, glaubt sie, dass dadurch Probleme entstehen. Dies ist am falschen Ort gespart.

Cyрил Wiget hält fest, dass die Sicherheit dem Gemeinderat ein grosses Anliegen ist. Die Polizei, der Sicherheitsdienst und die Jugendarbeit leisteten im 2010 gute Arbeit. Wenn sich die Situation arg verschlechtern sollte, würde man sich erlauben, den Sicherheitsdienst wieder aufzubauen. Der Gemeinderat hat das Gefühl, dass sein Vorschlag verantwortbar ist und bittet, diesen zu unterstützen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 111'800) gegenüber Antrag CVP/Grüne/SP (Fr. 126'200)
 Mit 17:15 Stimmen wird dem Antrag der CVP/Grüne/SP zugestimmt.

Aakti, Brahim	div: Fr. 126'200
Bienz, Bruno	div: Fr. 126'200
Bienz, Viktor	div: Fr. 126'200
Bründler, Anton	GR: Fr. 111'800
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 111'800
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 111'800
Erni, Roger	GR: Fr. 111'800
Fluder, Hans	GR: Fr. 111'800
Frey, Maurus	div: Fr. 126'200
Graber, Kathrin	div: Fr. 126'200
Graf, Alfons	GR: Fr. 111'800
Hahn, Alex	GR: Fr. 111'800
Heini, Martin	div: Fr. 126'200
Kaufmann, Christine	div: Fr. 126'200
Kiener, Beatrice	div: Fr. 126'200
Koch, Patrick	GR: Fr. 111'800
Konrad, Simon	GR: Fr. 111'800
Lammer, Thomas	GR: Fr. 111'800
Luthiger, Judith	div: Fr. 126'200
Marbacher, Monika	div: Fr. 126'200
Müller, Ursula	div: Fr. 126'200
Nyfeler, Nicole	div: Fr. 126'200
Piazza, Daniel	div: Fr. 126'200
Portmann, Peter	GR: Fr. 111'800
Schilling, Mauro	GR: Fr. 111'800
Schwizer, Roland	div: Fr. 126'200
Tanner, Beat	GR: Fr. 111'800
Tschümperlin, Erich	div: Fr. 126'200
Urfer, Mario	div: Fr. 126'200
Wespi, Peter	GR: Fr. 111'800
Wicki Roth, Verena	div: Fr. 126'200
Wili, Alexander	GR: Fr. 111'800

Konto Nr. 210.00.391.00 - Int. Verrechnung MSK/RMG

Monika Marbacher bemerkt, dass die RMG ein freiwilliges Angebot der Volksschule ist. RMG wurde mit der Einführung der Blockzeiten an der Volksschule installiert. Der Background dazu ist ein politischer Vorstoss von Ursula Müller. Mit der Einführung von RMG hat Kriens eine Vorreiterrolle übernommen. Weitere Gemeinden führten daraufhin RMG ebenfalls ein. RMG wird als Errungenschaft betrachtet, als Investition im richtigen Alter, es fördert die musischen, kreativen Fähigkeiten der Kinder und ist ein Alternativangebot zum Sport. Soll nun Kriens wieder eine Vorreiterrolle einnehmen und die RMG ausmerzen? Die CVP/JCVP ist klar gegen eine Streichung von RMG.

Roger Erni hält fest, dass jedes Einwohnerrats-Mitglied ein Stimmrecht von ca. 3 % hat und sich seiner Partei und Klientel verpflichtet ist. In den letzten drei Jahren war seine Stimme oft

ausschlaggebend dafür, ob ein Antrag angenommen oder abgelehnt wurde. Heute wird er wie folgt abstimmen: Nein zur Reduktion von RMG, Nein zur Reduktion von DaZ, Ja zur Reduktion von Besoldungen MSK, Nein zur Reduktion von SSA und beim Antrag zur Abschaffung der Schulbibliothek wird er sich das erste Mal enthalten und das zweite Mal zustimmen.

Ursula Müller ist der Meinung, dass es ein Schnellschuss ist, wenn der RMG-Unterricht nicht mehr obligatorisch und im Blockzeitenunterricht sein soll. Dies ist für sie und viele andere unakzeptabel. Sie bittet daher, die nötige Weitsicht für die Anträge zu wahren. Anträge und kurzes Befinden ohne entsprechend sorgfältiges Abwägen der Vor- und eben auch Nachteile, ohne den Zuzug von Fachpersonen und Lehrkräften sind in jedem Fall zu vermeiden. Der Einwohnerrat ist nicht in jedem Fall ein Spezialist. Mit dem Erreichten muss man sorgfältig umgehen. Solche Entscheide sind für die Kinder, Schülerinnen/Schüler und Lehrpersonen der Krienser Bildungslandschaft nicht gerecht und willkürlich. Ein Demontieren von Errungenschaften ist kurzsichtig und langfristig schadet es der Qualität der Krienser Schulen. Es wird Auswirkungen haben bei der Einstellung von neuen Lehrpersonen, beim Zuzug von Familien und vielem mehr. Die RMG wurde mit grossmehrheitlicher Genehmigung des Einwohnerrates für alle Kinder der 1. und 2. Primarklassen obligatorisch vor fünf Jahren in die Blockzeiten integriert. Alle daran beteiligten Personen sind von diesem Angebot sehr überzeugt. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, was von den Kindern in der Zukunft für Fähigkeiten gefordert werden, damit sie in der Gesellschaft ihren Platz finden. Nicht die Fähigkeit mit der Fernbedienung umzugehen ist gefragt, sondern folgende Schlüsselqualifikationen: Kommunikationsbereitschaft, Kooperationsbereitschaft, Flexibilität, Kreativität, Denken in Zusammenhängen, Selbstständigkeit, Problemlösungsfähigkeit, Transferfähigkeit, Lernbereitschaft, Durchsetzungsvermögen und vieles mehr. An einer zukunftsgerichteten Schule gehört das Bewusstsein und das sich Bemühen um eine ganzheitliche Ausbildung mit in den Lehrplan. Was wird durch Rhythmik erreicht? Genau die oben erwähnten Fähigkeiten werden in der RMG vermittelt. Im RMG-Unterricht erleben viele Kinder den ersten Kontakt zur Musik. Ein Instrument zu lernen bedeutet eben auch Chancengleichheit, weil auch Kindern von musikfernen Eltern die Freude an der Musik vermittelt werden kann und dadurch der Zugang und die Möglichkeit zu einer musikalischen Ausbildung besteht. Die Integration der RMG in die Blockzeiten bedeutet daher auch Chancengleichheit. Ein von der Sprecherin eingereichtes Postulat hat genau dieses Anliegen aufgenommen und dahin plädiert. Ausserdem belegen mitunter unzählige Studien den Mehrwert einer musikalischen Ausbildung. Mit diesem Angebot zeigt sich Kriens weitsichtig, gehörte Kriens doch zu den ersten Gemeinden, die den RMG-Unterricht eingeführt haben. Nach und nach sind in den vergangenen Jahren andere Gemeinden gefolgt und rühmen die Weitsichtigkeit von Kriens.

Wie stellt man sich vor, Fr. 25'000.00 bei der RMG zu sparen? Wie stellt man sich vor, diesen Antrag auf das nächste Schuljahr gerecht umzusetzen? Soll die RMG in 2 bis 3 Schulhäuser gestrichen werden? Die Annahme des Antrages bedeutet auch Entlassungen von Lehrpersonen. Wird die RMG mit einem grossmehrheitlichen Entscheid des Einwohnerrates wieder aus dem Schulangebot gestrichen? Braucht die Musikschule die Möglichkeit, die RMG in ihrem Angebot aufzunehmen und diesen von den Eltern seit über 20 Jahren geschätzten und beliebten Unterricht auszuschreiben? Für den Herbst 2011 ist dies nicht mehr durchführbar. Es besuchen total 437 Kinder den RMG-Unterricht.

Die Sprecherin bittet, im Rahmen der Budgetdebatte und damit mit Augen der Spar-Guillotine, nicht alles zu streichen, was Kriens freiwillig anbietet. Dieser Bildungsart soll eine Chance gegeben werden. Die Diskussion soll darum in einer neuen Auslegeordnung zugelassen werden. Die Sprecherin bittet im Namen der Krienser Familien, der Kinder, der Eltern, der Krienser Schulen und der Musikschule diesen Antrag dringendst abzulehnen.

Judith Luthiger unterrichtet selber teilzeitweise eine 2. Klasse. Bei Blockzeiten von vier Stunden am Vormittag können sich die Kinder nach der grossen Pause nicht mehr gut konzentrieren. Im Rahmen der obligatorischen Einführung der Blockzeiten haben die Lehrpersonen damals gefordert, dass die RMG in die Unterrichtszeit der 1. und 2. Klasskinder integriert werden soll. Der Einwohnerrat hat dies seinerzeit gutgeheissen. Die Kinder und die Lehrpersonen danken euch, wenn die Kinder die RMG weiterhin besuchen können. Das steigert die Konzentrationsfähigkeit und wirkt sich auch positiv auf andere Unterrichtsfächer aus. Sie bittet zugunsten der Kinder abzustimmen.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass der Gemeinderat im Januar 2011 das Schulprogramm der Musikschule für das Schuljahr 2011/12 genehmigte, worin auch RMG 1 und 2 enthalten ist. Das Angebot der RMG wurde ausgeschrieben und die Anmeldungen treffen ein. Man konnte nicht davon ausgehen, dass RMG im Grundsatz in Frage gestellt wird. Wenn der Kürzungsantrag angenommen wird, kann auf das laufende Schuljahr 2010/11 nichts mehr geändert werden. Wenn ab August die RMG 2 gestrichen werden müsste, könnten 210 Kinder diese Lektionen nicht mehr besuchen. Dies würde auch einen Pensenabbau für die Musikschul-Lehrpersonen bedeuten. Es wäre zudem auch einen Leistungsabbau, welcher die Kinder und Familien trifft.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 156'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 131'000)
 Mit 18:11 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 156'500
Bienz, Bruno	GR: Fr. 156'500
Bienz, Viktor	GR: Fr. 156'500
Bründler, Anton	SVP: Fr. 131'500
Camenisch, Räto	GR: Fr. 156'500
Dalla Bona, Johanna	Enthaltung
Erni, Roger	GR: Fr. 156'500
Fluder, Hans	SVP: Fr. 131'500
Frey, Maurus	GR: Fr. 156'500
Graber, Kathrin	GR: Fr. 156'500
Graf, Alfons	SVP: Fr. 131'500
Hahn, Alex	Enthaltung
Heini, Martin	GR: Fr. 156'500
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 156'500
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 131'500
Koch, Patrick	SVP: Fr. 131'500
Konrad, Simon	SVP: Fr. 131'500
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 131'500
Luthiger, Judith	GR: Fr. 156'500
Marbacher, Monika	GR: Fr. 156'500
Müller, Ursula	GR: Fr. 156'500
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 156'500
Piazza, Daniel	GR: Fr. 156'500
Portmann, Peter	SVP: Fr. 131'500
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 131'500
Schwizer, Roland	GR: Fr. 156'500
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 156'500
Urfer, Mario	GR: Fr. 156'500
Wespi, Peter	SVP: Fr. 131'500
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 156'500
Wili, Alexander	SVP: Fr. 131'500

Konto Nr. 210.01.302.00 - Besoldung der Lehrpersonen DAZ

Christine Kaufmann, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist gegen den Kürzungsantrag von DaZ. Bei einem Nettoaufwand von Fr. 455'000.00 einen Betrag von Fr. 105'000.00 zu kürzen, ist nicht verantwortbar. Diese Kürzung ist mehr als 25 % des Nettobetrages. Mit welchen Zahlen rechnet die SVP? Mit den Brutto- oder den Nettozahlen? Allein der Kantonsbeitrag beträgt Fr. 404'000.00. Man hat vom Volk ganz klar einen gesetzlichen Auftrag, solche Fördermassnahmen umzusetzen. In der Verordnung der Förderangebote der Volksschulbildung ist folgendes festgehalten:

- Den fremdsprachigen Lernenden sind Hilfen anzubieten,
- damit sie die deutsche Sprache möglichst bald beherrschen
 - damit Schulschwierigkeiten überwunden werden können
 - damit Integration gefördert und das Lernen im Klassenverband erleichtert wird.

Die Klassenbestände für DaZ richten sich nach den Deutschkenntnissen der Kinder. Man rechnet zwischen 6 bis 12 Lernende, je nach Deutschkenntnisse. Zurzeit besuchen in Kriens 370 Kinder den DaZ-Unterricht. Davon sind 15 %, also 38 Kinder, Schweizer, bei denen ein Eltern teil eine ausländische Muttersprache hat. Der grösste Anteil davon sind Kindergärtner und Kinder der unteren Primarstufen. Wie soll die gesetzliche Verordnung nach einer solchen massiven Kürzung eingehalten werden? Mit anderen Worten oder ganz einfach gesagt, ist diese Kürzung volkswirtschaftlich ein Bumerang. Kinder, welche die deutsche Sprache nicht gut beherrschen, werden zwangsläufig in allen Schulfächern, ausser Sport und Zeichnen, grosse Mühe haben, den Lernstoff zu begreifen. Wie soll man ohne gute Sprachkenntnisse den Inhalt der Schulfächer verstehen? Zudem wird der reguläre Unterricht an Effizienz verlieren und der grösste Anteil einer Klasse wird ausgebremst. Die Lernenden mit schlechten Deutschkenntnissen werden zwangsläufig später in der Oberstufe eher in tiefere Niveaus eingeteilt. Und dies aus einem simplen Grund, denn wer in der Primarschulzeit das Basiswissen des Schulstoffes nicht versteht, kann kein Wissens-Fundament aufbauen. Darum werden diese Jugendlichen ihr Potential in der Berufslehre wieder nicht ausschöpfen können. Dies ist volkswirtschaftlich betrachtet ein Schwachsinn. Man soll auch bedenken, dass es verschiedene Berufsgruppen gibt, in denen man bereits heute auf ausländische Berufsleute angewiesen ist, wie zum Beispiel bei den Pflegeberufen. Wenn beispielsweise eine Familie aus Holland in die Schweiz zieht, benötigen diese Kinder logischerweise Deutschunterricht. Oder wie soll ein holländisches Kind dem Unterricht folgen können ohne Deutschkenntnisse? Die Sprecherin appelliert an die Vernunft und an einen zukunftsgerichteten Blick.

Judith Luthiger bemerkt, dass die fremdsprachigen Kinder in der Unterstufe nur 2 bis 4 Lektionen pro Woche DaZ-Unterricht erhalten. Die Sprache ist in allen Fächern wichtig. Eine Kürzung ist hier am falschen Ort. Ohne gute Deutschkenntnisse werden die Chancen auf einen Berufseinstieg gemindert. Und am Schluss müssen diese Personen plötzlich Sozialhilfe beziehen.

Brahim Aakti betont, dass die Sprache bei der Integration ein zentrales Instrument ist. Die Kinder brauchen eine gute Integration. Er selber durfte den DaZ-Unterricht besuchen. Ohne diesen Unterricht hätte er erhebliche Schwierigkeiten gehabt und hätte nie ein Hochschulstudium abschliessen können. Er appelliert an die Vernunft und bittet, den Antrag der SVP abzulehnen.

Thomas Lammer teilt mit, dass die FDP-Fraktion im Sinne des Gemeinderates abstimmen wird. Es ist wichtig, dass die Lernenden die Sprache beherrschen. Dort wo angesetzt wird, ist es aber eigentlich viel zu spät. Im Ausland sind die Erfahrungen einer früheren Ansetzung sehr gut.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 695'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 590'000)

Mit 22:9 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 695'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 695'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 695'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 590'000
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 590'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 695'000
Erni, Roger	GR: Fr. 695'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 590'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 695'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 695'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 590'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 695'000
Heini, Martin	GR: Fr. 695'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 695'000
Kiener, Beatrice	Enthaltung
Koch, Patrick	SVP: Fr. 590'000
Konrad, Simon	GR: Fr. 695'000
Lammer, Thomas	GR: Fr. 695'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 695'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 695'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 695'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 695'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 695'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 590'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 590'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 695'000
Tanner, Beat	GR: Fr. 695'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 695'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 695'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 590'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 695'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 590'000

Konto Nr. 213.00.302.00 - Besoldung Lehrpersonen

Martin Heini bemerkt, dass der Informatik-Unterricht in der Schule sehr wichtig ist und nicht fehlen darf. Die Lernenden werden sehr schnell in die Berufslehre entlassen und daher ist es enorm wichtig, diesen ein Sprungbrett in die Berufswelt zu ermöglichen. Die Volksschule muss dabei auch mithelfen können.

Judith Luthiger hält fest, dass heute der Informatikunterricht auf der Sekundarstufe in Halbklassen erteilt wird. Mit der vorgeschlagenen Einsparung müssen die Lehrpersonen Klassen mit 22 und mehr Lernenden Informatik unterrichten. Für die Lehrpersonen auf der Sekundarstufe bedeutet diese Massnahme einen Abbau.

Gemäss Helene Meyer-Jenni hält der Gemeinderat an seinem Antrag fest, auch wenn es sich dabei um einen Leistungsabbau handelt. Das Wahlfach kann in Vollklassen unterrichtet werden. Sie weist darauf hin, dass auch die entsprechenden Geräte vorhanden sein müssen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 7'640'000) gegenüber Antrag Grüne/SP (Fr. 7'668'000)
Mit 22:10 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Aakti, Brahim	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Bienz, Bruno	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Bienz, Viktor	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Bründler, Anton	GR: Fr. 7'640'000
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 7'640'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 7'640'000
Erni, Roger	GR: Fr. 7'640'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 7'640'000
Frey, Maurus	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 7'640'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 7'640'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 7'640'000
Heini, Martin	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 7'640'000
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 7'640'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 7'640'000
Konrad, Simon	GR: Fr. 7'640'000
Lammer, Thomas	GR: Fr. 7'640'000
Luthiger, Judith	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 7'640'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 7'640'000
Nyfeler, Nicole	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Piazza, Daniel	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 7'640'000
Schilling, Mauro	GR: Fr. 7'640'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 7'640'000
Tanner, Beat	GR: Fr. 7'640'000
Tschümperlin, Erich	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Urfer, Mario	Grüne/SP: Fr. 7'668'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 7'640'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 7'640'000
Wili, Alexander	GR: Fr. 7'640'000

Konto Nr. 213.00.395.00 - Int. Verrechnung Anteil Soziallasten

Gemäss Martin Heiz erübrigt sich dieser Antrag, da der dazugehörige Antrag abgelehnt wurde.

Konto Nr. 214.00.302.00 - Besoldung Lehrpersonen Musikschule

Ursula Müller führt aus, dass die letzten Sparrunden in der Gemeinde Kriens grosse Spuren an der Musikschule Kriens hinterlassen haben. Folgende Sparmassnahmen wurden in den vergangenen Jahren vorgenommen:

- Sparmassnahme Kanton ab 2005: kein Kantonsbeitrag mehr (Fr. 235'050.00)
- Für das Budget 2005/06 wurde ein Kombiunterricht als Sparmassnahme eingeführt.
- Geschwisterrabatt: das 3. Kind hat volle Zahlungspflicht, ab dem 4. Kind zahlt man 50 %.
- Tarifierhöhung per Schuljahr 2006/07
- Tarifierhöhung per Schuljahr 2009/10
- Sparmassnahmen für das Budget 2010: rund Fr. 23'000.00, u.a. Wegfall Geschwisterrabatt

- Abschaffung Begabtenförderung
- Kantonsbeitrag von Fr. 265'000.00 geht wieder voll an die Gemeinde.

Die Elternbeiträge der Musikschule Kriens gehören im Vergleich zu anderen Musikschulen zu den höchsten. Der Deckungsgrad mit angestrebten 50 % ist ebenfalls weitab am höchsten. Die Stadt Luzern finanziert ihres Wissens rund 60 % an die Musikschule. Die Leitung und das Sekretariat haben im Vergleich mit anderen Musikschulen gleicher Grösse weitab die tiefsten Stellenprozentage. Wo sollen Einsparungen im Nettoaufwand gemacht werden? Bei der Lehrerbesoldung, das heisst eine Lehrerkontingentierung? Dies würde bedeuten, dass neu Aufnahmebedingungen für die Kinder ausgearbeitet werden müssen. Soll die Musikschule einen „Numerus clausus“ einführen? Die Musikschule ist eine wichtige Bildungsstätte. Der Stellenwert der Musik wird in der technisierten, schnelllebigen Zeit immer wichtiger. Die Musik ist beständig und entschleunigt. Ein Instrument zu erlernen, verlangt viel Disziplin und Durchhaltevermögen. Beim Zusammenspiel ist Integration gefragt. Gleichzeitig kennen alle die positiven Auswirkungen auf das übrige Lernverhalten und die Intelligenz. Dies kann man heute mit den hochentwickelten wissenschaftlichen Methoden beweisen und aufzeigen. Am Forum für Musikalische Bildung hat der in Deutschland sehr bekannte Hirnspezialist, Professor Joachim Bauer, diesbezüglich einen sehr aufschlussreichen Vortrag gehalten. Schweizweit wurde die Eidgenössische Volksinitiative „jugend + musik“ lanciert. Musik fördert die Intelligenz und die soziale Kompetenz junger Menschen. Besonders das aktive Musizieren spielt dabei eine entscheidende Rolle. Da die Musik nicht den angemessenen und nötigen Stellenwert in der Bildungslandschaft hat, braucht es eine Verfassungsinitiative, um diese Forderung umzusetzen. Im Kanton Luzern haben 15'000 Personen die Initiative „Musikschulen ins Volksschulbildungsgesetz“ mit Erfolg unterzeichnet. Der Kantonsbeitrag wird neu wieder an die Musikschule entrichtet.

Die Musikschule Kriens hat im vergangenen Jahr eine Evaluation durchgeführt. Die Musikschule Kriens ist über lange Jahre gewachsen. Um eine gute Qualität zu behalten und sich zur Zufriedenheit aller Beteiligten, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrpersonen, dem Kanton und der Gemeinde künftig weiter zu entwickeln, wurde im Januar 2011 ein Entwicklungsprojekt gestartet. Für die Projektleitung konnte man in der Person von Marc Brand eine überaus kompetente Person gewinnen. Wichtig ist jetzt, dass man die Rahmenbedingungen für die Musikschule nicht noch enger steckt. Man soll nun Geduld aufbringen, damit das Entwicklungsprojekt mit Erfolg durchgeführt werden kann und erst dann, wenn nötig, Rahmenbedingungen definieren. Im heutigen Zeitpunkt den Nettoaufwand um Fr. 25'000.00 zu reduzieren, macht wenig Sinn. Die Sprecherin bittet als Präsidentin der Musikschulkommission und im Namen der musikalischen Bildung, der Musikschule und der Musikkultur in Kriens den Antrag nicht anzunehmen.

Erich Tschümperlin äussert, dass es gelogen ist, wenn man behauptet, dass nicht auf den Buckel der Kinder gespart wird. Jetzt sieht man es klar, dass diese Sparvorschläge voll zu Lasten der Kinder gehen. Da machen die Grünen nicht mit.

Räto Camenisch stellt fest, dass gegenüber dem Voranschlag 2010 rund Fr. 70'000.00 mehr Besoldungen der Lehrpersonen budgetiert wurden. Es ist nicht zu viel verlangt, diese Institution in die allgemeinen Sparbemühungen einzuordnen. Eine Kürzung von Fr. 25'000.00 ist 1,15 % der gesamten Lohnsumme. Dies bedingt wahrscheinlich eine Umorganisation und es muss effizienter gearbeitet werden. Er ist der Meinung, dass diese Reduktion machbar ist.

Judith Luthiger entgegnet, dass die Aussage von Räto Camenisch nicht stimmt. Bei einer Reduktion der Besoldungen müssten Musikstunden abgebaut werden. Wie soll dies der Musikschulleiter bewerkstelligen? Dieser Sparauftrag ist nicht einfach umzusetzen. Daher lehnt sie diesen Antrag ab.

Helene Meyer-Jenni bittet Räto Camenisch, die Entwicklung des Nettoaufwandes zu beachten. Der Kantonsbeitrag geht voll zu Gunsten der Gemeinde und nicht zu Gunsten der Elternbeiträge. Die SVP hat die Zuweisung der Kürzung auf die Besoldungen gemacht. Die Anzahl der erteilten Lektionen zu beschränken, ist leider nicht mehr möglich. Das Schulprogramm wurde bereits zugestellt. Die Ensembles zu beschränken, rät der Gemeinderat dringend ab. Dies wäre wirklich einen Leistungsabbau und eine Beschränkung. Der budgetierte Betrag der Besoldungen errechnete man aufgrund der erteilten Musikstunden und der Erfahrung der Entwicklung. Es können nicht mehr Musikstunden erteilt werden, als von den Eltern und Kindern erfragt werden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 2'137'800) gegenüber Antrag SVP (Fr. 2'112'800)
Das Ergebnis ist 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr.2'137'800
Bienz, Bruno	GR: Fr.2'137'800
Bienz, Viktor	GR: Fr.2'137'800
Bründler, Anton	SVP: 2'112'800
Camenisch, Räto	SVP: 2'112'800
Dalla Bona, Johanna	SVP: 2'112'800
Erni, Roger	SVP: 2'112'800
Fluder, Hans	SVP: 2'112'800
Frey, Maurus	GR: Fr.2'137'800
Graber, Kathrin	GR: Fr.2'137'800
Graf, Alfons	SVP: 2'112'800
Hahn, Alex	SVP: 2'112'800
Heini, Martin	GR: Fr.2'137'800
Kaufmann, Christine	GR: Fr.2'137'800
Kiener, Beatrice	SVP: 2'112'800
Koch, Patrick	SVP: 2'112'800
Konrad, Simon	SVP: 2'112'800
Lammer, Thomas	SVP: 2'112'800
Luthiger, Judith	GR: Fr.2'137'800
Marbacher, Monika	GR: Fr.2'137'800
Müller, Ursula	GR: Fr.2'137'800
Nyfeler, Nicole	GR: Fr.2'137'800
Piazza, Daniel	GR: Fr.2'137'800
Portmann, Peter	SVP: 2'112.800
Schilling, Mauro	SVP: 2'112.800
Schwizer, Roland	GR: Fr.2'137'800
Tanner, Beat	SVP: 2'112.800
Tschümperlin, Erich	GR: Fr.2'137'800
Urfer, Mario	GR: Fr.2'137'800
Wespi, Peter	SVP: 2'112.800
Wicki Roth, Verena	GR: Fr.2'137'800
Wili, Alexander	SVP: 2'112.800

Somit kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 2'137'800) gegenüber Antrag SVP (Fr. 2'112'800)
Das Ergebnis ist wiederum 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr.2'137'800
Bienz, Bruno	GR: Fr.2'137'800
Bienz, Viktor	GR: Fr.2'137'800
Bründler, Anton	SVP: 2'112'800
Camenisch, Rätö	SVP: 2'112'800
Dalla Bona, Johanna	SVP: 2'112'800
Erni, Roger	SVP: 2'112'800
Fluder, Hans	SVP: 2'112'800
Frey, Maurus	GR: Fr.2'137'800
Graber, Kathrin	GR: Fr.2'137'800
Graf, Alfons	SVP: 2'112'800
Hahn, Alex	SVP: 2'112'800
Heini, Martin	GR: Fr.2'137'800
Kaufmann, Christine	GR: Fr.2'137'800
Kiener, Beatrice	SVP: 2'112'800
Koch, Patrick	SVP: 2'112'800
Konrad, Simon	SVP: 2'112'800
Lammer, Thomas	SVP: 2'112'800
Luthiger, Judith	GR: Fr.2'137'800
Marbacher, Monika	GR: Fr.2'137'800
Müller, Ursula	GR: Fr.2'137'800
Nyfeler, Nicole	GR: Fr.2'137'800
Piazza, Daniel	GR: Fr.2'137'800
Portmann, Peter	SVP: 2'112.800
Schilling, Mauro	SVP: 2'112.800
Schwizer, Roland	GR: Fr.2'137'800
Tanner, Beat	SVP: 2'112.800
Tschümperlin, Erich	GR: Fr.2'137'800
Urfer, Mario	GR: Fr.2'137'800
Wespi, Peter	SVP: 2'112.800
Wicki Roth, Verena	GR: Fr.2'137'800
Wili, Alexander	SVP: 2'112.800

Nachdem auch die zweite Abstimmung eine Pattsituation ergab, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser stimmt dem Antrag der SVP zu.

Somit wird der Antrag der SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Konto Nr. 218.02.302.00 - Besoldungen Schulleitung

Peter Portmann verzichtet namens der SVP-Fraktion auf den Kürzungsantrag von Fr. 20'000.00.

Konto Nr. 219.01 - Schulbibliothek

Monika Marbacher bemerkt, dass der Antrag der FDP eine kurzfristig angedachte, unmögliche Sparübung ist, die im Budget 2011 praktisch nicht umsetzbar ist. Mittelfristig ist ein Zusammenschluss der Bibliotheken sicherlich ein Diskussionspunkt, aber wenn schon müsste das Ganze analysiert und umsichtig geplant werden und man müsste belegen, dass damit eine Kostenersparnis möglich wäre. Deshalb ist der vorliegende Antrag abzulehnen.

Bruno Bienz zitiert eine Aussage der UNESCO: „Die Schulbibliothek stellt Informationen und Ideen zur Verfügung, die grundlegend für ein erfolgreiches Arbeiten in der heutigen informations- und wissensbasierten Gesellschaft sind. Die Schulbibliothek vermittelt den Schülern die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen, entwickelt ihre Phantasie und befähigt sie so zu einem Leben als verantwortungsbewusste Bürger“. Die Lesekompetenz bei den Kindern ist sehr unterschiedlich. Einige Kinder sind bereits erfahren und lesen umfangreiche Bücher, während andere erst spät mit den Büchern vertraut werden. Die Aufgabe der Schulbibliothek ist neben den Informationen für Projekte, Vorträge usw. auch die Lesefreude bei lesefaulen Schülern zu wecken. Diese Aufgaben kann nicht die Gemeindebibliothek übernehmen. Dass dieser Sparvorschlag von der Bildungspartei, der FDP, kommt, ist für die Grünen schwer verständlich. Die Grünen bitten, diesen Antrag klar abzulehnen.

Simon Konrad hält fest, dass die Welt sich verändert. Sein Patenkind, welches in Bücher vernarrt ist, ist ein Fan der Gemeindebibliothek. Sie hat auch einen Computer und Zugriff auf elektronische Medien. Wikipedia ist ein Instrument, welches stark benutzt wird. Es gibt diverse Städte und Gemeinden (u.a. Stans), welche die Schulbibliothek abgeschafft haben. Er ist der Meinung, dass mit der Gemeindebibliothek ein gutes Angebot besteht. Er bittet deshalb, den Antrag zu unterstützen.

Martin Heini findet es wichtig, dass der Zugang zu Bücher für die Kinder da ist. Er erinnert daran, dass es schwierig ist, alle Informationen und die Lesekompetenz aus dem Internet zu entwickeln. Er bittet, den Kindern einen barrierefreien Zugang zu den Bücher zu ermöglichen und die Schulbibliotheken zu behalten.

Judith Luthiger betont, dass das Lesen eine Grundlage der Bildung in allen Schulfächern ist. Es soll eine Chancengleichheit bestehen für fremdsprachige Kinder oder Kinder, welche Mühe haben zu lesen. Die Klassen des Schulhauses Feldmühle gehen regelmässig in die Schulbibliothek. Dies ist auch ein Schulraum, welcher genutzt wird. Simon Konrad behauptete, dass die Gemeinde Stans keine Schulbibliothek mehr hat. Dies stimmt zwar, aber dort ist die Gemeindebibliothek 5 Minuten vom Schulhaus entfernt. Mit einer Schulklasse vom Feldmühle ist es aber nicht möglich, in die Gemeindebibliothek zu gehen, da dies zu viel Zeit beanspruchen würde. Sie bittet sehr, den Antrag der FDP nicht zu unterstützen.

Für Ursula Müller ist eine Abschaffung der Schulbibliotheken eine ganz klare Demontage von Strukturen an der Schule und keine Sparmassnahme. Solche Anträge zu stellen und wenn möglich mit einer knappen Mehrheit durchzuwürgen, ist ihrer Meinung nach und für einen Grossteil der Krienser Bevölkerung nicht weitsichtig. Dieser Antrag richtet einen grossen Schaden bei den Betroffenen an der Schule, den Schülerinnen/Schüler und den Lehrpersonen an. Wie soll dies kommuniziert werden? Heute werden die Schülerinnen/Schüler klar informiert darüber, wer was veranlasst hat. Der Betrag von rund Fr. 67'000.00 jährlich ist gut und äusserst günstig investiertes Geld, welches von grossem Nutzen und von unschätzbarem Wert ist. Die Sprecherin war bis vor zwei Jahren Schulbibliothekarin im Schulhaus Roggen. Der enorme Mehrwert einer Schulbibliothek in den Schulhausstrukturen kann man nicht mit einer Zahl beziffern. Die Schulbibliothekarinnen arbeiten mit viel Herzblut, Freude und Spass, um zusammen mit den Lehrpersonen bei den Schülerinnen und Schüler die Freude am Lesen zu wecken und zu pflegen. Die Lesekompetenz ist die wichtigste. Jeder muss diese erlernen, um später erfolgreich durchs Leben zu kommen. Diese Kompetenz muss möglichst früh und erfolgreich erlernt werden. Die Schulbibliotheken gibt es schon ewig. Die Zeit hat sich gewandelt

und das Angebot für die wichtige Lesekompetenz wurde in den vergangenen rund 20 Jahren extrem auf die jüngeren Schülerinnen und Schüler zugeschnitten, um die Lesefreude zu fördern. Gemäss des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung gibt es in der Schweiz rund 800'000 Menschen, die sich mit Wort und Schrift schwer tun. Jede zehnte Schweizerin, jeder zehnte Schweizer kann trotz Schulabschluss nicht lesen und schreiben. Jeder sechste Erwachsene in der Schweiz zwischen 16 und 65 Jahren ist schwach im Lesen und jede zwölfte Person hat Probleme mit der Sprache. Leseschwäche ist nicht nur für die Direktbetroffenen ein Problem, denn dies verursacht in der Schweiz jährliche Kosten von über einer Milliarde Franken. Das Risiko von Arbeitslosigkeit ist bei den Betroffenen doppelt so hoch.

Das Vorhandensein einer Schulbibliothek ist wichtig für das Unterbrechen der Blockzeiten. Die Schulbibliothek kann auch ein Betreuungseffekt nach der Schule sein. Der durchschnittliche Verleih pro Woche ist hoch, im Roggern sind es beispielsweise 80 bis 100 Bücher und im Obernau 120 Bücher. Für die Schülerinnen und Schüler gibt die Schulbibliothek die Möglichkeit, eine Bibliothek und deren Aufbau kennen zu lernen. Beim Grossteil der Kinder gehen die Eltern nicht in eine Bibliothek mit.

Die Sprecherin empfiehlt dringend, alle Fakten abzuwägen und dieses Angebot in der Bildung zu belassen.

Erich Tschümperlin arbeitet täglich mehrere Stunden am Computer. Umfangreiche Dokumente liest er aber nicht am PC, da dies zu mühsam und nicht handlich ist. Bücher kann man nicht am PC lesen, denn im Internet gibt es keine Gratis-Bücher. Es gibt E-Books, welche man in die Hand nehmen, Bücher kaufen und auf das Gerät laden kann. Dies ist aber nicht praktisch. Den PC kann man nicht durch ein Buch ersetzen. Wikipedia ist kein Buch, sondern ein Nachschlagewerk. Mit dieser Sparmassnahme wird am falschen Ort gespart.

Helene Meyer-Jenni beschränkt sich auf die Fakten. An 11 Schulstandorten in Kriens ist eine Schulbibliothek vorhanden. Vom Gesamtaufwand sind 1/3 Personalaufwand und 2/3 Sachaufwand. Eine Überführung der Schulbibliotheken in die Gemeindebibliothek ist nicht möglich, da zu wenig Platz vorhanden ist. Ausserdem kann die Gemeindebibliothek während der Unterrichtszeit nicht genutzt werden, da diese zu wenig Platz hat und auch untauglich dafür ist. Zudem hätte man einen höheren Personalaufwand. Die Frauen, welche die Schulbibliothek betreuen, haben einen Stundenlohn von Fr. 17.35. Bei dieser Sparmassnahme geht es auch um einen klaren Leistungsabbau. Fakt ist, dass in der Stadt Luzern an 22 Standorten Schulbibliotheken geführt werden mit einem Aufwand von Fr. 170'000.00. In Emmen haben alle Schulanlagen eine Schulbibliothek, ausser das Schulhaus Gersag, da sich direkt daneben die Gemeindebibliothek befindet. Der Aufwand in Emmen beträgt Fr. 75'000.00. In Horw gibt es vier Schulbibliotheken für die Primarstufe und der Aufwand beträgt rund Fr. 50'000.00. Die Sekundarstufe befindet sich im gleichen Gebäude wie die Gemeindebibliothek. Diese Sparmassnahme möchte sie schlichtweg nicht zumuten.

Räto Camenisch versteht es nicht, dass man die Leseschwäche mit der Schulbibliothek in Verbindung bringt. Es gibt soziale, ethische, medizinische, erzieherische oder andere Gründe für eine Leseschwäche.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 67'200) gegenüber Antrag FDP (Fr. 0)
Mit 16:14 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 67'200
Bienz, Bruno	GR: Fr. 67'200
Bienz, Viktor	GR: Fr. 67'200
Bründler, Anton	FDP: Fr. 0
Camenisch, Rätö	FDP: Fr. 0
Dalla Bona, Johanna	FDP: Fr. 0
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	FDP: Fr. 0
Frey, Maurus	GR: Fr. 67'200
Graber, Kathrin	GR: Fr. 67'200
Graf, Alfons	FDP: Fr. 0
Hahn, Alex	Enthaltung
Heini, Martin	GR: Fr. 67'200
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 67'200
Kiener, Beatrice	FDP: Fr. 0
Koch, Patrick	FDP: Fr. 0
Konrad, Simon	FDP: Fr. 0
Lammer, Thomas	FDP: Fr. 0
Luthiger, Judith	GR: Fr. 67'200
Marbacher, Monika	GR: Fr. 67'200
Müller, Ursula	GR: Fr. 67'200
Nyfelner, Nicole	GR: Fr. 67'200
Piazza, Daniel	GR: Fr. 67'200
Portmann, Peter	FDP: Fr. 0
Schilling, Mauro	FDP: Fr. 0
Schwizer, Roland	GR: Fr. 67'200
Tanner, Beat	FDP: Fr. 0
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 67'200
Urfer, Mario	GR: Fr. 67'200
Wespi, Peter	FDP: Fr. 0
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 67'200
Wili, Alexander	FDP: Fr. 0

Konto Nr. 219.02.302.00 – Besoldungen Schulsozialarbeit

Monika Marbacher führt aus, dass die Schulsozialarbeit Lernende, Lehrpersonen, Schulleitungen und Erziehungsberechtigte unterstützt, mit und in schwierigen Klassen arbeitet und bei Konflikten berät. Dies ist keine leichte Aufgabe. Pro 750 Lernende der Kleinklassen, der Primarstufe und der Sekundarstufe wird gemäss kantonalen Richtlinien ein Vollpensum berechnet. Aufgrund der Anzahl Lernenden sollten 306 Stellenprozente für Sek- und Primarstufe in Kriens zur Verfügung stehen. Die aktuelle Pensendotation beträgt 210 Stellenprozente, es fehlen also 96 Stellenprozente. Auf das Schuljahr 2008/2009 wurde vom Einwohnerrat eine Pensenerhöhung von 10 % und auf das Schuljahr 2009/2010 eine weitere Pensenerhöhung von 50 % bewilligt. Trotzdem werden die Richtwerte deutlich nicht erreicht. Die SSA unterliegt keineswegs einer Kostenexplosion. Die dringend notwendige Pensenanpassung wurde korrekt beantragt und bewilligt. Der Kürzungsantrag zielt aus Sicht der CVP gegen Ausländer und gegen Kinder mit sozialen Belastungen. Betriebswirtschaftlich ist der Antrag um Reduktion der SSA ein völliger Blödsinn. Beispiele von Versicherungen wie die SUVA oder Krankenversicherungen belegen, dass mit koordiniertem Fallmanagement Kosteneinsparungen resultieren. Eine Reduktion von Fr. 36'000.00 bei der SSA würde kein Ersparnis einbringen, sondern Mehrarbeit für die Lehrpersonen, die Schulleitung, die Vormundschaftsbehörde und das Sozialamt. Daher lehnt sie den vorliegenden Antrag ab.

Peter Portmann stellt fest, dass die Kosten bei der SSA seit dem Jahr 2008 um 43 % gestiegen sind. Diese Kostenexplosion muss korrigiert werden.

Judith Luthiger erklärt, dass eine gesetzliche Grundlage des Kantons vorhanden ist, welche die Stellenprozentage festlegt. Aufgrund dessen musste bei der SSA aufgestockt werden. Die Lehrpersonen sind froh, dass dieses Angebot vorhanden ist. Die Schulsozialarbeiterin, welche dem Schulhaus Feldmühle zugeteilt ist, hat bedeutende Mehrarbeit. Es können nicht alle Fälle bearbeitet werden. Jedes Kind, welches frühzeitig mit Hilfe der SSA auf eine andere Bahn gebracht werden kann, kostet viel weniger als ein Kind, welches nicht so betreut werden konnte und demzufolge fremdplatziert werden muss. Sie bittet, dem Antrag der SVP nicht zuzustimmen.

Christine Kaufmann hält fest, dass die Schulsozialarbeit eine wichtige Prävention und Unterstützung der Lehrpersonen im Umgang mit schwierigen Situationen in der Schule, wie auch mit schwierigen Schülern ist. Schüler mit familiären Problemen möchten dies nicht mit den Lehrpersonen besprechen, sondern sie möchten sich an eine neutrale Anlaufstelle wenden. Dort haben die Schüler ein offenes Ohr, erhalten Weisungen und professionelle Ratschläge. Eskalationen können so im Keime erstickt werden. In der heutigen immer komplexer werdenden Lebenswelt mit gleichzeitig steigenden Anforderungen ist es für viele Schüler immer schwieriger, sich zu Recht zu finden. Viele sind überfordert. Das zeigt sich mit Verhaltensauffälligkeiten, Leistungsschwächen, Suchtmittelkonsum bis zur Verweigerungen in der Schule. Das Netzwerk zwischen den Lehrpersonen und der Schulsozialarbeit ist sehr wichtig, denn die Lehrpersonen können die komplexen Schulprobleme nicht alleine auffangen und bewältigen. Ihr Hauptjob ist der Unterricht. Wenn die Schulsozialarbeit beigezogen wird, können hohe Kosten abgewendet werden. Denn ohne diese Arbeit eskalieren schwierige Situationen oft. Die Folgen wären dann teure Plätze in Jugendheimen wie Schachen oder Knutwiler Bad. Diese Kosten sind dann für eine Gemeinde immens. In der Vergangenheit wurden folgende Vorstösse eingereicht:

- Schutzgelderpressung und Gewalt durch Jugendliche in Kriens
- Lehrerattacken an Krienser Schulen
- Optimierung der Früherkennung und Prävention bei Erziehungsschwierigkeiten

Man soll bedenken, dass die Schulsozialarbeit wie eine Feuerwehr ist. Wenn es brennt, und dies tut es oft, ist dieser Dienst zur Stelle. Die Feuerwehr würde schliesslich auch niemand abschaffen.

Erich Tschümperlin ist entrüstet darüber, dass man den gesetzeswidrigen Zustand noch weiter verschlechtern möchte. Er ist sprachlos, dass man zu einem Gesetzesbruch aufruft. Alle müssen sich an das Gesetz halten, dies sagt auch die SVP. Sein rechtstaatliches Verständnis bleibt hier auf der Strecke.

Martin Heini bemerkt, dass es sich bei der Schulsozialarbeit um eine Dienstleistung handelt, welche bezogen werden kann. Diese Leistung kommt nicht nur den betreffenden Schülern zu Gute, sondern auch der ganzen Klasse. Auch das ganze Umfeld in der Freizeit profitiert davon. Dies ist eine gesellschaftliche Veränderung, welche man nicht abschaffen kann, wenn die Schulsozialarbeit reduziert wird.

Räto Camenisch ist auch sprachlos. Er hat nie gehört, dass diese Situation ungesetzlich ist. Die Schülerzahlen nehmen bekanntlich ab. Die Indikation zur Behandlung wird in eine gewisse Richtung verschoben. Irgendwo hat jeder Schüler eine solche Beratung nötig.

Helene Meyer-Jenni stellt fest, dass dieselbe Diskussion mit derselben Ausgangslage auch beim Budget 2010 geführt wurde. Man ist zum gleichen Schluss gekommen wie jetzt. Die BiK setzt sich intensivst mit solchen Fragen auseinander. Man soll dieser doch glauben. Man ist tatsächlich 96 Stellenprozente unterdotiert. Es ist einzig der Stufenanstieg und die Teuerung des Kantons, welche diese Entwicklung ausmacht. Wenn ein Schüler fremdplatziert werden muss, kostet dies beispielsweise im Schul- und Wohnzentrum Schachen Fr. 488.00 pro Tag und rund Fr. 90'000.00 pro Jahr. Eine Platzierung im Jugenddorf Knutwil kostet rund Fr. 52'000.00 pro Jahr. Die Kosten werden zu 50 % von der Gemeinde und zu 50 % vom Kanton übernommen. Jede Platzierung, welche verhindert werden kann, ist ökonomisch sinnvoll.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 255'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 219'000)
Mit 17:14 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 255'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 255'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 255'000
Bründler, Anton	SVP: Fr. 219'000
Camenisch, Rätö	SVP: Fr. 219'000
Dalla Bona, Johanna	Enthaltung
Erni, Roger	GR: Fr. 255'000
Fluder, Hans	SVP: Fr. 219'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 255'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 255'000
Graf, Alfons	SVP: Fr. 219'000
Hahn, Alex	SVP: Fr. 219'000
Heini, Martin	GR: Fr. 255'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 255'000
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 219'000
Koch, Patrick	SVP: Fr. 219'000
Konrad, Simon	SVP: Fr. 219'000
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 219'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 255'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 255'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 255'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 255'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 255'000
Portmann, Peter	SVP: Fr. 219'000
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 219'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 255'000
Tanner, Beat	SVP: Fr. 219'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 255'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 255'000
Wespi, Peter	SVP: Fr. 219'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 255'000
Wili, Alexander	SVP: Fr. 219'000

Konto Nr. 300.02.311.01 - Kunst- und Kulturförderung

Martin Heiz erklärt das Abstimmungsprozedere, da drei verschiedene Anträge vorliegen. Jedes Mitglied hat bei der ersten Abstimmung eine Stimme, entweder für den Antrag des Gemeinderates (Fr. 12'000), den Antrag der FGK/FDP (Fr. 0) oder den Antrag der SP (Fr. 19'000). Ein

Antrag müsste das absolute Mehr von 17 Stimmen erreichen. Wenn dies bei der ersten Abstimmung nicht erreicht wird, wird eine zweite Abstimmung mit den beiden Anträgen mit den meisten Stimmen durchgeführt.

Daniel Piazza opponiert namens der CVP/JCVP-Fraktion gegen die Anträge der FDP/FGK und der SP und plädiert für die Variante des Gemeinderates. Es stehen Beiträge an Kunst- und Kulturschaffende in der Gemeinde Kriens zur Diskussion. Die CVP/JCVP-Fraktion möchte nicht bei den vielen Projekten, Vereinen, Anlässe und Konzerte in der Gemeinde sparen. Dies bringt zu kleine Einsparungen im Verhältnis zur grossen Bestrafung für die vielen tollen Projekte, wie beispielsweise das Jugendtheater Kriens. Man möchte die Freiwilligenarbeit und die Eigeninitiativen in Kriens weiterhin unterstützen und ist gegen die Streichung des gesamten Betrages sowie auch gegen eine Erhöhung.

Gemäss Judith Luthiger hat die SP den Antrag um die Wiederaufnahme des Förder- bzw. Kulturpreises eingereicht, da in den vergangenen Jahren oftmals Personen den Preis erhielten, welche weit über die Gemeindegrenze hinaus gestrahlt haben. Im letzten Jahr erhielt Josette Gillmann den Kulturpreis für ihre jahrelange Arbeit für die Theatervereine in Kriens. Die Krienser und Krienserinnen können damit ein Zeichen setzen.

Helene Meyer-Jenni bemerkt, dass es sich dabei um einen Sparbeitrag von 0,01 % handelt. Der Gemeinderat beantragt eine Aussetzung der Kulturförderpreis-Vergabe von einem Jahr. In den vergangenen Jahren wurden kleinere Beiträge geleistet an das Jugendtheater, Kulturwerkstatt, Film von Charles Wyrsh, Buch von Heinz Stalder und vor allem auch Kinder- und Jugendproduktionen. Ein grösserer Beitrag wurde an das Le Théâtre für ein Musical-Projekt ausbezahlt. Damit hat man ein Zeichen gesetzt, dass eine solche Stätte auch unterstützt werden möchte.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 12'000), Antrag FGK/FDP (Fr. 0) oder Antrag SP (Fr. 19'000)

Das Ergebnis ist 11 Stimmen für den Antrag Gemeinderat, 15 Stimmen für den Antrag FGK/FDP, 6 Stimmen für den Antrag SP.

Aakti, Brahim	SP: Fr. 19'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 12'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 12'000
Bründler, Anton	FGK/FDP: Fr. 0
Camenisch, Rätö	SP: Fr. 19'000
Dalla Bona, Johanna	FGK/FDP: Fr. 0
Erni, Roger	FGK/FDP: Fr. 0
Fluder, Hans	FGK/FDP: Fr. 0
Frey, Maurus	GR: Fr. 12'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 12'000
Graf, Alfons	FGK/FDP: Fr. 0
Hahn, Alex	FGK/FDP: Fr. 0
Heini, Martin	SP: Fr. 19'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 12'000
Kiener, Beatrice	FGK/FDP: Fr. 0
Koch, Patrick	FGK/FDP: Fr. 0
Konrad, Simon	FGK/FDP: Fr. 0
Lammer, Thomas	FGK/FDP: Fr. 0
Luthiger, Judith	SP: Fr. 19'000

Marbacher, Monika	GR: Fr. 12'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 12'000
Nyfeler, Nicole	SP: Fr. 19'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 12'000
Portmann, Peter	FGK/FDP: Fr. 0
Schilling, Mauro	FGK/FDP: Fr. 0
Schwizer, Roland	GR: Fr. 12'000
Tanner, Beat	FGK/FDP: Fr. 0
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 12'000
Urfer, Mario	SP: Fr. 19'000
Wespi, Peter	FGK/FDP: Fr. 0
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 12'000
Wili, Alexander	FGK/FDP: Fr. 0

Da kein Antrag das absolute Mehr erreicht, kommt es zu einer zweiten Abstimmung. Der Antrag der SP fällt weg, da dieser am wenigsten Stimmen erreichte.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 12'000) gegenüber Antrag FGK/FDP (Fr. 0)
Das Ergebnis ist 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR 12'000
Bienz, Bruno	GR 12'000
Bienz, Viktor	GR 12'000
Bründler, Anton	FGK/FDP 0
Camenisch, Rätö	FGK/FDP 0
Dalla Bona, Johanna	FGK/FDP 0
Erni, Roger	FGK/FDP 0
Fluder, Hans	FGK/FDP 0
Frey, Maurus	GR 12'000
Graber, Kathrin	GR 12'000
Graf, Alfons	FGK/FDP 0
Hahn, Alex	FGK/FDP 0
Heini, Martin	GR 12'000
Kaufmann, Christine	GR 12'000
Kiener, Beatrice	FGK/FDP 0
Koch, Patrick	FGK/FDP 0
Konrad, Simon	FGK/FDP 0
Lammer, Thomas	FGK/FDP 0
Luthiger, Judith	GR 12'000
Marbacher, Monika	GR 12'000
Müller, Ursula	GR 12'000
Nyfeler, Nicole	GR 12'000
Piazza, Daniel	GR 12'000
Portmann, Peter	FGK/FDP 0
Schilling, Mauro	FGK/FDP 0
Schwizer, Roland	GR 12'000
Tanner, Beat	FGK/FDP 0
Tschümperlin, Erich	GR 12'000
Urfer, Mario	GR 12'000
Wespi, Peter	FGK/FDP 0
Wicki Roth, Verena	GR 12'000
Wili, Alexander	FGK/FDP 0

Aufgrund der Pattsituation kommt es zu einer dritten Abstimmung.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Fr. 12'000) gegenüber Antrag FGK/FDP (Fr. 0)
Das Ergebnis ist wiederum 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR 12'000
Bienz, Bruno	GR 12'000
Bienz, Viktor	GR 12'000
Bründler, Anton	FGK/FDP 0
Camenisch, Räto	FGK/FDP 0
Dalla Bona, Johanna	FGK/FDP 0
Erni, Roger	FGK/FDP 0
Fluder, Hans	FGK/FDP 0
Frey, Maurus	GR 12'000
Graber, Kathrin	GR 12'000
Graf, Alfons	FGK/FDP 0
Hahn, Alex	FGK/FDP 0
Heini, Martin	GR 12'000
Kaufmann, Christine	GR 12'000
Kiener, Beatrice	FGK/FDP 0
Koch, Patrick	FGK/FDP 0
Konrad, Simon	FGK/FDP 0
Lammer, Thomas	FGK/FDP 0
Luthiger, Judith	GR 12'000
Marbacher, Monika	GR 12'000
Müller, Ursula	GR 12'000
Nyfeler, Nicole	GR 12'000
Piazza, Daniel	GR 12'000
Portmann, Peter	FGK/FDP 0
Schilling, Mauro	FGK/FDP 0
Schwizer, Roland	GR 12'000
Stimmen:	32
Tanner, Beat	FGK/FDP 0
Tschümperlin, Erich	GR 12'000
Urfer, Mario	GR 12'000
Wespi, Peter	FGK/FDP 0
Wicki Roth, Verena	GR 12'000
Wili, Alexander	FGK/FDP 0

Nachdem auch die dritte Abstimmung eine Pattsituation ergab, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser stimmt dem Antrag der FGK/FDP zu.

Somit wird der Antrag der FGK/FDP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Konto Nr. 320.00.318.03 - Honorare Öffentlichkeitsarbeit

Erich Tschümperlin findet die Höhe des Betrages für die Öffentlichkeitsarbeit lächerlich. Dass man diesen noch kürzen möchte, ist kontraproduktiv. Er ist klar gegen diese Kürzung.

Kathrin Graber freut sich, dass der Antrag um Erhöhung des Sicherheitsdienstes angenommen wurde. Dies ist ein grosses Anliegen. Man hat sich deshalb auf die Suche nach anderen Sparmassnahmen gemacht, welche diesen Aufwand des Sicherheitsdienstes wieder kompensieren können. Bei der Öffentlichkeitsarbeit wird kein Kahlschlag verlangt. Es sollte jedoch möglich sein, auf das Niveau der Rechnung 2009 zurückzufahren. Der Medienbeauftragte muss beispielsweise nicht bei jeder Aussprache mit den Stimmberechtigten anwesend sein.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass nach der Rechnung 2009 einen neuen Vertrag mit dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit abgeschlossen wurde. Es ist nicht so, dass dieser unnötige Zeiten absitzt. Zudem ist er sehr pragmatisch, zuvorkommend und nicht pingelig mit seiner Stundenabrechnung. Sie bittet, diesen Betrag nicht zu kürzen, ansonsten hätte man ein massives Problem.

Kathrin Graber zieht namens der CVP-Fraktion den vorliegenden Antrag zurück.

Roger Erni fragt, ob es zulässig ist, den Antrag zurückzuziehen, da die Abstimmung bereits freigegeben wurde.

Räto Camenisch empfindet dies als einen Missbrauch des Parlaments. Der Antrag wird begründet, es wird abgestimmt und als man sah, dass der Antrag angenommen wird, zieht man diesen zurück. Er protestiert gegen diesen Umgang und verlangt, dass man auf den Antrag zurückkommt. Dies ist sofort auch ein Antrag der SVP.

Gemäss Erich Tschümperlin muss man sich nicht künstlich aufregen. Wenn der Antrag zurückgezogen wird, ist dies in Ordnung.

Guido Solari informiert, dass die Abstimmung freigegeben aber noch nicht abgeschlossen wurde. Daher kann der Antrag zurückgezogen werden.

Abstimmung Ordnungsantrag auf Rückkommen

Mit 18:14 Stimmen wird der Ordnungsantrag angenommen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja

Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

Gemäss Roger Erni müsste man sich allenfalls überlegen, ob das Resultat der Abstimmung erst nach Eingabe der letzten Stimme angezeigt wird.

Martin Heiz entgegnet, dass dann eine geheime Abstimmung verlangt werden könnte.

Daniel Piazza erklärt, dass aufgrund von neuen Argumenten entschieden wurde, den Antrag zurückzuziehen.

Abstimmung Antrag GR (Fr. 74'000) gegenüber Antrag SVP (Fr. 64'000)

Mit 16:12 Stimmen wird der Antrag der SVP genehmigt.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 74'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 74'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 74'000
Bründler, Anton	SVP Fr. 64'000
Camenisch, Räto	SVP Fr. 64'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 74'000
Erni, Roger	SVP Fr. 64'000
Fluder, Hans	SVP Fr. 64'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 74'000
Graber, Kathrin	Enthaltung
Graf, Alfons	SVP Fr. 64'000
Hahn, Alex	SVP Fr. 64'000
Heini, Martin	GR: Fr. 74'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 74'000
Kiener, Beatrice	SVP Fr. 64'000
Koch, Patrick	SVP Fr. 64'000
Konrad, Simon	SVP Fr. 64'000
Lammer, Thomas	SVP Fr. 64'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 74'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 74'000
Müller, Ursula	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 74'000
Piazza, Daniel	Enthaltung
Portmann, Peter	SVP Fr. 64'000
Schilling, Mauro	SVP Fr. 64'000
Schwizer, Roland	SVP Fr. 64'000
Tanner, Beat	SVP Fr. 64'000
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 74'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 74'000
Wespi, Peter	SVP Fr. 64'000
Wicki Roth, Verena	Enthaltung
Wili, Alexander	SVP Fr. 64'000

Kathrin Graber betont, dass die CVP keine generelle Erhöhung der Eintrittsgebühren wünscht, sondern nur bei auswärtigen Besucherinnen und Besuchern mittels Tarif-Anpassung Mehreinnahmen von Fr. 15'000.00 generieren will. Zwar ist dieser Antrag nicht sehr mondän, unterschiedliche Tarife sind aber auch andernorts gang und gäbe.

Maurus Frey weiss, dass der Kanton Wallis noch eine Unterscheidung zwischen Einheimischen und Auswärtigen kennt, aber andernorts, wie in Graubünden, wurden die Einheimischenkarten abgeschafft. Er erachtet eine solche Unterscheidung als klaren Rückschritt und macht beliebt, den Antrag der CVP abzulehnen.

Für Bruno Bienz ist der Antrag der CVP eine Schnapsidee. Wie stellt sich die CVP die Umsetzung vor? Sollen Badi-Gäste inskünftig eine Wohnsitzbestätigung mitbringen? Er bezweifelt eine positive Auswirkung auf die Gemeindefinanzen. Die Eintrittskasse müsste wegen den nötig werdenden Kontrollen zwangsläufig mit mehr als einer Person besetzt werden. Dies hätte höhere Personalkosten zur Folge. Der Sprecher empfiehlt der CVP deshalb, ihren Antrag zurückzuziehen.

Cyрил Wiget erklärt, dass der Gemeinderat keine unterschiedlichen Tarife für Einheimische und Auswärtige möchte. Beim Schwimmbad ist man unternehmerisch tätig und möchte Einnahmen aus der ganzen Agglomeration generieren. Ziel ist es, möglichst viele Besucherinnen und Besucher nach Kriens zu holen. Dies wird schwer zu bewerkstelligen sein, wenn die Krienser Badi für Auswärtige teurer ist, als vergleichbare Anlagen in anderen Gemeinden.

Abstimmung (Antrag GR Fr. 280'000.00 - Antrag CVP Fr. 295'000.00)

Mit 16:14 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 280'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 280'000
Bienz, Viktor	CVP: Fr. 295'000
Bründler, Anton	CVP: Fr. 295'000
Camenisch, Räto	CVP: Fr. 295'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 280'000
Erni, Roger	CVP: Fr. 295'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 280'000
Frey, Maurus	GR: Fr. 280'000
Graber, Kathrin	CVP: Fr. 295'000
Graf, Alfons	CVP: Fr. 295'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 280'000
Heini, Martin	GR: Fr. 280'000
Kaufmann, Christine	CVP: Fr. 295'000
Kiener, Beatrice	CVP: Fr. 295'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 280'000
Konrad, Simon	CVP: Fr. 295'000
Lammer, Thomas	GR: Fr. 280'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 280'000
Marbacher, Monika	CVP: Fr. 295'000
Müller, Ursula	CVP: Fr. 295'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 280'000
Piazza, Daniel	CVP: Fr. 295'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 280'000
Schilling, Mauro	Enthaltung
Schwizer, Roland	CVP: Fr. 295'000

Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 280'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 280'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 280'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 280'000
Wili, Alexander	CVP: Fr. 295'000

Nr. 350.01.301.00 – Jugendanimation, Besoldung des Personals

Toni Bründler konnte heute vernehmen, dass die Schulsozialarbeit eine Art Feuerbekämpfung leisten soll. Nach Ansicht der SVP wird die Gemeinde Kriens - wenn so weitergemacht wird wie bisher - jedoch in eine Situation geraten, in der die Sozialindustrie nur noch wächst und sich wie ein Feuer ausbreitet. Der Sprecher bezweifelt, dass alles was in Kriens umgesetzt wird, auch tatsächlich gesetzlich vorgeschrieben ist. Deshalb fordert die SVP eine Reduktion der Besoldungskosten um Fr. 36'000.00.

Martin Heini hebt hervor, dass es um die Jugend und nicht um eine "Industrie" geht. Die Jugendanimation nimmt wichtige Aufgaben wahr, u.a. im Zusammenhang mit der Sicherheit und der Verhinderung von Littering. Die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendarbeit und Polizei funktioniert gut, weshalb kein einzelnes Glied herausgelöst werden sollte. Es ist der falsche Weg, immer bei der Jugend sparen zu wollen und es entspricht sicher nicht dem Volkswillen, Kosten zu reduzieren, ohne zu wissen, was die Konsequenzen einer Reduktion sind.

Daniel Piazza opponiert dem Antrag namens der JCVP/CVP-Fraktion. Die Jugendarbeit ist ein wichtiger Partner und der öffentliche Raum eines ihrer Schwerpunktthemen. In Kriens ist die Jugendarbeit vorbildlich und in einem Netzwerk, zusammen mit Polizei und Schule, wird permanent die aktuelle Lage analysiert. Die Jugendarbeit und der Gemeindeordnungsdienst sind in Absprache mit der Polizei in den Abend- und Nachtstunden an den Brennpunkten der Gemeinde unterwegs. Die Polizei schätzt diese Zusammenarbeit sehr und fürchtet, dass sich die derzeit sehr ruhige Phase in Kriens ändern könnte, wenn die Präsenz der Jugendarbeit bzw. des Gemeindeordnungsdienstes abgebaut wird.

Mit dem Jugendhaus oder Projekten wie dem Midnight Move kann die Jugendarbeit jedes Wochenende zwischen 30 und 80 Jugendliche sinnvoll beschäftigen. Diese, teilweise nicht sehr einfachen Jugendlichen, finden dadurch eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und hängen nicht einfach herum. Das ist wichtig, denn Langeweile führt zu Blödsinn, welcher eskalieren und zu einem Problem werden kann. Die Frage lautet deshalb, soll das erfolgreiche Krienser Modell der Jugendarbeit dem Spardruck geopfert werden? Einerseits mit dem Resultat, dass ein verhältnismässig bescheidener Betrag eingespart wird. Andererseits mit dem Bewusstsein, dass ungewisse Ausgaben auf die Gemeinde zukommen werden, beispielsweise aufgrund von zusätzlichem Vandalismus oder wegen zu spät erkannten auffälligen Jugendlichen. Diese müssen dann in Heime eingewiesen werden, bei denen ein einziger Platz pro Jahr mehr kostet, als der allenfalls heute generierte Spareffekt.

Cyrill Wiget bittet den Einwohnerrat, offen für Argumente zu sein. Es wäre sehr bedauerlich, wenn das, was der Einwohnerrat eigentlich will, durch die Annahme des Antrags der USK bzw. der SVP abgeschafft wird. Der Einwohnerrat will eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Jugendliche, er will dass diese keine Sachbeschädigungen oder Gewalt ausüben und dass die Nachtruhe eingehalten wird. Dazu leistet die Jugendarbeit einen ausserordentlich wichtigen Beitrag. Es gibt Kantone, beispielsweise Solothurn, welche ihre Gemeinden sogar für eine in-

takte Jugendarbeit belohnen, indem diese mehr Gelder aus dem kantonalen Finanzausgleich erhalten. So etwas sollte auch im Kanton Luzern eingeführt werden.

1. Abstimmung (Antrag GR Fr. 262'500.00 - Antrag USK/SVP Fr. 226'500.00)

Das Ergebnis lautet 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 262'500
Bienz, Bruno	GR: Fr. 262'500
Bienz, Viktor	GR: Fr. 262'500
Bründler, Anton	USK/SVP: 226'500
Camenisch, Rätö	USK/SVP: 226'500
Dalla Bona, Johanna	USK/SVP: 226'500
Erni, Roger	USK/SVP: 226'500
Fluder, Hans	USK/SVP: 226'500
Frey, Maurus	GR: Fr. 262'500
Graber, Kathrin	GR: Fr. 262'500
Graf, Alfons	USK/SVP: 226'500
Hahn, Alex	USK/SVP: 226'500
Heini, Martin	GR: Fr. 262'500
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 262'500
Kiener, Beatrice	USK/SVP: 226'500
Koch, Patrick	USK/SVP: 226'500
Konrad, Simon	USK/SVP: 226'500
Lammer, Thomas	USK/SVP: 226'500
Luthiger, Judith	GR: Fr. 262'500
Marbacher, Monika	GR: Fr. 262'500
Müller, Ursula	GR: Fr. 262'500
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 262'500
Piazza, Daniel	GR: Fr. 262'500
Portmann, Peter	USK/SVP: 226'500
Schilling, Mauro	USK/SVP: 226'500
Schwizer, Roland	GR: Fr. 262'500
Tanner, Beat	USK/SVP: 226'500
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 262'500
Urfer, Mario	GR: Fr. 262'500
Wespi, Peter	USK/SVP: 226'500
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 262'500
Wili, Alexander	USK/SVP: 226'500

Es kommt somit zu einer zweiten Abstimmung.

2. Abstimmung (Antrag GR Fr. 262'500.00 - Antrag USK/SVP Fr. 226'500.00)

Das Ergebnis lautet erneut 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 262'500
Bienz, Bruno	GR: Fr. 262'500
Bienz, Viktor	GR: Fr. 262'500
Bründler, Anton	USK/SVP: 226'500
Camenisch, Rätö	USK/SVP: 226'500
Dalla Bona, Johanna	USK/SVP: 226'500
Erni, Roger	USK/SVP: 226'500
Fluder, Hans	USK/SVP: 226'500
Frey, Maurus	GR: Fr. 262'500
Graber, Kathrin	GR: Fr. 262'500
Graf, Alfons	USK/SVP: 226'500
Hahn, Alex	USK/SVP: 226'500
Heini, Martin	GR: Fr. 262'500

Kaufmann, Christine	GR: Fr. 262'500
Kiener, Beatrice	USK/SVP: 226'500
Koch, Patrick	USK/SVP: 226'500
Konrad, Simon	USK/SVP: 226'500
Lammer, Thomas	USK/SVP: 226'500
Luthiger, Judith	GR: Fr. 262'500
Marbacher, Monika	GR: Fr. 262'500
Müller, Ursula	GR: Fr. 262'500
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 262'500
Piazza, Daniel	GR: Fr. 262'500
Portmann, Peter	USK/SVP: 226'500
Schilling, Mauro	USK/SVP: 226'500
Schwizer, Roland	GR: Fr. 262'500
Tanner, Beat	USK/SVP: 226'500
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 262'500
Urfer, Mario	GR: Fr. 262'500
Wespi, Peter	USK/SVP: 226'500
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 262'500
Wili, Alexander	USK/SVP: 226'500

Da auch die zweite Abstimmung mit 16:16 Stimmen erfolgt, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser unterstützt den Antrag der USK/SVP.

Somit wird der Antrag der USK/SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Nr. 350.01.318.04 – Stelle für Jugendfragen

Nachdem niemand das Wort verlangt, lässt der Vorsitzende abstimmen:

Abstimmung (Antrag GR Fr. 18'000.00 - Antrag SP Fr. 20'500.00)

Mit 23:8 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates gutgeheissen.

Aakti, Brahim	SP: Fr. 20'500
Bienz, Bruno	SP: Fr. 20'500
Bienz, Viktor	GR: Fr. 18'000
Bründler, Anton	GR: Fr. 18'000
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 18'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 18'000
Erni, Roger	GR: Fr. 18'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 18'000
Frey, Maurus	SP: Fr. 20'500
Graber, Kathrin	GR: Fr. 18'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 18'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 18'000
Heini, Martin	SP: Fr. 20'500
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 18'000
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 18'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 18'000
Konrad, Simon	GR: Fr. 18'000
Lammer, Thomas	n.t.
Luthiger, Judith	SP: Fr. 20'500
Marbacher, Monika	GR: Fr. 18'000
Müller, Ursula	GR: Fr. 18'000
Nyfeler, Nicole	SP: Fr. 20'500
Piazza, Daniel	GR: Fr. 18'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 18'000
Schilling, Mauro	GR: Fr. 18'000
Schwizer, Roland	GR: Fr. 18'000

Tanner, Beat	GR: Fr. 18'000
Tschümperlin, Erich	SP: Fr. 20'500
Urfer, Mario	SP: Fr. 20'500
Wespi, Peter	GR: Fr. 18'000
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 18'000
Wili, Alexander	GR: Fr. 18'000

Nr. 440.00.365.00 - Beitrag an Spitex-Verein

Judith Luthiger stellt namens der SP fest, dass wegen der neuen Pflegefinanzierung die Patientinnen und Patienten neu Fr. 15.95 pro Tag bezahlen müssen. Hinzu kommt, dass in der ersten Budgetversion beim Mahlzeitendienst eine Kürzung von Fr. 3.00 pro Mahlzeit erfolgte und bei der Haushaltshilfe und Betreuung der Tarif um Fr. 1.50 erhöht wurde. Nun soll die Spitex den Tarif nochmals um Fr. 1.50 anpassen. Kriens ist danach mit Fr. 36.00 die teuerste Gemeinde in der Region.

Den Patientinnen und Patienten nochmals höhere Kosten aufzubürden, ist der falsche Weg. Es wird viele Leute geben, welche die Dienstleistungen nicht mehr in Anspruch nehmen. Die Haushaltshilfe hat aber eine ganz wichtige Funktion. Sie ist dafür besorgt, dass die Menschen einen Tages-Rhythmus bekommen. Weiter wird die Hygiene geprüft. Die Reinigung der Wohnung ist nicht die Hauptaufgabe. Primär geht es um eine Verhinderung der Verwahrlosung. Es ist eine Vorstufe zur Pflege. Die Haushaltshilfe sieht frühzeitig, ob ein Patient oder eine Patientin weitere Pflege nötig hat. Das spart Kosten, denn je länger eine Person zuhause gepflegt werden kann, desto weniger kostet es die Gemeinde. Im Weiteren kann man nicht einfach eine Haushaltshilfe anfordern. Im Sinne eines Steuerungselementes braucht es neu ein ärztliches Zeugnis und einen Pflegeplan, sonst kann nicht über die Gemeinde abgerechnet werden. Die SP will die Erhöhung rückgängig machen, weil sie nicht sozialverträglich ist und weil die Menschen so lange wie möglich zuhause bleiben können sollten.

Kathrin Graber geht davon aus, dass allen Anwesenden die Bedeutung der Spitex für die Gemeinde bewusst ist. Deshalb stellt auch die CVP/JCVP-Fraktion den Antrag, auf diese Sparmassnahme zu verzichten. Judith Luthiger hat bereits ausführlich die Gründe dafür genannt. Auch die JCVP/CVP-Fraktion befürchtet, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zu einem finanziellen Boomerang mit Mehrkosten werden.

Räto Camenisch teilt die Auffassung, dass es sich bei der Spitex um eine wertvolle Institution handelt, die nicht mehr wegzudenken ist. Sie wird in Zukunft noch mehr gefragt sein. Einerseits, weil die Bevölkerung immer älter wird, andererseits, weil die Solidarität abnimmt und neue Grundlagen, wie z.B. kürzere Spitalaufenthalte, Einfluss nehmen. Deshalb stellt sich die Frage, wer die Spitex-Leistungen reguliert. In erster Linie erfolgt dies durch die Spitex selbst, indem sie keine Leistungen erbringt, die unnötig sind. Zu einem gewissen Teil nehmen auch die Krankenkassen Einfluss. Als eher schlechte Regulatoren muss man die Ärzte bezeichnen, denn für sie spielt es keine Rolle, ob und in welchem Umfang jemand Spitex-Leistungen bezieht. Als gutes Regulativ funktioniert die Briefftasche, aber hier muss ein Auge auf die Sozialverträglichkeit geworfen werden. Die Gemeinde kann Einfluss nehmen, indem sie sich zwar an den Kosten beteiligt, aber die Leistungen eingrenzt. Dabei geht es nicht um die Pflege des Einzelnen, sondern um die Indikation, wer bekommt wann wie viel Pflege. Es gibt einfach zu viele Fälle, bei denen nicht hinterfragt wird, ob die Leistungen nötig sind oder nicht. Im Weiteren geht es um eine Opfersymmetrie. Der Gemeinderat hat versucht, Sparmassnahmen zu finden und hier eine Lösung gefunden. Diese soll man nun akzeptieren.

Bruno Bienz betont, wie wertvoll das Angebot der Spitex im Bereich der Haushaltshilfe ist. Es stellt ein wichtiges Puzzlestück für das breit abgestützte Ziel der Allgemeinheit dar, nämlich die Selbstständigkeit der Klienten zu erhalten und zu fördern. Das Spitex-Personal ist geschult und mit den restlichen Teammitgliedern von der Pflege gut vernetzt. Durch die sehr wichtige Kommunikation unter den verschiedenen Arbeitsbereichen können Probleme früh erkannt und professionell angegangen werden. Durch die Erhöhung des Klientenbeitrages wird dieses Ziel immer mehr in Frage gestellt. Rätö Camenisch sagt es schon richtig, auch diese Leistungen laufen übers Portemonnaie. Aber gerade die Menschen, für die dieses Angebot fast ein Muss ist, werden oder müssen aus Kostengründen darauf verzichten. Das führt langfristig zu einer Zweiklassengesellschaft. Zudem ist das erklärte Ziel des Bundes und auch von Kriens "ambulant vor stationär". Das spart Kosten und belässt viele betagte Menschen in ihrer gewohnten Umgebung. Mit solchen Sparmassnahmen werden diese Bemühungen sabotiert und solche Einsparungen sind kontraproduktiv.

Verena Wicki Roth gibt Rätö Camenisch dahingehend recht, dass die Ärzte relativ grosszügig mit den Spitex-Leistungen umgehen. Jedoch haben die Krankenkassen die Leistungen klar im Blickfeld und wirken als hervorragende Regulatoren. Eine Haushaltshilfe der Spitex ist relativ teuer im Vergleich zu einer privaten Putzfrau. Personen, die auch ohne Spitexleistungen auskommen könnten, werden deshalb von der Spitex auf anderen Möglichkeiten aufmerksam gemacht. Der Sprecherin ist es sehr wichtig, dass die Altersverwahrlosung nicht aus dem Blickfeld verschwindet.

Judith Luthiger erinnert daran, dass Rätö Camenisch vorher gesagt hat, die Sozialverträglichkeit müsse gegeben sein. Ihrer Ansicht nach ist dies nun nicht mehr der Fall. Ausserdem unterstellt Rätö Camenisch mit seinem Votum vielen Leuten einen Missbrauch. Die Sprecherin will nicht bestreiten, dass Missbrauchsfälle vorkommen, aber diese sind sicher nicht die Mehrheit.

Roland Schwizer findet es erfreulich, dass sich Rätö Camenisch mit der Regulation der Spitex-Leistungen so gut auskennt. Es würde ihn aber noch mehr freuen, wenn die SVP der Spitex einen Besuch abstatten und sich selbst davon überzeugen würde, dass es sehr viele ältere, arme Menschen gibt, die auf die Pflege der Spitex angewiesen sind.

Johanna Dalla Bona kommt nochmals auf die Verhältnismässigkeit zu sprechen und erachtet die Erhöhung um einen Franken in der Stunde für die Betroffenen als zumutbar und zahlbar. Bei Haushaltshilfen, die einen Kurzeinsatz zwecks richtigem Start der Betroffenen in den Tag leisten, bedeutet das lediglich 30 bis 50 Rappen.

Es ist richtig, dass die Haushaltshilfen mehrheitlich von älteren Menschen in Anspruch genommen werden. Letzte Woche erhielt die Sprecherin Einblick in den Bericht "Arbeit muss sich lohnen". Darin enthalten war eine Statistik zur Armut im Kanton Luzern. Sie zeigt auf, dass ältere Personen von der Armut kaum betroffen sind. Nicht nur, weil viele von ihnen sich mit den Jahren etwas auf die Seite legen konnten, sondern auch wegen der besseren Sozialleistungen. So kommt beispielsweise der Anspruch der Ergänzungsleistung heute bedeutend früher zum Tragen, da die Vermögensfreibeträge um 50% erhöht wurden.

Mit der geplanten Erhöhung der Tarife gleicht sich Kriens denjenigen von Luzern und Emmen an, die Fr. 35.00 pro Stunde verrechnen. Die Sprecherin sieht nicht ein, wieso Kriens tiefere

Tarife haben soll als Emmen, schliesslich sind bei den Pflege- und Beratungsleistungen die Tarife ebenfalls gleich. In diesem Sinne lehnt die FDP den Antrag ab.

Lothar Sidler erklärt, dass der Gemeinderat an seinem Antrag festhält.

1. Abstimmung (Antrag GR Fr. 2'110'000.00 - Antrag CVP/Grüne/SP Fr. 2'150'000.00)

Das Ergebnis lautet 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	div: Fr. 2'150'000
Bienz, Bruno	div: Fr. 2'150'000
Bienz, Viktor	div: Fr. 2'150'000
Bründler, Anton	GR: Fr. 2'110'000
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 2'110'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 2'110'000
Erni, Roger	GR: Fr. 2'110'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 2'110'000
Frey, Maurus	div: Fr. 2'150'000
Graber, Kathrin	div: Fr. 2'150'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 2'110'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 2'110'000
Heini, Martin	div: Fr. 2'150'000
Kaufmann, Christine	div: Fr. 2'150'000
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 2'110'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 2'110'000
Konrad, Simon	GR: Fr. 2'110'000
Lammer, Thomas	GR: Fr. 2'110'000
Luthiger, Judith	div: Fr. 2'150'000
Marbacher, Monika	div: Fr. 2'150'000
Müller, Ursula	div: Fr. 2'150'000
Nyfeler, Nicole	div: Fr. 2'150'000
Piazza, Daniel	div: Fr. 2'150'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 2'110'000
Schilling, Mauro	GR: Fr. 2'110'000
Schwizer, Roland	div: Fr. 2'150'000
Tanner, Beat	GR: Fr. 2'110'000
Tschümperlin, Erich	div: Fr. 2'150'000
Urfer, Mario	div: Fr. 2'150'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 2'110'000
Wicki Roth, Verena	div: Fr. 2'150'000
Wili, Alexander	GR: Fr. 2'110'000

Es ist somit eine zweite Abstimmung durchzuführen.

2. Abstimmung (Antrag GR Fr. 2'110'000.00 - Antrag CVP/Grüne/SP Fr. 2'150'000.00)

Das Ergebnis lautet erneut 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	div: Fr. 2'150'000
Bienz, Bruno	div: Fr. 2'150'000
Bienz, Viktor	div: Fr. 2'150'000
Bründler, Anton	GR: Fr. 2'110'000
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 2'110'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 2'110'000
Erni, Roger	GR: Fr. 2'110'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 2'110'000
Frey, Maurus	div: Fr. 2'150'000
Graber, Kathrin	div: Fr. 2'150'000

Graf, Alfons	GR: Fr. 2'110'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 2'110'000
Heini, Martin	div: Fr. 2'150'000
Kaufmann, Christine	div: Fr. 2'150'000
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 2'110'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 2'110'000
Konrad, Simon	GR: Fr. 2'110'000
Lammer, Thomas	GR: Fr. 2'110'000
Luthiger, Judith	div: Fr. 2'150'000
Marbacher, Monika	div: Fr. 2'150'000
Müller, Ursula	div: Fr. 2'150'000
Nyfeler, Nicole	div: Fr. 2'150'000
Piazza, Daniel	div: Fr. 2'150'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 2'110'000
Schilling, Mauro	GR: Fr. 2'110'000
Schwizer, Roland	div: Fr. 2'150'000
Tanner, Beat	GR: Fr. 2'110'000
Tschümperlin, Erich	div: Fr. 2'150'000
Urfer, Mario	div: Fr. 2'150'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 2'110'000
Wicki Roth, Verena	div: Fr. 2'150'000
Wili, Alexander	GR: Fr. 2'110'000

Da auch die zweite Abstimmung mit 16:16 Stimmen eine Pattsituation ergibt, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Somit wird der Antrag des Gemeinderates mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Nr. 581.01. bis 581.06. - Gesetzliche Sozialhilfe, Ortsbürger, Kantonsbürger, Bürger and Kantone, Ausländer, Flüchtlinge - Mutterschaftsbeihilfe

Peter Portmann zieht namens der SVP den schriftlich vorliegenden Antrag um Einsparung von Fr. 150'000.00 zurückgezogen.

Nr. 590.00.367.00 - Beiträge Ausland Hilfsaktionen

Erich Tschümperlin erachtet es bei einem Gesamtaufwand von 160 Millionen Franken als beschämend, wenn man für die Ärmsten der Armen, beispielsweise bei einem Unwetter oder anderen Katastrophen, keine Hilfe mehr leistet. Die Streichung des Beitrages von Fr. 15'000.00 rettet die Krienser Finanzen nicht, aber mit der Beibehaltung der Geldern kann man Mitgefühl zeigen. Aus moralischer Sicht ist ein Verzicht auf solche Beiträge armselig.

Abstimmung (Antrag GR Fr. 15'000.00 - Antrag FDP Fr. 0.00)

Mit 17:15 Stimmen wird der Antrag der FDP angenommen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 15'000
Bienz, Bruno	GR: Fr. 15'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 15'000
Bründler, Anton	FDP: Fr. 0
Camenisch, Rätö	FDP: Fr. 0
Dalla Bona, Johanna	FDP: Fr. 0
Erni, Roger	FDP: Fr. 0
Fluder, Hans	FDP: Fr. 0
Frey, Maurus	GR: Fr. 15'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 15'000

Graf, Alfons	FDP: Fr. 0
Hahn, Alex	FDP: Fr. 0
Heini, Martin	GR: Fr. 15'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 15'000
Kiener, Beatrice	FDP: Fr. 0
Koch, Patrick	FDP: Fr. 0
Konrad, Simon	FDP: Fr. 0
Lammer, Thomas	FDP: Fr. 0
Luthiger, Judith	GR: Fr. 15'000
Marbacher, Monika	FDP: Fr. 0
Müller, Ursula	GR: Fr. 15'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 15'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 15'000
Portmann, Peter	FDP: Fr. 0
Schilling, Mauro	FDP: Fr. 0
Schwizer, Roland	GR: Fr. 15'000
Tanner, Beat	FDP: Fr. 0
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 15'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 15'000
Wespi, Peter	FDP: Fr. 0
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 15'000
Wili, Alexander	FDP: Fr. 0

Nr. 620.00.313.00 - Verbrauchsmaterial öffentliche Strassen

Kathrin Graber hält einleitend fest, dass die JCVP/CVP-Fraktion grundsätzlich keinen Handlungsbedarf mehr hat, da ihr Antrag zur Spitex abgelehnt wurde. Entstanden ist der vorliegende Antrag, da die Fraktion den Eindruck hatte, dass im Bereich des Verkehrs der Sparhebel bisher nicht gross angesetzt wurde.

Die JCVP/CVP-Fraktion ist gespannt auf die Begründung des Gemeinderates, warum bei diesem Konto keine Reduktion vorgenommen werden soll und behält sich aufgrund der entsprechenden Antwort vor, ihren Antrag zurückzuziehen.

Matthias Senn erklärt, dass viel Verbrauchsmaterial anfällt, dass man nicht reduzieren kann. Eine Möglichkeit zur Reduktion bestünde bei den Bepflanzungen bei Kreiseln. Ob Kriens mit solchen Einsparungen schöner wird, muss der Einwohnerrat entscheiden.

Maurus Frey möchte wissen, woher die Blumen für Bepflanzungen bezogen werden.

Matthias Senn kann die Frage nicht mit Sicherheit beantworten, vermutet aber dass diese von der Blumenbörse kommen.

Maurus Frey ging es um die Frage, ob ein Krienser Betrieb betroffen ist oder nicht.

Matthias Senn bezweifelt, dass aufgrund der grossen Mengen eine Krienser Gärtnerei in Frage kommt. Gemäss kurzer Rücksprache mit Franz Bucher kann er bestätigen, dass die Pflanzen tatsächlich bei der Blumenbörse eingekauft werden.

Abstimmung (Antrag GR Fr. 40'000.00 - Antrag CVP Fr. 35'000.00)

Mit 25:6 Stimmen wird der Antrag der CVP gutgeheissen.

Aakti, Brahim	CVP: Fr. 35'000
Bienz, Bruno	CVP: Fr. 35'000
Bienz, Viktor	CVP: Fr. 35'000
Bründler, Anton	CVP: Fr. 35'000
Camenisch, Räto	CVP: Fr. 35'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 40'000
Erni, Roger	CVP: Fr. 35'000
Fluder, Hans	CVP: Fr. 35'000
Frey, Maurus	CVP: Fr. 35'000
Graber, Kathrin	CVP: Fr. 35'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 40'000
Hahn, Alex	CVP: Fr. 35'000
Heini, Martin	CVP: Fr. 35'000
Kaufmann, Christine	CVP: Fr. 35'000
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 40'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 40'000
Konrad, Simon	CVP: Fr. 35'000
Lammer, Thomas	CVP: Fr. 35'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 40'000
Marbacher, Monika	CVP: Fr. 35'000
Müller, Ursula	CVP: Fr. 35'000
Nyfeler, Nicole	CVP: Fr. 35'000
Piazza, Daniel	CVP: Fr. 35'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 40'000
Schilling, Mauro	CVP: Fr. 35'000
Schwizer, Roland	CVP: Fr. 35'000
Tanner, Beat	CVP: Fr. 35'000
Tschümperlin, Erich	CVP: Fr. 35'000
Urfer, Mario	CVP: Fr. 35'000
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	CVP: Fr. 35'000
Wili, Alexander	CVP: Fr. 35'000

Nr. 620.00.318.08 - Neubaukosten Strassen

Kathrin Graber hat von Matthias Senn erfahren, dass bei einer Kürzung dieses Kontos nicht neue Projekte und Strassen betroffen sind, sondern eher Kleinanpassungen. Deshalb hat die CVP den Eindruck, dass der Spielraum für eine Einsparung von Fr. 5'000 durchaus besteht.

Matthias Senn ergänzt, dass unter dieses Konto Massnahmen fallen, welche die Verkehrssicherheit betreffen, zum Beispiel die Absenkung eines Fussgängerstreifens für Rollstuhlfahrer.

Abstimmung (Antrag GR Fr. 70'000.00 - Antrag CVP Fr. 65'000.00)

Mit 22:10 Stimmen wird der Antrag der CVP gutgeheissen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 70'000
Bienz, Bruno	CVP: Fr. 65'000
Bienz, Viktor	CVP: Fr. 65'000
Bründler, Anton	CVP: Fr. 65'000
Camenisch, Räto	CVP: Fr. 65'000
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 70'000
Erni, Roger	CVP: Fr. 65'000
Fluder, Hans	CVP: Fr. 65'000
Frey, Maurus	CVP: Fr. 65'000

Graber, Kathrin	CVP: Fr. 65'000
Graf, Alfons	GR: Fr. 70'000
Hahn, Alex	GR: Fr. 70'000
Heini, Martin	CVP: Fr. 65'000
Kaufmann, Christine	CVP: Fr. 65'000
Kiener, Beatrice	CVP: Fr. 65'000
Koch, Patrick	GR: Fr. 70'000
Konrad, Simon	CVP: Fr. 65'000
Lammer, Thomas	CVP: Fr. 65'000
Luthiger, Judith	GR: Fr. 70'000
Marbacher, Monika	CVP: Fr. 65'000
Müller, Ursula	CVP: Fr. 65'000
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 70'000
Piazza, Daniel	CVP: Fr. 65'000
Portmann, Peter	GR: Fr. 70'000
Schilling, Mauro	CVP: Fr. 65'000
Schwizer, Roland	CVP: Fr. 65'000
Tanner, Beat	CVP: Fr. 65'000
Tschümperlin, Erich	CVP: Fr. 65'000
Urfer, Mario	GR: Fr. 70'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 70'000
Wicki Roth, Verena	CVP: Fr. 65'000
Wili, Alexander	CVP: Fr. 65'000

Nr. 705.00 - Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)

Nr. 715.00 - Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)

Viktor Bienz beantragt namens der Baukommission, dass bei den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zusätzlich Lohnbestandteile für Backoffice und Führung zu verbuchen sind. Der Aufwand des Gemeinderates, des Personalchefs und der Führung soll in Zukunft den Spezialfinanzierungen belastet werden. Die Baukommission schlägt vor, dies in sämtlichen Spezialfinanzierungen vorzunehmen. In der Baukommission ist man der Meinung, dass ursachengerecht abgerechnet werden muss und die laufende Rechnung so entlastet werden kann. Es wird vorgeschlagen, den Betrag zu schätzen, um den Aufwand der Ermittlung in Grenzen zu halten. In der Vergangenheit waren die Einlagen in die Spezialfinanzierung um den Betrag des genannten Aufwandes höher.

Matthias Senn führt aus, dass sowohl bei der Wasserversorgung als auch der Abwasserbeseitigung mehr Löhne belastet, als Pensien geleistet werden. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Backoffice und die Führung bereits eingerechnet sind. Da sich die Lohnbestandteile für Backoffice und Führung aufgrund der Kostenrechnung nun exakt ermitteln lassen, hat Franz Bucher vorgeschlagen, dass diese jeweils im Rahmen der Jahresrechnung den Spezialfinanzierungen verrechnet werden können.

Erich Tschümperlin erachtet dieses Vorgehen als sinnvoll und möchte wissen, wie sich der Einwohnerrat nun verhalten soll, da die Baukommission bekanntlich ihre Anträge nicht zurückziehen kann.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass wenn der Antrag der Baukommission angenommen wird, der Vorschlag des Gemeinderates umgesetzt wird. Er fragt die Mitglieder der Baukommission an, ob sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Da kein Widerspruch von Seiten der Baukommissionsmitglieder erfolgt, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Abstimmung (Verrechnung zusätzliche Lohnbestandteile für Backoffice und Führung)

Mit 26:3 Stimmen wird der Antrag der Baukommission angenommen.

Aufgrund technischer Probleme mit dem elektronischen Abstimmungssystem kann das detaillierte Abstimmungsergebnis (Namensliste) nicht mehr eruiert werden.

Nr. 780.00.301.00 - Übriger Umweltschutz, Besoldung des Personals

Nr. 780.00.395.00 - Übriger Umweltschutz, Int. Verr. Anteil Soziallasten

Martin Heini hat bereits in seinem Eintretensvotum erklärt, warum es zu diesem Antrag der USK kam und verzichtet auf weitere Ausführungen.

Verena Wicki Roth bezieht sich auf ihr Votum zur Motion Portmann bezüglich der Sparmassnahmen im Umweltbereich. Die beantragten Kürzungen sind nicht vertretbar. Der Umweltbereich musste bereits viele Sparbeiträge leisten und Stellenanpassungen wurden offensichtlich vollzogen. Kriens ist nicht höher dotiert, als andere Gemeinden, dies zeigt der Vergleich unter Berücksichtigung der bereinigten Einwohner- und Flächenzahlen.

Der Umwelt- bzw. Naturschutz deckt eine breite Palette von Aufgaben ab und hat die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, z.B. in den Bereichen Abfallbewirtschaftung, Bauen, Energie, Denkmalpflege, Land- und Forstwirtschaft und Jagd. Es ist wichtig, hier keinen Schnellschuss auszulösen, sondern sich die Frage zu stellen, welche Aufgaben gestrichen werden können. Auch ist zu bedenken, dass eine Umverteilung in andere Departemente keine Einsparungen bringt, sondern lediglich eine Kostenverlagerung. Man muss die Aufgaben seriös prüfen und klarstellen, auf was man verzichten kann bzw. verzichten will. Deshalb lehnt die CVP die Kürzung entschieden ab.

Martin Heini teilt diese Meinung. Bei beiden Anträgen weiss man nicht, mit welchen Folgekosten zu rechnen ist. Es entspricht sicher nicht dem Auftrag der Stimmbürger, Leistungen abzubauen. Dies wurde zudem in der Vergangenheit bereits so stark gemacht, dass heute nur noch die Pflichtübungen durch die Umweltschutzbehörde erledigt werden können. Ein Beispiel dafür ist der Verzicht auf die Abgabe von Wildsträuchern. Die äusserst interessanten Stellenprozente, bei denen Praktikanten sinnvoll eingesetzt werden konnten, sind bereits weggefallen.

Erich Tschümperlin erachtet die Kürzungsanträge als unqualifiziert. Heute wurde zwar betont, dass man über Leistungen reden will, hier geht es aber nicht um Leistungen, sondern eindeutig um Personen. Ehrlich wäre es, dazu zu stehen, wenn mittels Besoldungskürzungen bestimmte Stellen "abgeschossen" werden sollen. Der gesetzliche Leistungs-Grundstock ist schliesslich vorgegeben und man kann vom Gemeinderat nicht erwarten, dass er überall unter den gesetzlichen Auftrag gehen kann, so wie das bereits im Bereich der Bildung beschlossen wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass zur Besoldung beim übrigen Umweltschutz drei Anträge vorliegen. Derjenige des Gemeinderates (Fr. 293'700.00), der USK (auf Fr. 263'700.00 kürzen) und der

SVP (auf Fr. 243'700.00 kürzen). Diese drei Anträge werden einander in einer Abstimmung gegenübergestellt.

Toni Bründler hält fest, dass die SVP den Öko-Kommunismus einschränken will. Jahrzehntlang wurden die Krienser Bauern und Grundstückeigentümer unverhältnismässig kontrolliert und eingeschränkt, obwohl sie vor Einführung der Umweltschutzstelle sicher auch schon ihre Büsche und Sträucher richtig zurückgeschnitten haben, um nur ein Beispiel zu nennen. Aus diesem Grund wird die SVP an ihrem Antrag festhalten.

Martin Heini fasst die gemachten Aussagen der SVP so auf, dass es nicht mehr um die Finanzen geht, sondern um die Ausübung des Auftrags durch eine gewisse Stelle. Dies wird nun an der Budgetdebatte unqualifiziert abgehandelt, indem die Besoldung gekürzt werden soll. Im Rahmen der Budgetdebatte Personal- bzw. Stellenpolitik zu betreiben, ist nicht seriös. Sofern etwas nicht rund läuft, sollen natürlich Abklärungen vorgenommen werden und allfällige Korrekturen erfolgen, aber Cyrill Wiget hat heute bereits ausgeführt, dass mit einer Kürzung der Besoldungen Leistungen abgebaut werden müssen.

Maurus Frey findet die stattfindenden ideologischen Kämpfe schade. Es ist ein grundsätzliches Problem, dass die SVP gegenüber der Umweltschutzbehörde so kritisch eingestellt ist. Sie erachtet den Umweltschutz, in welcher Art auch immer, als unnötig. Die von Toni Bründler vorgebrachten Argumente sind für den Sprecher sehr unqualifiziert. Vor allem kann er es aber nicht verstehen, wenn die FDP-Fraktion so einen Antrag unterstützen sollte und ist auf deren Verhalten gespannt.

Für Erich Tschümperlin ist ein persönliche Rachefeldzug gegen eine bestimmte Person völlig fehl am Platz an einer Budgetdebatte.

Toni Bründler wird müssig zu betonen, dass dieser Antrag kein Racheakt ist. Er kann aber nicht verstehen, dass bei einer einfachen Baubewilligung, wie beispielsweise für die Erstellung eines Gartensitzplatzes, neben den beiden Stellen des Baudepartements (Hoch- und Tiefbau) auch noch das Umwelt- und Sicherheitsdepartement und allenfalls noch das rawi involviert sein müssen. Es braucht nicht vier Instanzen, die allesamt das gleiche Gesuch in die Hand nehmen. Dies ist uneffizient, verlangsamt das Bewilligungsverfahren und generiert nur unnötig hohe Gebühren. Wie der Gemeinderat diesem Problem schlussendlich begegnet, liegt in dessen Ermessen.

Cyrill Wiget bestätigt, dass zunehmend Reklamationen anfallen, weil Bauwillige zu lange auf die entsprechenden Bewilligungen warten müssen. Die Wartezeiten werden jedoch noch länger, wenn das USD weniger Personal zur Verfügung hat. Die kantonalen Vorgaben und die Tatsache, dass Gesuche auch ans rawi weitergeleitet werden müssen, liegen nicht im Einflussbereich des Gemeinderates. Der Sprecher erinnert an die Konzessionsverträge der ewl, welche seine Mitarbeitenden gut über die Bühne gebracht haben, anders als dies z.B. in der Gemeinde Emmen der Fall war. Im Weiteren dürfen auch die Fr. 100'000.00 für das Vernetzungsprojekt nicht ausser acht gelassen werden. Das USD kümmert sich um Spielplätze und Grünflächen bei Überbauungen. Es geht somit auch um das Entgegenwirken der Verslumung von Aussenräu-

men. Wenn die Kosten für die Besoldung wegfallen, werden sich an anderen Orten Mehrkosten ergeben.

Weder beim vorliegenden Antrag der SVP, noch bei denjenigen im Bereich der Jugendarbeit, handelt es sich um Kostenbremsanträge, auch wenn dies von der SVP so betont wurde. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat inständig, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen, damit das USD seine Arbeit weiterhin vernünftig erledigen kann.

Peter Wespi kann die Haltung der linken Seite nicht nachvollziehen. Mit ihren Sparanträgen beim Verkehr bzw. den Strassen hat sie sich selbst ein Ei gelegt, da es dort um die Kürzung von Sicherheitsmassnahmen geht. Im Umweltbereich ist sie hingegen bereit, Gelder einfach so auszugeben und auszugeben.

Martin Heini bittet darum, die Relationen nicht aus dem Auge zu verlieren. Bei den Anträgen im Bereich Strassen ging es um je Fr. 5'000.00. Bei diesem Antrag spricht man hingegen von einigen zehntausend Franken, die gekürzt werden sollen und dies in einem Bereich, der ohnehin schon viele Einsparungen einstecken musste.

Abstimmung (Anträge GR Fr. 293'700.00 - SVP Fr. 243'700.00 - USK Fr. 263'700.00)

Der Antrag des Gemeinderates erhält 16 Stimmen, der Antrag der SVP 14 Stimmen und derjenige der USK 2 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 293'700
Bienz, Bruno	GR: Fr. 293'700
Bienz, Viktor	GR: Fr. 293'700
Bründler, Anton	SVP: Fr. 243'700
Camenisch, Räto	SVP: Fr. 243'700
Dalla Bona, Johanna	USK: Fr. 263'200
Erni, Roger	SVP: Fr. 243'700
Fluder, Hans	SVP: Fr. 243'700
Frey, Maurus	GR: Fr. 293'700
Graber, Kathrin	GR: Fr. 293'700
Graf, Alfons	SVP: Fr. 243'700
Hahn, Alex	SVP: Fr. 243'700
Heini, Martin	GR: Fr. 293'700
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 293'700
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 243'700
Koch, Patrick	SVP: Fr. 243'700
Konrad, Simon	SVP: Fr. 243'700
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 243'700
Luthiger, Judith	GR: Fr. 293'700
Marbacher, Monika	GR: Fr. 293'700
Müller, Ursula	GR: Fr. 293'700
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 293'700
Piazza, Daniel	GR: Fr. 293'700
Portmann, Peter	SVP: Fr. 243'700
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 243'700
Schwizer, Roland	GR: Fr. 293'700
Tanner, Beat	SVP: Fr. 243'700
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 293'700
Urfer, Mario	GR: Fr. 293'700
Wespi, Peter	SVP: Fr. 243'700
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 293'700
Willi, Alexander	USK: Fr. 263'200

Der Vorsitzende hält fest, dass kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat. Somit werden die beiden obsiegenden Anträge des Gemeinderates und der SVP einander gegenübergestellt:

1. Abstimmung (Antrag GR Fr. 293'700.00 - Antrag SVP Fr. 243'700.00)

Das Ergebnis lautet 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 293'700
Bienz, Bruno	GR: Fr. 293'700
Bienz, Viktor	GR: Fr. 293'700
Bründler, Anton	SVP: Fr. 243'700
Camenisch, Räto	SVP: Fr. 243'700
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 243'700
Erni, Roger	SVP: Fr. 243'700
Fluder, Hans	SVP: Fr. 243'700
Frey, Maurus	GR: Fr. 293'700
Graber, Kathrin	GR: Fr. 293'700
Graf, Alfons	SVP: Fr. 243'700
Hahn, Alex	SVP: Fr. 243'700
Heini, Martin	GR: Fr. 293'700
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 293'700
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 243'700
Koch, Patrick	SVP: Fr. 243'700
Konrad, Simon	SVP: Fr. 243'700
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 243'700
Luthiger, Judith	GR: Fr. 293'700
Marbacher, Monika	GR: Fr. 293'700
Müller, Ursula	GR: Fr. 293'700
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 293'700
Piazza, Daniel	GR: Fr. 293'700
Portmann, Peter	SVP: Fr. 243'700
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 243'700
Schwizer, Roland	GR: Fr. 293'700
Tanner, Beat	SVP: Fr. 243'700
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 293'700
Urfer, Mario	GR: Fr. 293'700
Wespi, Peter	SVP: Fr. 243'700
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 293'700
Wili, Alexander	SVP: Fr. 243'700

Somit hat eine zweite Abstimmung zu erfolgen.

2. Abstimmung (Antrag GR Fr. 293'700.00 - Antrag SVP Fr. 243'700.00)

Das Ergebnis lautet erneut 16:16 Stimmen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 293'700
Bienz, Bruno	GR: Fr. 293'700
Bienz, Viktor	GR: Fr. 293'700
Bründler, Anton	SVP: Fr. 243'700
Camenisch, Räto	SVP: Fr. 243'700
Dalla Bona, Johanna	SVP: Fr. 243'700
Erni, Roger	SVP: Fr. 243'700
Fluder, Hans	SVP: Fr. 243'700
Frey, Maurus	GR: Fr. 293'700
Graber, Kathrin	GR: Fr. 293'700
Graf, Alfons	SVP: Fr. 243'700
Hahn, Alex	SVP: Fr. 243'700

Heini, Martin	GR: Fr. 293'700
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 293'700
Kiener, Beatrice	SVP: Fr. 243'700
Koch, Patrick	SVP: Fr. 243'700
Konrad, Simon	SVP: Fr. 243'700
Lammer, Thomas	SVP: Fr. 243'700
Luthiger, Judith	GR: Fr. 293'700
Marbacher, Monika	GR: Fr. 293'700
Müller, Ursula	GR: Fr. 293'700
Nyfeler, Nicole	GR: Fr. 293'700
Piazza, Daniel	GR: Fr. 293'700
Portmann, Peter	SVP: Fr. 243'700
Schilling, Mauro	SVP: Fr. 243'700
Schwizer, Roland	GR: Fr. 293'700
Tanner, Beat	SVP: Fr. 243'700
Tschümperlin, Erich	GR: Fr. 293'700
Urfer, Mario	GR: Fr. 293'700
Wespi, Peter	SVP: Fr. 243'700
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 293'700
Wili, Alexander	SVP: Fr. 243'700

Nachdem auch die zweite Abstimmung mit 16:16 Stimmen erfolgt, kommt es zum Stichentscheid des Präsidenten. Dieser unterstützt den Antrag der SVP.

Somit wird der Antrag der SVP mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Nr. 780.00.318.05 - Öffentlichkeitsarbeit übriger Umweltschutz

Nachdem niemand das Wort verlangt, lässt der Vorsitzende abstimmen:

Abstimmung (Antrag GR Fr. 6'500.00 - Antrag SP Fr. 8'000.00)

Mit 24:8 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderat unterstützt.

Aakti, Brahim	SP: Fr. 8'000
Bienz, Bruno	SP: Fr. 8'000
Bienz, Viktor	GR: Fr. 6'500
Bründler, Anton	GR: Fr. 6'500
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 6'500
Dalla Bona, Johanna	GR: Fr. 6'500
Erni, Roger	GR: Fr. 6'500
Fluder, Hans	GR: Fr. 6'500
Frey, Maurus	SP: Fr. 8'000
Graber, Kathrin	GR: Fr. 6'500
Graf, Alfons	GR: Fr. 6'500
Hahn, Alex	GR: Fr. 6'500
Heini, Martin	SP: Fr. 8'000
Kaufmann, Christine	GR: Fr. 6'500
Kiener, Beatrice	GR: Fr. 6'500
Koch, Patrick	GR: Fr. 6'500
Konrad, Simon	GR: Fr. 6'500
Lammer, Thomas	GR: Fr. 6'500
Luthiger, Judith	SP: Fr. 8'000
Marbacher, Monika	GR: Fr. 6'500
Müller, Ursula	GR: Fr. 6'500
Nyfeler, Nicole	SP: Fr. 8'000
Piazza, Daniel	GR: Fr. 6'500
Portmann, Peter	GR: Fr. 6'500

Schilling, Mauro	GR: Fr. 6'500
Schwizer, Roland	GR: Fr. 6'500
Tanner, Beat	GR: Fr. 6'500
Tschümperlin, Erich	SP: Fr. 8'000
Urfer, Mario	SP: Fr. 8'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 6'500
Wicki Roth, Verena	GR: Fr. 6'500
Wili, Alexander	GR: Fr. 6'500

Artengliederung Nr. 313 – Verbrauchsmaterial

Kathrin Graber stellt namens der CVP den Antrag, diese Position von Fr. 2'870'100.00 auf Fr. 2'860'100.00 zu kürzen. Dies erscheint realistisch, da die gesamte Gemeinde von der Einsparung betroffen ist. Somit wird auch niemand unverhältnismässig getroffen, trotzdem ist es ein kleiner Sparbeitrag.

Paul Winiker erachtet es rein formal gesehen als schwierig, wenn ein Kürzungsantrag auf einem Sammelkonto gestellt wird. Er bezweifelt, dass dies beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende teilt diese Auffassung. Die CVP muss ein Konto definieren, wenn sie an ihrem Antrag festhalten will.

Franz Bucher ergänzt, dass unbedingt von Seiten der Antragssteller definiert werden muss, auf welchem Konto die Einsparung genau erfolgen soll, denn niemand wird diese freiwillig übernehmen wollen.

Kathrin Graber erklärt, dass man dem Gemeinderat den Spielraum geben wollte, selbst zu entscheiden. Da dieser damit jedoch nicht umgehen kann, wird der Antrag zurückgezogen.

Investitionsrechnung Nr. 620.00 – Öffentliche Strassen

Erich Tschümperlin ging bisher davon aus, dass bei den Investitionen nur eine Etappierung vorgenommen wird und keine Streichungen erfolgen. Deshalb möchte er wissen, ob dies nach wie vor korrekt ist oder ob nun doch 1,1 Mio. Franken gestrichen wurden.

Matthias Senn erklärt, dass die Sanierung der Hergiswaldstrasse vom Restaurant Obernau bis Hergiswald um ein Jahr verschoben wird. Ausserdem wurden bei den Radverkehrsanlagen die für dieses Jahr vorgesehenen Fr. 400'000.00 auf Fr. 100'000.00 gekürzt.

Erich Tschümperlin beantragt, dass der Betrag für die Radverkehrsanlagen wieder erhöht wird und zwar auf Fr. 300'000.00. Somit würde das Konto Nr. 620.00.501.20 neu Fr. 900'000.00 statt Fr. 700'000.00 Investitionen ausweisen.

Abstimmung (Antrag GR Fr. 700'000.00 – Antrag Erich Tschümperlin Fr. 900'000.00)

Mit 24:8 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderat unterstützt.

Aufgrund technischer Probleme mit dem elektronischen Abstimmungssystem kann das detaillierte Abstimmungsergebnis (Namensliste) nicht mehr eruiert werden.

Investitionsrechnung Nr. 705.00.501.24 - Werterhaltung Hauptleitungen Wasserversorgung
Viktor Bienz beantragt namens der Baukommission, die Investitionen der Wasserversorgung von 1.7 Mio. auf 2.5 Mio. Franken zu erhöhen, analog der ersten Version des Budgets 2011. Subventionen werden für Investitionen nur noch bis im Jahr 2012 ausbezahlt. Dies entspricht einem Betrag gegen Fr. 100'000.00. Zudem wird hier am falschen Ort gespart. Es handelt sich um 80-jährige Leitungen, deren Ersatz gestrichen wurde. Weitere Leitungsbrüche sind nicht gratis, rechnet man doch durchschnittlich mit Fr. 10'000.00 pro Bruch. Auch ist zu erwähnen, dass die Mittelbeschaffung zur Zeit noch günstig ist, später wird es definitiv teurer. Die Baukommission hat dem Antrag mit 4:1 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Für Beat Tanner namens der FDP gibt es noch einen weiteren Grund für eine Annahme des Antrags. Die Wasserversorgung ist eine Spezialfinanzierung. Das Vermögen von 17,9 Mio. Franken hat die Gemeinde zu verzinsen. Die Rechnung wird deshalb nicht schlechter abschliessen.

Erich Tschümperlin möchte wissen - nachdem es sich um eine massive Erhöhung handelt - ob die Wasserversorgung überhaupt in der Lage ist, diese Leistung in der noch zur Verfügung stehenden Zeit zu erbringen.

Matthias Senn erläutert, dass es nicht die Wasserversorgung war, welche die Projekte budgetiert hat. Die Eigenmittel der Wasserversorgung befinden sich nicht auf einem Sperrkonto, sondern mit den Geldern wird gearbeitet und diese werden verzinst. Wenn eine Erhöhung der Investitionen um Fr. 800'000.00 durch den Einwohnerrat vorgenommen wird, erhöht sich der Finanzierungsfehlbetrag um die entsprechende Summe. Der Gemeinderat wollte die Fremdverschuldung nicht hochtreiben und hat deshalb aus finanztechnischen Gründen die Investitionen um Fr. 800'000.00 gekürzt.

Abstimmung (Antrag GR 1.7 Mio. Franken – Antrag BK/FDP 2.5 Mio. Franken)
 Mit 21:6 Stimmen wird der Antrag der Baukommission gutgeheissen.

Aakti, Brahim	GR: Fr. 1'700'000
Bienz, Bruno	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Bienz, Viktor	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Bründler, Anton	GR: Fr. 1'700'000
Camenisch, Rätö	GR: Fr. 1'700'000
Dalla Bona, Johanna	Enthaltung
Erni, Roger	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Fluder, Hans	GR: Fr. 1'700'000
Frey, Maurus	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Graber, Kathrin	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Graf, Alfons	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Hahn, Alex	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Heini, Martin	GR: Fr. 1'700'000
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Kiener, Beatrice	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Koch, Patrick	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Konrad, Simon	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Lammer, Thomas	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	BK/FDP: Fr. 2'500'000

Müller, Ursula	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piazza, Daniel	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Portmann, Peter	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Schilling, Mauro	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Schwizer, Roland	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Tanner, Beat	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Tschümperlin, Erich	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Urfer, Mario	BK/FDP: Fr. 2'500'000
Wespi, Peter	GR: Fr. 1'700'000
Wicki Roth, Verena	Enthaltung
Wili, Alexander	BK/FDP: Fr. 2'500'000

Nachdem sich im Rahmen der Detailberatung keine weiteren Wortmeldungen ergeben, kommt der Vorsitzende zur Behandlung des Beschlusstextes.

Kathrin Graber stellt einen Ordnungsantrag. Nachdem der Einwohnerrat nun vor dem Schlussentscheid steht, verlangt die JCVP/CVP-Fraktion zwecks Absprache Ihrer Stimmabgabe eine zehnminütige Pause.

Räto Camenisch opponiert diesem Antrag. Innerhalb der letzten Stunden müsste es wohl möglich gewesen sein, sich zu entscheiden, ob man für oder gegen das Budget ist. Der Sprecher gibt zu, dass das nun vorliegende Budget 2011 ein Flickwerk darstellt und auch für die SVP unbefriedigend ist. Aufgrund der heutigen Notsituation wird sie aber trotzdem dem Budget zustimmen, auch wenn sie inskünftig solche Defizite nicht mehr genehmigen wird.

Thomas Lammer ahnt, dass dieses Budget nicht das ist, was man erreichen wollte, wahrscheinlich für niemanden. Aber die FDP wird es trotzdem annehmen.

Abstimmung Ordnungsantrag (Unterbruch der Sitzung für 10 Minuten)

Mit 16:15 Stimmen wird der Ordnungsantrag der CVP abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja

Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	nein

Somit verliest der Vorsitzende den **Beschlussestext**:

1. Die **laufende Rechnung für das Jahr 2011**

mit einem Gesamtaufwand von	Fr.	162'469'000
und einem Gesamtertrag von	Fr.	<u>157'239'500</u>
somit einem Mehraufwand von	Fr.	5'229'500

und die **Investitionsrechnung für das Jahr 2011** mit

Investitions-Ausgaben von	Fr.	22'591'000
und Investitions-Einnahmen von	Fr.	<u>8'240'000</u>
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr.	14'351'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
3. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2011 wird auf 1.90 Einheiten festgelegt (unverändert).
4. Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2011 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
5. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1 bis 4 unterliegen dem fakultativen Referendum.

Abstimmung Beschlussestext

Mit 23:9 Stimmen wird der Voranschlag 2011 (2. Version) genehmigt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja

Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Bruno Bienz möchte - nachdem der Voranschlag 2011 nun angenommen wurde - namens der Grünen ein Zeichen im Sinne der Sparmassnahmen setzen. Er beantragt, dass die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung des Einwohnerrates nur bis 19.00 Uhr ausbezahlt werden.

Abstimmung Ordnungsantrag (Verzicht auf Sitzungsgelder ab 19.00 Uhr)

Der Antrag wird mit 24:5 Stimmen gutgeheissen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	Enthaltung

Helene Meyer-Jenni bittet den Einwohnerrat darum, dass dieser Beschluss für das Gemeindepersonal keine Gültigkeit hat.

Bruno Bienz präzisiert seinen Antrag und erklärt, dass es selbstverständlich seine Meinung war, diese Regelung nur auf die Mitglieder des Einwohnerrates selbst anzuwenden und diese somit nicht für die Angestellten der Gemeinde gilt.

Schluss

Der Vorsitzende erinnert daran, dass der Einwohnerratsausflug (inkl. Partnerin bzw. Partner) am Samstag, 18. Juni 2011 stattfindet. Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft sich der Einwohnerrat im Restaurant Wichlern.

Die nächste Sitzung findet am 7. April 2011 statt. Der Beginn wurde noch nicht festgelegt.

Der Vorsitzende wünscht allen eine schöne Narrenzeit.

Schluss der Sitzung: 22:05 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:


Martin Heiz

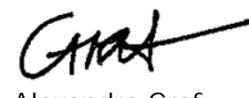
Der Gemeindeschreiber:


Guido Solart

Die Protokollführerinnen:


Yvonne Rösli


Andrea Sigrist


Alexandra Graf